©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HANNS JÜRGEN KÜSTERS

KONRAD ADENAUER UND WILLY BRANDT IN DER BERLIN-KRISE 1958–1963

Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag

Zum 10. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer wartete das Hamburger Nachrichtenmagazin *Stern* am 15. August 1971 mit der Schlagzeile auf: „Willy Brandt: ‚Adenauer akzeptierte die Mauer'"[1]. Erstmals – so hieß es im Untertitel – erzählt Bundeskanzler Brandt, wie er den 13. August 1961 erlebte und warum die Regierung Adenauer versagte. Aufsehen erregte der Artikel schon deshalb, weil ein amtierender Regierungschef selten zeitgeschichtliche Ereignisse, die ein Jahrzehnt zurückliegen und seinen Amtsvorgänger betreffen, zum Gegenstand der Tagespolitik macht. Doch ging es damals in der Debatte über die Ostverträge der SPD/FDP-Regierung nicht nur um das historische Versagen des ersten Bundeskanzlers bei der Wiedervereinigung Deutschlands. Brandt wollte seine Ostpolitik in Fortsetzung der Westintegrationspolitik Adenauers verstanden wissen, als fehlendes Verbindungsstück zur Normalisierung der Beziehungen mit allen Nachbarstaaten Deutschlands.

Wo Brandt Kontinuitätslinien deutscher Außenpolitik aufzuzeigen suchte, witterten weite Teile der CDU/CSU-Opposition statt Versöhnungspolitik in Wirklichkeit Verzicht auf deutschlandpolitische Grundsatzpositionen, Aufgabe und Verrat des Ziels der deutschen Einheit durch Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze. Entsprechend scharf reagierte der frühere persönliche Referent Adenauers, Franz Josef Bach, in der *Politischen Meinung* auf die Anschuldigungen Brandts im *Stern*. Sie bauten seiner Ansicht nach „im wesentlichen auf willkürliche Anklagen und eine Rechtfertigung in eigener Sache" auf. Bach suchte Brandts Vorwürfe zu entkräften, Adenauer habe den Mauerbau ohne Forderung nach Gegenmaßnahmen hingenommen, sein Desinteresse an Berlin mit einem verspäteten Besuch in der Stadt demonstriert und auf Vorschläge des Senats keine Antwort gegeben. Als mögliche Gründe für den öffentlichen Angriff nannte Bach zum einen „späte Rache" für die persönliche Diffamierung Adenauers mit seiner Anspielung „Willy Brandt alias Frahm" in der Wahlkampfrede am 14. August 1961 in Regensburg. Bekanntlich hätte zwischen Brandt und Adenauer „kein enges Vertrauensverhältnis" bestanden. Zum anderen gehe es Brandt um die Sicherung des „geschichtlich motivierten Alibis", aus der Lähmung des Westens gegenüber der Sowjetunion das Erfordernis einer neuen, flexibleren Ostpolitik herzuleiten. Die Notwendigkeit der Verständigung sei allerdings nie be-

[1] „Stern", Nr. 34 vom 15. 8. 1971, S. 40–46.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stritten worden. Das belegten die Akten des Bundeskanzleramtes und des Auswärtigen Amtes. Kontrovers sei allenfalls der Preis gewesen, der dafür gezahlt werden sollte[2].

Die Veröffentlichung der Globke-Pläne zur Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1974[3], vom damaligen Staatssekretär im Bundeskanzleramt 1959/60 ausgearbeitet, erfolgte in der Absicht, einen Schlüsseltext zum besseren Verständnis und Beleg deutschland- und ostpolitischer Zwänge der Regierung Adenauer in die Diskussion zu bringen. In seinem Festbeitrag zum 100. Geburtstag Adenauers 1976 bestritt der seinerzeitige CDU/CSU-Oppositionsführer, Helmut Kohl, erneut die These, der erste Kanzler sei nicht zur Versöhnung mit dem Osten bereit gewesen und erst Brandt habe das Erbe aufgenommen und vollendet[4]. Unter Rückgriff auf Fritz René Allemanns Buch *Bonn ist nicht Weimar*[5] verwies Brandt im gleichen Band darauf, Adenauer sei es bei seiner Westpolitik gelungen, das nationale Selbstbewußtsein mit einer Politik zu koppeln, die in der ersten Republik als „Erfüllungspolitik" abgekanzelt worden wäre und deren Fortführung durch die Ostpolitik nun jene Parteifreunde des damaligen Bundeskanzlers „als ‚Ausverkauf' zu denunzieren" trachteten[6]. Diese Argumentation hielt Kohl in zweifacher Hinsicht für falsch: weil die Öffentlichkeit die wirklichen ostpolitischen Aktivitäten Adenauers nicht zur Kenntnis nehme und weil dessen Westintegrationspolitik nur äußerlich vergleichbar sei mit der Brandtschen Ostpolitik. In Wahrheit aber unterliege diese „grundlegend anderen Bedingungen als die Westpolitik". Adenauer habe vielmehr bei seiner Politik stets die Verständigung mit dem Osten im Visier behalten. Die politische Lage hätte ihm jedoch, realistisch betrachtet, dazu kaum Möglichkeiten geboten, wofür er keine Verantwortung trage[7].

Adenauer und Brandt – das belegt diese Kontroverse – gelten seit Anfang der sechziger Jahre als die Protagonisten grundverschiedener Konzeptionen bundesdeutscher Außen-, Deutschland- und Ostpolitik. Der eine, Adenauer, unbeirrbarer Verfechter der Westbindung – der andere, Brandt, zunächst Symbolfigur des bedrohten Berlin, dann Wegbereiter der Aussöhnung mit dem Osten[8]. Im Schrifttum über die Kanzler der Bundesrepublik Deutschland wird den Beziehungen der Amtsinhaber zu ihren Vorgängern und Nachfolgern bislang geringe Aufmerksamkeit zuteil. Drei Blickwin-

---

[2] Franz Josef Bach, Gegen die Mauer-Version von Willy Brandt. Adenauer, die Alliierten und der 13. August 1961, in: Die politische Meinung 16 (1971) 138, S. 13–22, hier S. 22.

[3] Der Globke-Plan zur Wiedervereinigung, in: Rudolf Morsey/Konrad Repgen (Hrsg.), Adenauer-Studien Bd. III Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie, Mainz 1974, S. 202–209.

[4] Helmut Kohl, Das politische Erbe Konrad Adenauers, in: Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, hrsg. von Dieter Blumenwitz/Klaus Gotto/Hans Maier u. a., Stuttgart 1976, S. 73–84, hier S. 79.

[5] Fritz René Allemann, Bonn ist nicht Weimar, Köln 1956, S. 331.

[6] Willy Brandt, Konrad Adenauer – Ein schwieriges Erbe für die deutsche Politik, in: Konrad Adenauer und seine Zeit, S. 99–107, hier S. 103.

[7] Kohl, Das politische Erbe Konrad Adenauers, S. 79.

[8] Unterschiede arbeitet heraus Hans-Peter Schwarz, Adenauers Ostpolitik, in: Wolfram F. Hanrieder/Hans Rühle (Hrsg.), Im Spannungsfeld der Weltpolitik: 30 Jahre deutsche Außenpolitik (1949–1979), Stuttgart 1981, S. 207–232, hier S. 220 f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kel sind es, die vorherrschen: Untersuchungen zur Rolle des Regierungschefs im politischen System (Stichwort: Kanzler-Demokratie), zeitlich eng begrenzte Studien über politische Sachkonflikte, auf die der Bundeskanzler besonders einwirkte, und die zeitgeschichtlich-biographisch orientierte Aufarbeitung ihrer Persönlichkeit[9]. Seltener wird der Fokus auf Beziehungen zwischen zwei Politikern gerichtet und erst recht nicht auf die eines amtierenden zu einem nachfolgenden Kopf bundesdeutscher Exekutive, das Verhältnis von Adenauer zu Erhard einmal ausgenommen[10].

Über das Verhältnis von Konrad Adenauer und Willy Brandt in der Phase ihres gleichzeitigen politisch verantwortlichen Handelns zwischen 1957 und 1963 herrscht landläufig die Vorstellung von feindlich gesonnenen Repräsentanten der Christdemokratie und der Sozialdemokratie, die im Dauerclinch lagen und sich menschlich tief verachteten. Brandt selbst hat in seinen Veröffentlichungen mehr das Trennende hervorgehoben und Verbindendes im Dunkeln gelassen. „Konrad Adenauers Gegenüber war ich nicht", stellte er 1989 in seinen *Erinnerungen* fest, „ich wurde es erst spät und habe einiges dazu beigetragen, daß seine letzte Amtsperiode nur noch zwei Jahre währte"[11]. Im Widerspruch dazu scheint sein Urteil zu stehen, trotz der „Zumutungen" sei sein „persönliches Verhältnis zu Adenauer nicht schlecht" gewesen. „Er kam nicht oft nach Berlin, doch für den Berliner Bürgermeister war er immer zu sprechen"[12]. Franz Josef Strauß gehörte zu den wenigen führenden Bonner Politikern, der vermerkte, Adenauer habe „ursprünglich" von Brandt „eine gute Meinung" gehabt[13].

Abgesehen von der Auseinandersetzung über das Schreiben Brandts an den amerikanischen Präsidenten Kennedy, das er zwei Tage nach dem Mauerbau ohne vorherige Unterrichtung Adenauers absandte, ist bisher kaum etwas über die Abstimmungsprozesse, Kontakte, Konsultationen und den Austausch von Informationen zwischen Bundeskanzler und Regierendem Bürgermeister, zwischen Bundesregierung und Senat von Berlin an die Öffentlichkeit gedrungen. Von Oktober 1957 bis Oktober 1963, dem Rücktritt Adenauers, fanden immerhin mehr als 30 Begegnungen statt, überwiegend in Bonn, sieben in Berlin und eine in Adenauers Ferienort Cadenabbia[14]. Aus dem Zeitraum der zweiten Berlinkrise, als sich beide dazu noch in der Rolle des Kanzlerkandidaten ihrer Partei im Bundestagswahlkampf 1961 gegenüberstanden, ist mit den Akten von Willy Brandt ein interessanter Quellenbestand amtlicher und vertraulicher Korrespondenz und Ge-

[9] Hans-Peter Schwarz, Die Bedeutung der Persönlichkeit in der Entwicklung der Bundesrepublik, in: Rudolf Hrbek (Hrsg.), Personen und Institutionen in der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, Kehl, Rhein/Straßburg/Arlington 1985, S. 7–19.

[10] Daniel Koerfer, Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer, Stuttgart 1987. Zur Beziehung Kiesinger-Brandt: Reinhard Schmoeckel/Bruno Kaiser, Die vergessene Regierung – Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 64 f.; Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, 1963–1969, Stuttgart 1984.

[11] Willy Brandt, Erinnerungen, Frankfurt/Main 1989, S. 39.

[12] Ders., Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975, Hamburg 1976, S. 50.

[13] Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 127.

[14] Terminkalender Adenauer in: Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bad Honnef-Rhöndorf (StBKAH) 04.08–04.15.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sprächsaufzeichnungen über die Zusammenkünfte mit Adenauer überliefert. Zu verdanken ist es der Gewohnheit Brandts, über seine politischen Begegnungen regelmäßig mehrseitige Aufzeichnungen anzufertigen oder engere Mitarbeiter damit zu beauftragen. Vergleichbares Material in solcher Dichte befindet sich weder im Nachlaß Adenauers noch ist es gegenwärtig in den Beständen des Bundeskanzleramtes zugänglich.

Im folgenden wird die Beziehung von Adenauer und Brandt aufgrund ihrer Briefwechsel und der Gesprächsnotizen charakterisiert. Drei Aspekte stehen dabei im Mittelpunkt: gegenseitige Einschätzungen ihrer politischen Absichten, tatsächlich ausgetragene Kontroversen über die Deutschland- und Berlinpolitik und die Kontakte in der Phase des Bundestagswahlkampfes 1961.

I.

In den *Erinnerungen* Konrad Adenauers sucht man vergeblich nach einem Urteil über Willy Brandt. In den Papieren des ersten Bundeskanzlers finden sich so gut wie keine Hinweise, die über die Beziehung neue Erkenntnisse vermitteln. Anders dagegen bei Brandt. Er hat sich verschiedentlich über den „Alten vom Rhein“[15] geäußert. Das im Jahre 1976 von Brandt entworfene Adenauer-Bild[16] entspricht in den Hauptkonturen bekannten Urteilen, erfährt in den *Erinnerungen* 1989 einige Ergänzungen. Grundlegende Korrekturen bleiben aus, modifiziert kehren dieselben Episoden wieder. Bewertungen ähneln sich in ihren Grundzügen, sind meist schroffer formuliert.

Nicht nur gehörten wir anderen Generationen an, grundverschieden waren auch unsere Herkunft, Erziehung und Denkweisen, so beginnt Brandt 1976 den Vergleich der Biographien. Hier, der mit konfessionellen und landsmannschaftlichen Vorbehalten gegen das von Protestanten beherrschte Preußen im Wilhelminischen Deutschland vom Klein- zum Großbürger aufgestiegene rheinische Oberbürgermeister Adenauer, seiner Gesinnung nach der „großbürgerlich-patrizischen Welt“ verhaftet, mit Ideen der Französischen Revolution wenig im Sinn, dafür ausgestattet mit „rheinischer Toleranz“, „kölnischer Humanität“, Ordnungssinn und maßvoller Beschränkung. Dort, der aus der Arbeiterklasse stammende, frühzeitig mit sozialistischen Idealen vertraut gewordene, revolutionärer Tradition sich verbunden fühlende Hanseat, ein Junge der Weimarer Republik, der einmal glaubte, Marxist zu sein, und gegenüber dem Konservatismus ein Überlegenheitsgefühl empfand[17], weil soziale Veränderungen doch nur von der Arbeiterschaft vorangetrieben werden könnten. Entgegen dem weitverbreiteten Vorwurf, nach dem Ersten Weltkrieg habe das Kölner Stadtoberhaupt den Separatismus im Rheinland unterstützt, hält Brandt ihm zugute, der Rheinstaat habe sich gegen Preußen gerichtet und nicht gegen ein föderalistisches Deutschland[18]. Antipreu-

[15] Brandt, Erinnerungen, S. 37–55.
[16] Ders., Konrad Adenauer, S. 99–107; ders., Begegnungen und Einsichten, S. 42–71.
[17] Interview mit Willy Brandt, in: „Frankfurter Allgemeine Magazin“, Heft 540 vom 6. 7. 1990, S. 34 f.
[18] Brandt, Erinnerungen, S. 44.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ßisch sei Adenauer gewesen, nicht antiprotestantisch. Zu simpel wäre die Behauptung, Adenauer habe etwas gegen den Zuwachs von Teilen protestantischer Bevölkerung mit starkem Anteil des sozialdemokratischen Wählerpotentials gehabt[19]. Doch sei er geneigt gewesen, das Dritte Reich für einen „Unglücksfall" zu halten, und habe kaum nach tieferen politischen und sozialen Gründen der Katastrophe gefragt. Ziel Adenauers sei nicht unbedingt die soziale Neukonsolidierung der Bundesrepublik gewesen, sondern die Stabilität des politischen Systems und seiner Institutionen, die „Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten"[20]. Sozialpolitische Innovationen der Regierung Adenauer übergeht Brandt geflissentlich. Immerhin habe der „Uralte" Werte zu bewahren gewußt, „die sich als unverbraucht erwiesen".

Bei der konstituierenden Sitzung des ersten Deutschen Bundestages am 7. September 1949 haben sich beide wohl das erste Mal gesehen, als sie im Bonner Plenarsaal saßen. Anfangs nahm Brandt die vereinfachenden Äußerungen des Kanzlers nicht so ganz ernst, merkte aber bald, wie Adenauer sich damit in der Bevölkerung Gehör verschaffte[21]. Der parteipolitische Standort und die politische Vergangenheit des anderen erweckten in beiden persönliche Ablehnung. Adenauer im Hinblick auf die Umtriebe des früheren Linkssozialisten, Brandt wegen der stark antisozialistischen Gesinnung des Kanzlers, der auch sozialdemokratische Vorstellungen gern mit desaströser Politik gleichsetzte, den Anfang vom Untergang Deutschlands. Erst im Laufe der Jahre erkannte Brandt eigenem Bekunden nach „die staatsmännische Leistung der Persönlichkeit des alten Herrn", bewunderte dessen „unnachahmliche Mischung von Zähigkeit, Schlauheit, Weitblick", verbunden mit einer gehörigen Portion Opportunismus, mit dem er politische Abhängigkeiten schuf, innerhalb seiner Partei und weit darüber hinaus. Trotz der Attacken auf die Integrität des politischen Gegners, ist von Brandt anerkennend zu vernehmen, habe Adenauers Regierungsstil gezeigt, „daß Demokratie und Autorität einander nicht ausschließen dürfen"[22].

In der Westpolitik bescheinigte Brandt seinem Vorgänger einen klaren Sinn für die Anerkennung der Realitäten. Herstellung des Konsenses mit den westlichen Mächten sei schließlich Maxime seiner Außenpolitik gewesen. Dabei habe Adenauer freilich davor zurückgeschreckt, die Folgen seiner Prioritäten deutlich auszusprechen, nämlich daß Westintegration „jede Wiedervereinigungspolitik außer Kraft setzen mußte", urteilte Brandt vor der Wende des Jahres 1989. Daß er Mitte der siebziger Jahre den ersten Kanzler und seine Außenpolitik für die sozialliberale Koalition vereinnahmen, sein Vermächtnis gegen die eigenen Erben verteidigen wollte, mag nur vor dem Hintergrund der harten Auseinandersetzungen um die Ostverträge verständlich sein. Der Hinweis, trotz des Beharrens auf deutschlandpolitischen Rechtspositionen habe Adenauer die Notwendigkeit zur Normalisierung der Beziehungen zum Osten früher erkannt als manche seiner Parteianhänger, war ein kräftiger Seitenhieb auf den Vertriebenenflügel von CDU

[19] Ders., Links und frei. Mein Weg 1930–1950, Hamburg 1982, S. 446.
[20] Ders., Konrad Adenauer, S. 99 ff.
[21] Ders., Links und frei, S. 440.
[22] Ders., Konrad Adenauer, S. 107.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und CSU. Der Kanzler sei „in vielem" flexibler gewesen, „als er den meisten erschien"[23], hätte auf seine „Weise versucht, die Beziehungen zur Sowjetunion und zu Osteuropa zu entlasten"[24]. Zum Beleg führte Brandt die „Österreich-Lösung" für die DDR an, die der Kanzler im März 1958 gegenüber dem sowjetischen Botschafter in Bonn, Smirnow, ventilierte[25] – deren erste Überlegungen auf Gespräche Adenauers mit dem österreichischen Bundeskanzler Raab und Staatssekretär Kreisky im Juni 1957 in Wien zurückgingen und an die Saarlösung anknüpften[26] –, sowie die verschiedenen Fassungen des Globke-Plans, der die staatliche Anerkennung der DDR und die Freistadt-Lösung für Berlin ins Auge faßte. Noch im Herbst 1989, als Brandt „die ‚Wiedervereinigung' zur spezifischen Lebenslüge der zweiten deutschen Republik"[27] geronnen sah, stritt er Adenauer keineswegs deutschlandpolitische Kompetenz ab. „Wäre ihm die deutsche Einheit in den Schoß gefallen", bekräftigte Brandt vor dem Ereignis des für viele Undenkbaren, „er hätte sich sehr wohl zugetraut, auch damit fertig zu werden"[28].

Wenn es zwischen beiden Politikern dennoch eine gewisse Ebene des gegenseitigen Verstehens gab, dann war es die „von Bürgermeister zu Bürgermeister". Der gelernte Kommunalpolitiker Adenauer wußte um die Sorgen des Bürgermeisters einer so exponierten Stadt wie Berlin. Gerade in finanzieller Hinsicht traf Brandt mit seinen Wünschen bei Adenauer daher auf offene Ohren[29].

II.

Als das Berliner Abgeordnetenhaus am 3. Oktober 1957 mit 86 gegen 10 Stimmen bei 22 Enthaltungen Brandt zum Regierenden Bürgermeister wählte und er zum ersten Mal ein Regierungsamt übernahm, stand Adenauer vor seiner zweiten Wiederwahl zum Bundeskanzler. Politisch mächtiger denn je, nachdem CDU und CSU bei den Bundestagswahlen am 15. September die absolute Mehrheit errungen hatten. Während sich Adenauers politische Statur erst über Jahre hinweg im öffentlichen Bewußtsein verfestigt hatte und sein Stern in den nächsten Jahren – vornehmlich nach der Bundespräsidentenkrise 1959 – unaufhörlich sank, war Brandt in den folgenden Jahren ein kometenhafter Aufstieg beschieden, getragen von Sympathien der Westdeutschen für Berlin. Mit ihm hatte sich in der Berliner SPD gegen den amtierenden Vorsitzenden, Franz Neumann, ein Vertreter des gemäßigten Reuter-Flügels durchgesetzt, der für die Weiterfüh-

[23] Ders., Erinnerungen, S. 47.
[24] Ders., Begegnungen und Einsichten, S. 219.
[25] Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967, S. 376–379.
[26] Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 427. Äußerung von Paul Wilhelm Wenger, in: Ders. (Hrsg.), Entspannung und Wiedervereinigung. Deutschlandpolitische Vorstellungen Konrad Adenauers 1955–1958, Rhöndorfer Gespräche Bd. 2, Stuttgart/Zürich 1979, S. 92ff., hier S. 92f.
[27] Brandt, Erinnerungen, S. 156f.
[28] Ebenda, S. 44.
[29] Ebenda, S. 41.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung der Allparteien-Regierung eintrat, West-Berlin zum 12. Bundesland machen wollte, die Übernahme von Bundesgesetzen befürwortete und eine Öffnung der Partei für alle Bürger anstrebte[30]. Brandts deutschlandpolitischer Standort war in den fünfziger Jahren auf dem rechten Spektrum der SPD-Führungsriege zu finden. Starke Verbundenheit mit dem Westen, vor allem mit den Vereinigten Staaten, Bejahung eines deutschen Verteidigungsbeitrags zur NATO, Aufrechterhaltung der Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik zur Stärkung der schwachen wirtschaftlichen Position der Stadt, Betonung eines „Mindestmaßes an Gemeinsamkeit" in der nationalen Frage, die, behutsam und auf lange Sicht hin angelegt, die Wiedervereinigung bringen sollte. Der Weg dorthin, so war 1957 von ihm zu lesen, könne aber nicht „von Bonn über Pankow führen"[31]. Derlei Haltung zur Außen- und Deutschlandpolitik stellte zu jener Zeit in der SPD noch die Ausnahme dar, galt als reformistisch, weil sie die Westbindung als Plattform bundesdeutscher Außen- und Wiedervereinigungspolitik akzeptierte.

Seit ihren frühen Anfängen hat Brandt die Richtigkeit der Westintegrationspolitik Adenauers nie wirklich angezweifelt. Im Gegensatz zur offiziellen Parteilinie erachtete er die europäische Zusammenarbeit als notwendig, hielt die Politik der Anerkennung der Realitäten für unabweislich, weil ansonsten den Deutschen weitere Isolierung drohe[32]. Entscheidend waren für ihn „die nationalpolitischen Einwände". Die SPD mußte daraus politisch Kapital schlagen. „Selbst wenn die Konzeption Adenauers an sich richtig sein sollte", bekannte er 1952 freimütig, „hätte sie immer noch den Fehler, von Adenauer praktiziert zu werden"[33]. Brandts Kritik am Generalvertrag vom 26. Mai 1952 zielte daher nicht auf die Westbindung der Bundesrepublik als solche. Gefährlich schien ihm der Weg. Berlin würde voraussichtlich kaum näher an den Bund herangebracht, eher von ihm entfernt[34], wenn man nicht mit Moskau verhandelte. In dieser Phalanx lag seine erste Kontroverse mit Adenauer bei den Vertragsberatungen im Bundestagsausschuß für Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten. Als Abgeordneter fragte Brandt den Bundeskanzler nach dem Zeitpunkt für Verhandlungen mit der Sowjetunion und der Haltung der drei Westmächte zur Wiedervereinigung. Zur Antwort bekam er: Verhandelt wird, „wenn Sowjetrußland erst zu der Überzeugung gekommen ist, daß es weder im Wege des kalten noch im Wege des heißen Krieges zu einer Ausdehnung seiner Machtsphäre kommen kann"[35].

---

[30] Ebenda, S. 29f., 33.

[31] Willy Brandt, Voraussetzungen des Ringens um die deutsche Einheit, in: Außenpolitik 8 (1957), S. 357–366, hier S. 357, 365; ders., Erinnerungen, S. 29f.

[32] Willy Brandt, Mein Weg nach Berlin, aufgezeichnet von Leo Lania, München 1960, S. 282.

[33] Schreiben Brandt an Klaus-Peter Schulz, 4.6. 1952, in: Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (AdsD), Depositum Willy Brandt, Beruflicher Werdegang und politisches Wirken in Berlin 1947–1966 (Dep. Brandt) 9.

[34] Brandt, Mein Weg nach Berlin, S. 289f.

[35] Deutscher Bundestag, 7. Ausschuß, Stenographisches Protokoll über die 93. Sitzung des Ausschusses für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten, 3.9. 1952, 56 S., hier S. 40, in: Parlamentsarchiv, Bonn, 1. Wahlperiode 1949; Auszug in: Bundesarchiv (BA), Nachlaß (NL) Herbert Blankenhorn 351/14a.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ende 1952 bot Brandt dem Parteivorstand seine Mitarbeit in außenpolitischen Fragen an[36], weil seiner Ansicht nach die SPD keine einheitliche Position bezog, von verschiedenen Standpunkten argumentierte, zu widersprüchlichen Ergebnissen gelangte und es an wirklichen Alternativvorstellungen zur deutschen Außenpolitik fehlen ließ. Durchsetzen konnte er seine abweichenden Auffassungen bei den Parteispitzen Ollenhauer, Erler und Wehner aber nicht. Auch im Februar 1955, als die SPD das Frankfurter Manifest gegen die Unterzeichnung der Pariser Verträge unterstützte, wandte er sich gegen die überwiegende Meinung im SPD-Vorstand, damit sei die Wiedervereinigungsfrage ein für allemal ad acta gelegt. „Ich bezweifle die Richtigkeit der These", schrieb er am 2. Februar 1955 an den Vorsitzenden Ollenhauer[37] und bestätigte indirekt die Meinung Adenauers, „daß durch die Ratifizierung die Tür zu Verhandlungen zugeschlagen" werde. Einig seien sich die Genossen doch, daß „unser Ringen um die Wiedervereinigung durch eine etwaige Ratifizierung nicht abgeschlossen sein" könne. Die wirkliche Entscheidung schien ihm „erst zwischen der Ratifizierung und einem etwaigen Inkrafttreten des militärischen Teils der Verträge zu fallen". Schließlich mahnte er, nicht die Chance zu vergeben, „die Verkündung der Gesetze von neuen und echten Verhandlungen abhängig zu machen". Letzteres kam für Adenauer selbstverständlich nie in Betracht.

In erster Linie wegen der politischen Vergangenheit hegte Adenauer eine gewisse Skepsis gegenüber Brandt. Am Tage der Wahl zum Regierenden Bürgermeister warnte der Herausgeber und Verleger der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung*, Erich Brost, seinen Parteifreund vor Adenauer, der „gegen Dich irgendein Vorurteil hat, das ich mir leider nicht erklären kann". Hinzu fügte er den Ratschlag, „alles zu tun, das auszumerzen. Ich habe es bereits versucht."[38] Adenauer gratulierte erst fünf Tage später zur Wahl[39]. Die Antrittsbesuche als Regierender Bürgermeister von Berlin am 12. Oktober 1957[40] und als neuer Bundesratspräsident am 13. November 1957 beim Bundeskanzler[41] vermittelten Brandt anscheinend den gleichen Eindruck. „Daß Adenauer mir mit beträchtlichem Vorurteil begegnet", antwortete er Anfang Dezember 1957 Brost[42], „war mir aus verschiedenen Andeutungen und auch aus eigener Erfahrung bekannt. Ob sich das ändern wird, bleibt abzuwarten." Über ähnliche Vorbehalte hatte Ernst Lemmer, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, seinem Berliner Freund[43] Brandt berichtet. Adenauer habe gegenüber ihm, Lemmer, Brandt „auch kürzlich wieder als führenden Kommunisten bezeichnet". Woher diese Informationen kamen, glaubte Brandt zu wissen: Von einem dubiosen Nachrichtenhändler namens Werner-Heinz

[36] Schreiben Brandt an Ollenhauer, 28. 12. 1952, in: AdsD, Dep. Brandt 9.
[37] Schreiben Brandt an Ollenhauer, 2. 2. 1955, in: ebenda, Dep. Brandt 10.
[38] Schreiben Brost an Brandt, 3. 10. 1957, in: ebenda, Dep. Brandt 17.
[39] Schreiben Adenauer an Brandt, in: ebenda.
[40] Brandt, Erinnerungen, S. 41 f.; ders., Begegnungen und Einsichten, S. 51.
[41] Terminkalender Adenauer, in: StBKAH 04.08.
[42] Schreiben Brandt an Brost, 2. 12. 1957, in: AdsD, Dep. Brandt 17.
[43] Ernst Lemmer, Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt a. M. 1968, S. 342 f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stephan, der bereits im Jahre „1953/54 u. a. auch über mich ‚Berichte' an das Bundeskanzleramt verkauft" habe[44]. „Eigentlich müßte Adenauer . . . daraus Folgerungen ziehen."[45] Gleich nach Beginn der Regierungstätigkeit Brandts war seine Beziehung zu Adenauer durch eine gewisse „Atmosphäre von Feindseligkeit und Verdächtigung" belastet, für die Brandt hauptsächlich den Kanzler verantwortlich machte[46].

Vor Zuspitzung der Berlinkrise im November 1958 durch Chruschtschows Ultimatum[47] waren Adenauer und Brandt in dem Jahr nur einmal zusammengetroffen, beim Besuch Adenauers am 2. Oktober[48] in Berlin, dem sich ein zweiter Anfang Dezember 1958 anschloß. Kritisch war die Situation schon deshalb, weil Regierung und Opposition weder den Westmächten ein klares deutschlandpolitisches Konzept vorweisen konnten noch Einvernehmen darüber bestand, was der Sowjetunion als Preis für Konzessionen in Richtung Wiedervereinigung angeboten werden könnte. Adenauer und Brandt lagen in ihren Ansätzen, aus der verfahrenen Deutschlandpolitik herauszukommen, gar nicht so weit auseinander. Sie gründeten bis dahin auf Hoffnungen, durch Vereinbarungen über menschliche Erleichterungen Fortschritte zu erzielen[49]. Enge Abstimmungen zwischen Bundesregierung und Berliner Senat waren in beiderseitigem Interesse und zudem vonnöten. Brandt wollte gleich in die USA fliegen, Klärung herbeiführen, seine positive Wirkung dort nutzen, die auch Adenauer nicht verborgen geblieben war[50]. Doch verzichtete Brandt auf einen Alleingang und traf dafür die westlichen Außenminister auf der NATO-Ratstagung im Dezember in Paris. Erfreut notiert Heuss am 14. Dezember: „Die albernen Klatschgeschichten zwischen Adenauer und Brandt scheinen ausgelöscht, bei allem Mißtrauen, das ‚der Alte' gegenüber ihm fremden jungen Begabungen hat."[51]

Derweil aus Moskau aufgefangene Signale schätzten sie jedoch unterschiedlich ein. Dort hatte am 22. November 1958 Bonns Botschafter, Kroll, von seinem österreichischen Kollegen, Norbert von Bischoff, die Mitteilung erhalten, Außenminister Gromyko habe ihm eine Notiz mit der sibyllinischen Bemerkung überreicht, dies sei

---

[44] Vgl. zu dessen Aktivitäten „Adenauer. Von Baule angeführt", in: „Der Spiegel", Nr. 5 vom 27. 1. 1954, S. 6 f.

[45] Brandt fragte am 23. 12. 1957 bei Adenauer wegen der weiteren Behandlung des Stephan-Prozesses nach und bot die Bereitschaft des Senats zur weiteren Mitarbeit an. Schreiben Brandt an Adenauer, 23. 12. 1957, in: AdsD, Dep. Brandt 17.

[46] Brandt, Konrad Adenauer, S. 107.

[47] Wortlaut in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV. Reihe/Bd. 1 (IV/1), Erster Halbbd., hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearb. von Ernst Deuerlein/Hannelore Nathan, Frankfurt a. M./Berlin 1971, S. 151–201.

[48] Handschriftlicher (hs.) Vermerk Brandt, Besprechung mit Bundeskanzler Adenauer am 2. 10. 1958 in Berlin, in: AdsD, Dep. Brandt 66.

[49] Brandt, Erinnerungen, S. 64.

[50] Notiz, 16. 4. 1958: „Adenauer, brav anerkennend, wie gut Br[andt] in USA gewirkt habe". Theodor Heuss, Tagebuchbriefe 1955/1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper, hrsg. und eingeleitet von Eberhard Pikart, Stuttgart 1970, S. 323. Dazu auch Schreiben Adenauer an Brandt, 11. 3. 1958, in: AdsD, Dep. Brandt 24.

[51] Notiz, 18. 12. 1958, in: Heuss, Tagebuchbriefe, S. 377, 598.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte. München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

möglicherweise die letzte Chance, Verhandlungen mit der Sowjetunion über die deutsche Frage aufzunehmen. In dem Papier wurde von der Bundesregierung der Verzicht auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr verlangt, bestand die sowjetische Regierung auf Verhandlungen über einen Friedensvertrag und schlug dazu eine schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten vor, um eine Lösung des Deutschland- und Berlinproblems zu ermöglichen. Hätte Botschafter Kroll weitere Vorschläge zu machen, könnte er sich direkt an Chruschtschow wenden. Im Falle der Ablehnung des Angebots drohten die Sowjets, die „SBZ" verstärkt in ihren Machtbereich einzugliedern, vermerkte Kroll später in seinen Memoiren. Kroll drängte bei seinem Außenminister von Brentano darauf, die Offerte auszuloten. Nach Meinung Bischoffs[52] ergab sich hier „die Öffnung des Weges zur friedlichen Wiedervereinigung". Moskau wolle angeblich den Friedensvertrag *vor* und nicht nach der Wiedervereinigung. Adenauer und von Brentano trauten dem plötzlichen Wandel nicht, lehnten die Weiterverfolgung des Anerbietens deutsch-sowjetischer Direktverhandlungen ab. Zum einen schürte es bei den westlichen Partnern unnötig Mißtrauen, ließ das Gespenst der Rückkehr Deutschlands zur Rapallo-Politik wieder auftauchen und konnte der Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit bundesdeutscher Außenpolitik mehr schaden als nutzen. Zum anderen glaubte der Kanzler einfach nicht an die wirkliche Bereitschaft der Sowjets, deutschlandpolitische Grundsatzpositionen aufzugeben. Dann hätten sie anders auf seinen Österreich-Vorschlag reagiert. Und daß sie ein zweites Mal das Steuer herumreißen würden, wie im Frühjahr 1955 beim Abschluß des österreichischen Staatsvertrages, hielt er für unwahrscheinlich. Zwar eilte Bischoff der „legendäre Ruf" voraus, damals die Verhandlungen geschickt eingefädelt zu haben und „eigentlicher Vater"[53] dieses Abkommens zu sein. Doch galt er selbst im Wiener Außenministerium als ausgesprochen russophil, „entschiedener Anhänger Chruschtschows"[54] und nicht frei von liebedienerischen Ambitionen, eben ein „fellow traveller"[55], der leicht die unterschiedlichen politischen Verhältnisse in Österreich und Deutschland verkannte.

Im engen Kreis mit Globke und Krone machte sich Adenauer Gedanken über die Rahmenbedingungen einer Wiedervereinigungskonzeption[56]. Langfristiges Ziel war, die Sowjetunion zu einer undogmatischen Haltung zu bewegen, in eine auf westlichen Demokratievorstellungen beruhende Ordnung in Deutschland einzuwilligen. Die Überlegungen Globkes ähnelten den im Jahre 1942/43 in der amerikanischen Regierung erarbeiteten Phasenplänen zur Behandlung Nachkriegsdeutschlands. Damals war vorgesehen, eine Periode der „politischen Abkühlung" eintreten zu lassen, bis endgültige Entscheidungen auf Viermächteebene getroffen würden. Eine solche Phase sollte bis zur Entscheidung über die Wiedervereinigung eingeschoben werden, in der es zu

[52] Wortlaut in: Hans Kroll, Lebenserinnerungen eines Botschafters, Köln/Berlin 1967, S. 391.
[53] Ebenda, S. 372 f.
[54] Bruno Kreisky, Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten, Berlin 1986, S. 463.
[55] Kroll, Lebenserinnerungen eines Botschafters, S. 392.
[56] Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 478–486; Klaus Gotto, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954–1963, in: Morsey/Repgen (Hrsg.), Adenauer-Studien Bd. III, S. 3–91, hier S. 49–55.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

menschlichen Erleichterungen und der Gleichbehandlung der beiden Teile Deutschlands kommen könnte. Im Grunde war es eine *policy of postponement*, jene Verzögerungspolitik der alliierten Siegermächte nach dem Zweiten Weltkrieg, angewandt auf die deutsch-deutsche Zweistaatlichkeit, die Globke Anfang 1959 im Auge hatte[57]. Verzicht auf den Anspruch unverzüglicher Verhandlungen über Deutschland unter gleichberechtigter Teilnahme der Deutschen und Hinauszögern der Entscheidung über die endgültige Wiedervereinigung in der Erwartung, nach einigen Jahren lasse sich unter dann entspannteren weltpolitischen Bedingungen leichter eine Vereinbarung herbeiführen. Einen Diktatfrieden zu akzeptieren, war Adenauer nicht bereit.

Brandt blieben all diese internen Überlegungen im Kanzleramt natürlich unbekannt[58]. Er verfolgte eine andere Strategie, wollte sich mit den Russen direkt ins Gespräch bringen lassen, um die Lage Berlins zu sichern. Über Bruno Kreisky, Staatssekretär im österreichischen Außenministerium, mit dem ihn seit der Emigration in Norwegen ein freundschaftliches, doch nie ganz spannungsfreies Verhältnis verband[59], dürfte er von Bischoffs Einschätzung des Gromyko-Vorschlags erfahren haben. Eine inoffizielle Verhandlungsschiene mußte gelegt werden. Am 6. Februar 1959 gab Kreisky in einer Rede vor Mittelschullehrern erste öffentliche Signale[60]. Tags darauf war seinem Artikel in der „Arbeiter-Zeitung" zu entnehmen, in „manchen Kreisen des Westens" sei man von der Forderung abgerückt, „daß die Wiedervereinigung Deutschlands auf Grund freier Wahlen erfolgen soll"[61]. Die Regierung in Bonn blockiere mit dieser Forderung, die sie erstmals am 22. März 1950 erhoben hatte[62], die gesamte Weltpolitik. Bald werde sich zeigen, ob „es andere Wege zu einer Wiedervereinigung in Freiheit" gebe als durch freie Wahlen[63]. Ein Sonderstatus für ganz Berlin, die Sicherung der Verbindungswege durch einen „Korridor" und die Stationierung von UNO-Truppen, zusammengesetzt aus Kontingenten der vier Mächte und eventuell zweier neutraler Mächte, seien im Gespräch.

Die Sowjets reagierten prompt und ließen über ihren Botschafter in Wien, Sergej Lapin, bei Kreisky die wirklichen Absichten des Artikels sondieren, hinter dem sie die Handschrift Brandts vermuteten. Dessen Aktien notierten nämlich in den Tagen seiner einmonatigen Weltreise im Februar 1959 international recht günstig. Besonders in den

---

[57] Hans Globke, Überlegungen und Planungen in der Ostpolitik Adenauers, in: Konrad Adenauer und seine Zeit, S. 664–671, hier S. 667.

[58] Brandt, Erinnerungen, S. 50.

[59] Kreisky, Zwischen den Zeiten, S. 349–355; ders., Im Strom der Politik. Erfahrungen eines Europäers, Berlin 1988, S. 44 ff.; Brandt, Links und frei, S. 203, 206 f., 256, 340, 342, 361.

[60] Berlin. Chronik der Jahre 1959–1960, hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin, bearb. von Hans J. Reichhardt/Joachim Drogmann/Hanns U. Treutler, Berlin 1978, S. 56.

[61] Kreisky, Im Strom der Politik, S. 14.

[62] Erklärung der Bundesregierung, Mitteilung an die Presse, Nr. 355/50, 22. 3. 1950, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Pressearchiv, F 25, abgedruckt in: Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten. I. Teil Oktober 1949–Oktober 1953, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 4. erw. Auflage, Bonn 1959, S. 9 ff.

[63] Kreisky, Im Strom der Politik, S. 12 f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

USA waren ihm viele Sympathien bekundet worden[64]. Kreisky empfahl Lapin, für Brandt ein Treffen mit einer prominenten Persönlichkeit der Sowjetunion zu arrangieren[65]. Obgleich man Brandt wegen seiner häufigen Reisen in die USA für ausgesprochen westlich orientiert hielt, ließen sich die Sowjets auf dieses Spiel ein. Lapin bat Kreisky in den ersten März-Tagen, Brandt mitzuteilen, „daß Chruschtschow gern mit ihm zusammentreffen wolle". Gedacht war an Leipzig[66]. Wenn das für den Regierenden Bürgermeister nicht einzurichten wäre, käme auch eine Begegnung während des Chruschtschow-Besuchs in Ost-Berlin in Frage[67]. Für den sowjetischen Ministerpräsidenten war ein solches Treffen ziemlich unverfänglich. Mit den SPD-Spitzen Ollenhauer und Carlo Schmid hatte er bereits eine Begegnung für den 11. bis 17. März in Moskau[68] eingeplant. Ein zusätzliches Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister hob die eigenständige Rolle Berlins hervor, kam also den sowjetischen Interessen entgegen.

Auf dem Rückflug von Indien erfuhr Brandt am 6. März bei einer Zwischenlandung auf dem Wiener Flughafen Schwechat von Kreisky Näheres über das sowjetische Angebot. Ursprünglich als ein Vieraugen-Gespräch geplant, drängte sich Günter Klein, Senator für Bundesangelegenheiten und Mittelsmann zu Adenauer, dazu[69], der bei Kreisky im Ruf eines *hard-liners* stand, für solche delikaten Unternehmen also äußerst ungeeignet war. Brandt hielt sich bedeckt, bezweifelte die „Ernsthaftigkeit" der sowjetischen Gesprächsbereitschaft und den „möglichen Nutzen eines informatorischen Gesprächs" mit Chruschtschow. Stellung nehmen wollte er, wenn die offizielle Einladung des „Hochkommissars für Berlin" vorläge. Die Einladung könne sowieso nur angenommen werden, wenn Bundesregierung und Westmächte zustimmten[70]. Daraufhin teilte Kreisky über den Leiter der österreichischen Militärdelegation in Berlin, Thalberg, dem sowjetischen Botschafter mit, Brandt habe auf die Einladung „grundsätzlich positiv"[71] reagiert.

---

[64] Als Botschafter Grewe darüber nach Bonn berichtete, notierte Heuss am 17. 2. 1959: „Grewes Berichte sind *sehr* für Brandt und seine Wirkung – schade, wenn Ad[enauer] dies liest, wird er wieder eifersüchtig wie gegenüber Reuter", in: Heuss, Tagebuchbriefe, S. 397.

[65] Kreisky, Im Strom der Politik, S. 10f.; Paul Lendvai, Der Beginner. Mut zum Unvollendeten, in: Ders./Karl Heinz Ritschel, Kreisky. Porträt eines Staatsmannes, Düsseldorf/Wien 1972, S. 133 f.

[66] Aide mémoire Kreisky, 6. 3. 1959, in: AdsD, Dep. Brandt 66.

[67] Kreisky, Im Strom der Politik, S. 11, zitiert in diesem Zusammenhang sein Aide mémoire vom 6. 3. 1959, das in dieser Passage wörtlich dem Vermerk Brandts, 10. 3. 1959, in: AdsD, Dep. Brandt 66, über das Gespräch entspricht.

[68] Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/1, Zweiter Halbbd., S. 1187 f., 1196–1202; Carlo Schmid, Erinnerungen, Bern/München/Wien ^{3}1979, S. 647–656; Kroll, Lebenserinnerungen eines Botschafters, S. 430 ff.; Hartmut Soell, Fritz Erler – Eine politische Biographie, Bd. 2, Berlin/Bonn/Bad Godesberg 1976, S. 379 ff.

[69] Hans Thalberg, Freund Kreiskys, hatte zuvor den Bonner Botschafter in Wien, Müller-Graaf, von der Teilnahme abgehalten; Hans J. Thalberg, Von der Kunst, Österreicher zu sein. Erinnerungen und Tagebuchnotizen, Wien/Köln/Graz 1984, S. 253 ff.

[70] Vermerk Brandt, 10. 3. 1959, in: AdsD, Dep. Brandt 66.

[71] Thalberg, Von der Kunst, Österreicher zu sein, S. 255. „Ich erklärte mich dazu grundsätzlich bereit,

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Vorgang wäre politisch keinesfalls so prekär gewesen, hätte zur gleichen Zeit im westlichen Lager Einigkeit über die Reaktion auf das Berlin-Ultimatum geherrscht. So wurde jeder Fingerzeig Moskaus mit Argusaugen registriert. Sorgenvoll hatte Adenauer den kurzfristig angekündigten Besuch des britischen Premierministers, Macmillan, in Moskau beobachtet und befürchtet, dieser könnte aus wahltaktischen Gründen folgenschweres Entgegenkommen in der Berlin- und Disengagementfrage zeigen[72]. Zudem erfuhr von Brentano vertraulich von Ollenhauer, daß Chruschtschow ihn für den 9. März[73] nach Ost-Berlin eingeladen hatte.

An diesem Tag meldete sich im Schöneberger Rathaus der sowjetische Protokollchef, Panasienko[74]. Brandt habe „Wünsche auf ein Zusammentreffen" mit Chruschtschow geäußert. Das Gespräch könne am nächsten Morgen um 10 Uhr in der Botschaft Unter den Linden zustandekommen[75]. Klein riet Brandt, die Einladung abzulehnen. Im Senat überwog ebenfalls die Meinung, Brandt solle nicht zu Chruschtschow gehen. Der britische Botschafter Steel wollte in der Sache keinen Rat geben[76]. Ziemlich naßforsch reagierte der amerikanische Gesandte in Berlin, Bernhard Gufler. Angeblich ohne Rücksprache mit Washington[77] soll er geäußert haben, würde Brandt der Einladung folgen und den amerikanischen Sektor nach Ost-Berlin verlassen, gebe er keine Gewähr für die Rückkehr[78]. In Bonn waren die Ansichten geteilt. Von Brentano sah es „nicht für inopportun" an, Chruschtschow den Stand der Dinge darzulegen[79], befürchtete, mit einem Verzicht könnte man sich den Vorwurf des Ausweichens einhandeln. Dem Kanzler schlug er vor, „Brandt ‚grünes Licht' zu geben"[80]. Schließlich überließ Adenauer dem Berliner Bürgermeister die Entscheidung selbst[81], wollte weder Schuld an einer Absage sein, noch glaubte er an einen echten Erfolg. Denn auch

---

wies allerdings darauf hin, daß ich zunächst die alliierten Schutzmächte und den Bundeskanzler ins Bild setzen müsse,", in: Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 111. Mit fast den gleichen Worten („Ich bat, meine Bereitschaft zu übermitteln, und wies darauf hin . . .) Brandt, Erinnerungen, S. 52.

[72] Zu Macmillans Moskau-Besuch vom 21. 2. bis 3. 3. 1959, bei dem u. a. über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr verhandelt wurde, vgl. Harold Macmillan, Riding the Storm 1956–1959, London/Melbourne/Toronto 1971, S. 592–634; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 468–471; Informationsgespräch mit Walter Lippmann, 17. 3. 1959, in: Adenauer, Teegespräche 1959–1961, Rhöndorfer Ausgabe, hrsg. von Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz, bearb. vom Verf., Berlin 1988, S. 26–37, hier S. 31–34; Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 494–497.

[73] Angaben zu dem Treffen in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/1, Zweiter Halbbd., S. 1100 f., 1132–1142, 1153 ff.; Aufzeichnung Junges, Betr.: Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages am 19. März 1959, 991–86–20, 20. 3. 1959, 15 S., hier Ausführungen Ollenhauers, S. 5–8, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (PA/AA), Abteilung 7, Bd. 230.

[74] Aktenvermerk Klein, 9. 3. 1959, in: AdsD, Dep. Brandt 66.

[75] Wortlaut der Erklärung Brandts vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin, 10. 3. 1959, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/1, Zweiter Halbbd., S. 1132–1142, hier S. 1139.

[76] Vermerk Klein an Brandt, 9. 3. 1959, in: AdsD, Dep. Brandt 66.

[77] Thalberg, Von der Kunst, Österreicher zu sein, S. 256.

[78] Ebenda, S. 255; Brandt, Erinnerungen, S. 52; Kreisky, Im Strom der Politik, S. 19 f.

[79] Telegramm von Brentano an Brandt, Nr. 58, 9. 3. 1959, in: AdsD, Dep. Brandt 66.

[80] Schreiben von Brentano an Adenauer, 9. 3. 1959, in: StBKAH III/41.

[81] Brandt, Erinnerungen, S. 52.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ollenhauer war ohne nennenswertes Ergebnis aus Ost-Berlin zurückgekehrt. Dabei hatte er den kapitalen Fehler begangen, keinen Dolmetscher mitzunehmen, und war von Chruschtschow mit einem vorbereiteten Kommuniqué konfrontiert worden[82]. Berater von Brandt deuteten Adenauers *Pleinpouvoir* jedoch als „parteipolitische Falle"[83]. So in die Zwickmühle geraten, ließ der Eingeladene am Abend über die Deutsche Presseagentur mitteilen, Wünsche nach einem Zusammentreffen mit Chruschtschow seien vom Senat von Berlin nicht ausgegangen. Jeder Hinweis auf den Regierenden Bürgermeister mußte vermieden werden, wollte man bei der Wahrheit bleiben. Solche Gespräche seien nur mit den für Berlin verantwortlichen Mächten zu führen, hieß es. Brandt könne der Einladung deshalb nicht Folge leisten[84]. Chruschtschow rächte sich für die Absage am nächsten Vormittag mit dem Hinweis, es habe eine „Vereinbarung" für ein Treffen auf nichtdeutschem Boden gegeben[85]. Der Senat blieb standhaft und dementierte: „Weder auf deutschem, noch auf nichtdeutschem Boden sei eine derartige ‚Vereinbarung' getroffen worden."[86]

Der amerikanische Botschafter in Bonn, David K. Bruce, hielt die Entscheidung, nicht hinzugehen, für richtig, obgleich es „vielleicht voreilig" gewesen sei, mögliche „neue sowjetische Vorschläge gleich abzulehnen". Die Rückversicherung bei Adenauer half Brandt nicht aus der Klemme. Intern aber war die Meinungsfront hergestellt, daß man mit den Russen in dieser Situation nicht ernsthaft verhandeln könne. Als Erler und Schmid über den ergebnislosen Verlauf ihrer Gespräche in Moskau berichteten, fühlte Brandt sich nachträglich in seiner Entscheidung bestätigt. Chruschtschow hatte keinerlei Fortschritte in der Wiedervereinigungsfrage in Aussicht gestellt, vielmehr betont, „die Bundesrepublik solle für West-Berlin Ausland werden"[87].

In barschen Worten[88] machte Kreisky am nächsten Tag seiner Verärgerung Luft. Den Entschluß des „lieben Freundes" empfand er als „krasse Brüskierung". Brandt habe es an Entscheidungsfreude und Durchsetzungskraft fehlen lassen, eine Chance zu Direktverhandlungen mit Chruschtschow vertan, den „auf die Dauer nicht haltbaren, weil anachronistischen Status" Berlins zu verändern. Für den gerade ernannten Außenminister, dem kein Mangel an Eitelkeit nachzusagen war, bedeutete die Ost-West-Vermittlungsaktion „eine persönlich schwere Niederlage", Prestigeverlust allenthal-

[82] Informationsgespräch mit Walter Lippmann, 17.3. 1959, in: Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 30.

[83] Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 111.

[84] Wortlaut der Erklärung Brandts vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin 10.3. 1959, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/1, Zweiter Halbbd., S. 1140.

[85] Wortlaut der Ansprache des Ministerpräsidenten Chruschtschow auf einem Empfang in der sowjetischen Botschaft in Berlin, 10.3. 1959, in: ebenda, S. 1142 ff., hier S. 1143.

[86] Hs. Aufzeichnung Brandts über Ablauf der Ablehnung und Konsultation, 8.–10.3. 1959, in: AdsD, Dep. Brandt 66. Im folgenden ebenda.

[87] Brandt, Erinnerungen, S. 52; Carlo Schmid, Erinnerungen, Bern/München/Wien 1979, S. 647–656; Aufzeichnung Junges, 20.3. 1959, in: PA/AA, Abteilung 7, Bd. 230, hier Ausführungen Schmid und Erler, S. 8–12.

[88] Schreiben Kreisky an Brandt, 11.3. 1959, in: AdsD, Dep. Brandt 66; Wortlaut abgedruckt in: Kreisky, Im Strom der Politik, S. 17 ff.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ben. In politischen Führungszirkeln Österreichs gehörte es nämlich in den fünfziger Jahren zum guten Ton, eine gewisse Abneigung den Deutschen gegenüber zu demonstrieren. In Kreiskys Augen war nicht Adenauer der eigentliche Übeltäter, sondern Wehner. Er habe die Begegnung Ollenhauers mit dem sowjetischen Führer nicht von einem weiteren Treffen mit Brandt überschattet wissen wollen[89]. Brandt kommentierte später die Enttäuschung Kreiskys mit den Worten: „Er hatte sich übernommen."[90]

Schon seit geraumer Zeit hatte Adenauer die Querelen an der Spitze der SPD beobachtet und festgestellt, daß Brandt „in wesentlichen Dingen eine ganz andere politische Ansicht hat als führende Sozialdemokraten, wie z. B. Herr Wehner"[91]. So hielt Brandt auch den Deutschlandplan der SPD vom 18. März 1959, der wesentlich die Handschrift Wehners trug, für unbrauchbar, weil der Wirklichkeit nicht entsprechend[92]. Der wachsende Druck der Alliierten auf Berlin erlaubte keine gespaltene Zunge zwischen Bonn und West-Berlin. Kanzler und Regierender Bürgermeister, der mit der CDU im Berliner Senat in großer Regierungskoalition saß, mußten eng zusammenstehen, insbesondere wenn es um die Wahrung der Rechtsposition West-Berlins ging.

Im Kreml lag im April 1959 längst ein „ausgearbeitetes Statut für eine entmilitarisierte Freie Stadt Westberlin" vor, das die Sowjets aus taktischen Gründen nicht präsentierten, um die Westmächte weiterhin über die eigenen Absichten im unklaren zu halten und sie zur Vorlage von Lösungsvorschlägen zu veranlassen[93]. Am 17. April 1959 berichtete Österreichs Botschafter in Belgrad, Walter Wodak, der Zentrale in Wien über einen sowjetischen Fünfpunkte-Plan für Berlin, der scheinbar Ähnlichkeiten mit dem Status Danzigs in den dreißiger Jahren aufwies und eine „Vereinigung und Neutralisierung von *ganz* Berlin"[94] enthielt. Berlin sollte den Status einer Freien Stadt erhalten, die vier Sektoren umfassen und unter Aufsicht der UNO stehen, die den Zugang über Land- und Luftkorridore garantiert. Abenteuerlich klang die Version, Moskau hätte die Regierung Ulbricht bewegt, die Hauptstadt der DDR zu verlegen, um über die Lösung des Berlinproblems die deutsche Frage auf dem Wege der Neutralisierung zu bereinigen. Weil die Westmächte nicht zu geheimen Verhandlungen bereit seien, wären die Russen genötigt, öffentlichen Druck zu machen[95]. Nun war die Frei-

[89] Kreisky, ebenda, S. 19, 25, 38.

[90] Brandt, Erinnerungen, S. 52.

[91] Informationsgespräch mit Otto Schulmeister, 31. 7. 1959, in: Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 97–115, hier S. 113.

[92] Brandt, Erinnerungen, S. 167.

[93] Der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin, Perwuschin, hatte DDR-Außenminister Winzer am 22. 4. 1959 über diese taktische Marschroute informiert und betont, daß der Entwurf des Statuts auch nicht auf der Außenminister-Konferenz des Warschauer Paktes am 27./28. 4. 1959 in Warschau behandelt werde. Schreiben Winzer an Ulbricht, Grotewohl, Rau und Florin, 23. 4. 1959, in: Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Zentrales Parteiarchiv der SED, Berlin (IfGA, ZPA), NL Otto Grotewohl 90/459.

[94] Nach Angaben Kreiskys handelte es sich um das Konzept einer sowjetischen Berlin-Note vom November 1958, das jugoslawischen Politikern zugespielt wurde. Schreiben Kreiskys an Brandt, 5. 5. 1959, in: AdsD, Dep. Brandt 21.

[95] Kreisky, Im Strom der Politik, S. 14.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stadt-Lösung keineswegs neu, international im Gespräch und wurde deswegen als Versuchsballon der Sowjets abgetan, den Einstieg in Verhandlungen mit dem Westen zu finden.

Die ersten Beratungsrunden der Genfer Außenminister-Konferenz[96] hatten schnell Klarheit geschaffen. Auch den Westmächten war es nicht unbedingt um die Wiedervereinigung Deutschlands zu tun. Während der Konferenz reiste Brandt zweimal nach Genf. Beim ersten Besuch am 12. Juni ging es darum, Berlin als Ort der Zusammenkunft der Bundesversammlung für die Wahl des Bundespräsidenten am 1. Juli durchzusetzen. Brandt suchte die Westmächte für eine Beistandsgarantie zu gewinnen, wenn die Sowjets durch Sperrung der Verbindungswege nach West-Berlin die versammelte westdeutsche Polit-Prominenz festsetzen würden. Die Westalliierten aber überließen die Entscheidung der Bundesregierung[97]. Adenauer und von Brentano wollten angesichts des am 9. Juni von den Sowjets unterbreiteten Vorschlags[98] keine Kraftprobe mit Moskau riskieren. Über den Status West-Berlins sollte ein Interimsabkommen abgeschlossen werden, das die Besatzungstruppen innerhalb von eineinhalb Jahren auf eine symbolische Stärke von 3000 bis 4000 Mann reduziert hätte. In dieser Zeit sollten Vertreter der Bundesrepublik und der DDR in einem gesamtdeutschen Ausschuß, paritätisch zusammengesetzt, die Beziehungen untereinander verbessern, Maßnahmen für die Wiedervereinigung „erörtern" und Fragen des Abschlusses eines Friedensvertrages „prüfen". Zehn Tage später räumte Gromyko ein, käme keine Einigung zustande, würde die West-Berlin-Frage vor Ablauf des Abkommens wieder verhandelt, „selbstverständlich unter Berücksichtigung der Verhältnisse . . ., die bis dahin eingetreten" wären[99]. Die Berlinfrage wäre auf den Status West-Berlins beschränkt, die Anerkennung der DDR als gleichberechtigter Staat quasi vollzogen, die westlichen Besatzungstruppen aus Berlin so gut wie hinausgedrängt und der dann veränderte Status für die Zukunft sanktioniert worden.

Bedenklich war die Stoßrichtung Moskaus auf eine isolierte Berlinlösung, gefährlich die wachsende Neigung von Amerikanern und Briten, sich darauf einzulassen. Vorrangig ging es um die Modalitäten gesicherter westalliierter Zugangsrechte nach Berlin.

---

[96] Dokumentation der Genfer Außenministerkonferenz 1959, zusammengestellt im Auftrag des Auswärtigen Amtes von Heinrich von Siegler, 2 Bde., Bonn 1959; Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/2, bearb. von Ernst Deuerlein/Werner John, Frankfurt a. M. Berlin 1971, S. 6–725, 877–1194; Excerpts From the Private Discussions Regarding the Basic Rights of the Western Powers in Berlin, in: National Archives and Records Administration, Washington, D. C., (NARA), Department of State Files RG 59 Box 3527.

[97] Erst nach Unterbrechung der Genfer Konferenz rief Bundestagspräsident Gerstenmaier die Bundesversammlung nach Berlin ein. Arnulf Baring unter Mitarbeit von Bolko von Oetinger/Klaus Meyer, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964, Hamburg 1974, S. 255–260.

[98] Wortlaut der Erklärungen Gromykos, 9. und 10. 6. 1959, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/2, Erster Halbbd., S. 525–534, 545.

[99] Wortlaut der Erklärungen Gromykos, 19. 6. 1959, in: ebenda, S. 652ff., 655f.; Telegramm Auswärtiges Amt an Senat von Berlin, 20. 6. 1959, Drahtbericht von Brentano, Anlage 1 zu Berl-83/59 geh., in: AdsD, Dep. Brandt 67.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Besorgnis erregte das Angebot der Westmächte vom 16. Juni 1959[100], für den Preis des Rückzugs sowjetischer Streitkräfte aus Berlin ihre Truppen in West-Berlin auf den damaligen Stand von rund 11 000 Mann einzufrieren und nicht mit Nuklearwaffen auszustatten. Die Zugangsrechte nach West-Berlin würden nur für die stationierten Streitkräfte „weiterhin frei und uneingeschränkt sein", hingegen die DDR-Behörden – nicht sowjetische Truppen – die Transitstrecken kontrollieren dürfen.

Auf die Verhandlungen hatte Brandt keinen Einfluß. Ihm sei es nicht gelungen, schrieb er Kreisky, „das Verhandlungsklima ein wenig zu ‚entberlinisieren' ". Wie Adenauer meinte Brandt, daß „die Westmächte bereits bis hart an die Grenze der Möglichkeiten gegangen" seien[101]. In der Beurteilung der Rechtsposition Berlins bestanden zwischen Adenauer und Brandt keine gravierenden Differenzen[102]. Nach einem Gespräch am Rande der Bundesversammlung in Berlin[103] legte Brandt dem Kanzler[104] die Position des Senats zur zweiten Runde der Genfer Außenministerkonferenz dar. Der westliche Berlin-Vorschlag vom 16. Juni, so Brandt, sei „in einigen Punkten das letzte Angebot", das „in der Berlin-Frage überhaupt gemacht werden" könne, weil die Sowjets „noch mehr herauszuholen versuchen" und Chruschtschow auf einer möglichen Gipfelkonferenz auch seinen Erfolg haben wolle. Die Bonner Delegation sollte darauf hinwirken, das Angebot zu „entschärfen". Hätte Brandt das Angebot früher gekannt, wären vom Senat dazu einige Vorschläge gemacht worden. Wenn die Gegenseite Anzeichen signalisierte, die Regelung des Transitverkehrs und die Beziehungen zwischen West-Berlin und dem Bund zu akzeptieren, sollte „alles versucht werden, ein solches Abkommen zustande zu bringen". Das impliziere indirekt die Anerkennung des Status von West-Berlin. Sollten die Sowjets „weiterhin Westberlin als Natostützpunkt und als Aggressionsherd" bezeichnen, müßte nachdrücklich die Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik unter alliierter Oberhoheit herausgestellt werden. „Es wäre gut, darauf aufmerksam zu machen, daß dieser Zustand nicht angetastet werden darf, da es sich hier um einen Teil der alliierten Politik handelt, für die die Westmächte auch heute verantwortlich sind." Schließlich glaubte auch Brandt nicht an eine wundersame Verständigung in Genf. Deshalb mußte man hart bleiben. „Am schädlichsten würde ich ein weiteres Nachgeben in der Berlin-Frage halten, weil hierdurch große Rückwirkungen auf die gesamteuropäische Politik zu befürchten sind." Besser konnte Adenauer es kaum ausdrücken. Brandt stand offensichtlich an der Seite des Kanzlers. Doch unterschieden sich ihre Konzepte darin, daß Brandt in technischen Verhandlungen eines gesamtdeutschen Ausschusses zur Normalisierung des Verkehrs zwischen Berlin und der Bundesrepublik Chancen der ost-westlichen Annäherung sah.

---

[100] Telegramm Mettenheim, Consugerma Genf, an Klein, 17. 6. 1959, Streng geheim, in: ebenda; Westliche Kompromißvorschläge zur Berlin-Frage, 16. 6. 1959, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/2, Erster Halbbd., S. 635 ff.

[101] Schreiben Brandt an Kreisky, 20. 6. 1959, in: AdsD, Dep. Brandt 21.

[102] Brandt, Mein Weg nach Berlin, S. 351 f.

[103] Wortlaut des Schreibens Adenauer an von Brentano, 2. 7. 1989, in: Baring, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!, S. 263.

[104] Schreiben Brandt an Adenauer, 6. 7. 1959, in: BA, Bestand Bundeskanzleramt B 136/6204.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Über von Brentano hatte Brandt den Amerikanern seine Position mitgeteilt[105]: keine weiteren Konzessionen Berlin betreffend, keine Begrenzung oder Reduzierung von Truppen, wozu bindende Verpflichtungen nicht existierten, Beibehaltung der Kontrolle über die Truppenstärke und unkonventionelle Waffen durch die alliierten Mächte, nicht durch UN-Beobachter, Abschluß einer Vereinbarung zur Kontrolle der Propaganda und subversiver Tätigkeiten, Anerkennung der freien und ungehinderten Zugangsrechte der Alliierten, Bildung einer Viermächte-Kommission, die Arbeitsgruppen für begrenzte Verkehrsfragen einsetzen kann, Stärkung der Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik.

Brandts zweiter Besuch in Genf am 31. Juli 1959 erfolgte auf Wunsch von Brentanos, war also von Adenauer abgesegnet worden. Von der Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters versprach man sich Unterstützung, falls die Westmächte in für Bonn untragbare Kompromisse einwilligen würden. Zu entscheiden war, ob man ein zeitlich begrenztes Interimsabkommen schließen, das nach Ablauf der Frist eine unklare Rechtslage geschaffen hätte und eine feste Vereinbarung zur Reduzierung der westalliierten Streitkräfte beinhaltete, oder die Konferenz ohne Ergebnis abbrechen sollte. Der am 28. Juli 1959 von den Westmächten der sowjetischen Delegation unterbreitete Verhandlungsvorschlag zur Wiedervereinigung von Berlin[106] verstärkte die Befürchtung, der Westen könnte um der endgültigen Lösung des lästigen Problems wegen zu weiteren Zugeständnissen bereit sein. Danach sollten die beiden Teile Berlins den Status einer Freien Stadt erhalten und neben der Bundesrepublik und der DDR zu einer dritten eigenständigen staatlichen Einheit auf deutschem Boden werden, ohne die Verantwortung der vier Siegermächte für Deutschland als Ganzes zu beeinträchtigen. Zur Schaffung einer normalen Situation und zur Aufrechterhaltung der Integrität, so hieß es in dem Plan, wäre für das ungeteilte Territorium Groß-Berlins eine gemeinsame Verwaltung unter Aufsicht der Vier Mächte zu schaffen. Innerhalb von 60 Tagen sollten allgemeine, freie, geheime und direkte Wahlen zu einem Verfassungsrat abgehalten werden, der wiederum in 60 Tagen eine Verfassung und ein Wahlgesetz ausarbeitet, die in den nächsten 30 Tagen durch ein Plebiszit angenommen würden. Die Regierung von Berlin wäre frei, mit anderen Teilen Deutschlands über ihre administrativen, wirtschaftlichen, finanziellen und rechtlichen Beziehungen zu verhandeln, dürfte aber bis zur Wiedervereinigung nicht in einen Teil Deutschlands inkorporiert werden. Den Vier Mächten sollte freier und unbeschränkter Zugang zwischen Berlin und den anderen Teilen Deutschlands gestattet sein. Die Sicherung der Stadt bliebe weiterhin auf Grund der originären Rechte und noch auszuarbeitender Ausführungsbestimmungen („of such arrangements for implementation as may be worked out") durch Streitkräfte

[105] Memorandum Smith an Merchant, 15.7. 1959, in: NARA, Department of State Files, RG 59 Box 3528.

[106] Deutschsprachige Fassung des westlichen Vorschlags in: Wilhelm G. Grewe, Rückblenden 1976–1951. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1979, S. 764 f. Dazu auch: Proposal for Reunification of Berlin, Geheim, ohne Datum, in: AdsD, Dep. Brandt 24.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Alliierten garantiert. Untersagt wäre die Mitgliedschaft Berlins in Verteidigungsorganisationen, denen die Bundesrepublik oder die DDR angehörten, so daß keine Streitkräfte anderer Mächte nach Berlin gebracht werden dürften.

Der Vorschlag bedeutete faktisch den Einstieg in Verhandlungen über die Dreiteilung Deutschlands, von den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie abgesehen, den Abzug westlicher Streitkräfte aus West-Berlin und den Rückzug sowjetischer Streitkräfte auf das Gebiet der DDR. Östlicher und westlicher Verhandlungsvorschlag[107] unterschieden sich vor allem hinsichtlich der Dauer des Interimsabkommens, anderthalb oder fünf Jahre, und hinsichtlich der Zusammensetzung des Ausschusses, der nach sowjetischem Willen paritätisch von Vertretern der Bundesrepublik und der DDR besetzt würde, nach westlichen Vorstellungen auf Viermächteebene tagen sollte und zur Regelung von Streitfragen über die Zugangswege deutsche Sachverständige hinzuziehen könnte.

Brandt sprach sich für den Fortbestand alliierter Rechte aus, war bereit, eher eine andauernde Krise als ein Interimsabkommen mit unsicherer Rechtslage in Kauf zu nehmen. Der amerikanische Außenminister Herter suchte Brandt noch mit einer Zusatzklausel zu überreden. Der alte Rechtszustand sollte nach Ablauf der Frist wieder Geltung haben. Die Konferenz scheiterte jedoch an der unnachgiebigen Haltung der Sowjets[108].

Kanzler und Regierender Bürgermeister waren übereinstimmend der Ansicht, mit dem Fehlschlag der Genfer Verhandlungen sei eine Eskalation des Konflikts um Berlin abgewendet worden. Brandt beschlichen indes Zweifel, ob er mit der ausgeschlagenen Einladung Chruschtschows nicht doch eine Chance verpaßt hatte, im direkten Gespräch mit dem Sowjetführer vielleicht mehr zu erreichen. „Tatsache ist", teilte er Anfang August Kreisky mit[109], „daß wir auch so über die Runden gekommen sind. Ich habe mich während der zweiten Phase der Genfer Konferenz mit Nachdruck dafür eingesetzt, lieber einen andauernden Schwebezustand für Berlin hinzunehmen, als Konzessionen zuzustimmen, die als Anfang vom Ende hätten aufgefaßt werden können." Nicht ohne Stolz fügte er hinzu, „daß unsere feste Haltung nicht nur dazu beigetragen hat, die schreckliche Gefahr, die der Bevölkerung meiner Stadt drohte, bis auf weiteres abzuwenden, sondern daß wir auch die Kriegsgefahr vermindert haben". Für das vereinbarte Gipfeltreffen von Eisenhower und Chruschtschow in Camp David Mitte September sah Brandt „nicht geringe Chancen – aber auch beträchtliche Gefahren" bilateraler Abmachungen über die Köpfe aller anderen hinweg.

Klare Verhandlungslinien festzulegen war einmal mehr das Gebot der Stunde, auf seiten der Bundesregierung wie auf seiten des Senats. Nach der Unterredung mit Adenauer am 23. Oktober 1959[110] skizzierte Brandt dem Kanzler nochmals seinen Stand-

[107] Vorlage Kohler an Herter, Attachment Tab A – Comparison of the Soviet and Western Proposals of July 28, 26.10. 1959, in: NARA, Department of State Files, RG 59 Box 3528.

[108] Grewe, Rückblenden, S. 405 f.; Baring, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!, S. 262–280.

[109] Schreiben Brandt an Kreisky, 8. 8. 1959, in: AdsD, Dep. Brandt 22.

[110] Vermerk Klein über Besprechung Adenauer-Brandt, 30. 11. 1959, in: ebenda, Dep. Brandt 23.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

punkt. Die Berlinfrage, so schrieb er am 28. Oktober nach Abstimmung mit CDU-Bürgermeister Amrehn, könne nur in Verbindung mit der Deutschlandfrage eine Lösung finden. Warnend setzte er hinzu, durch allgemeine Vereinbarungen schwinde bei den Deutschen die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung, eine „Radikalisierung der deutschen Politik" sei zu befürchten. Falls sich aber keine rasche Lösung abzeichne und der Druck der Sowjets auf „‚Liquidierung des Besatzungsregimes in West-Berlin'" anhalte, gelte es, folgende Richtlinien zu beachten: „1. Jede Abmachung über West-Berlin müßte ausdrücklich *bis zur Wiedervereinigung Deutschlands* Geltung haben. 2. Der Plan der ‚Freien Stadt West-Berlin' diente gewissermaßen zur Begründung der *Forderung nach Abzug der westlichen Truppen*, später nach Herabsetzung auf eine symbolische Stärke." 3. Der von Ulbricht ins Spiel gebrachte Vorschlag, West-Berlin zu einem Gebilde nach Muster der Vatikan-Stadt zu machen[111], ziele darauf ab, staatsrechtliche Bindungen West-Berlins zur Bundesrepublik aufzuheben und stelle den „ernstesten Angriff gegen die Existenz des freien Berlin dar". Ohne Zweifel könne das freie Berlin „nicht als drittes Staatsfragment leben". 4. Die alliierte Kontrolle der Zugangswege von und nach West-Berlin müsse aufrechterhalten bleiben[112]. Brandt drängte auf „eine baldige Aussprache" in der Absicht, einen „gemeinsamen deutschen Standpunkt" herbeizuführen.

Ferdinand Friedensburg, Berliner CDU-Abgeordneter, dem Adenauer am 3. November 1959 das Schreiben zu lesen gab, empfahl, auf Brandt zuzugehen und mit ihm eine längere Aussprache zu führen. Er zeige „eine nicht nur aus Klugheit geborene, sondern auch auf seinem Charakter beruhende Bemühung", sich der Bundesregierung „loyal" gegenüber zu verhalten. „Er ist kein Reuter, sondern, bei aller propagandistischen Geschicklichkeit, im Grunde ein redlicher Mann", der zudem radikalere Strömungen in der Berliner SPD in Schach halte[113].

Zu der Unterredung kam es am 30. November 1959[114], zwischen Besuchen des Kanzlers in London und Paris[115]. Der britischen Regierung, berichtete Adenauer eingangs, habe er die Bedenken Brandts gegen die westlichen Zugeständnisse in Genf vor-

---

[111] Wortlaut der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, auf einer Kundgebung in Berlin, 7. 10. 1959 (Auszug), in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/3, bearb. von Ernst Deuerlein/Werner John, Frankfurt a. M./Berlin 1972, S. 368ff., hier S. 369. Das Vatikanstatut als Beispiel für Westberlin, in: Außenpolitische Korrespondenz 3 (1959) 33 vom 26. 10. 1959, abgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/3, S. 420ff.

[112] Schreiben Brandt an Adenauer, 28. 10. 1959, in: AdsD, Dep. Brandt 23.

[113] Schreiben Friedensburg an Adenauer, 4. 11. 1959, in: BA, NL Ferdinand Friedensburg 114/29.

[114] Brandt übersandte Adenauer am 1. 12. 1959 den von Günter Klein angefertigten Vermerk über die Besprechung vom 30. 11. 1959, an der auch von Brentano, Globke und der Bundesbevollmächtigte in Berlin, Heinrich Vockel, teilnahmen; Schreiben Brandt an Adenauer, 1. 12. 1959, und Vermerk Klein, 30. 11. 1959, beide in: ebenda.

[115] Vom 17. bis 19. 11. 1959 war Adenauer mit Macmillan in London zusammengetroffen. Am 1./2. 12. 1959 fand in Paris die nächste Begegnung mit de Gaulle statt, wo auch vom 15. bis 17. 12. 1959 der NATO-Ministerrat tagte und anschließend Adenauer, de Gaulle, Eisenhower und Macmillan zur westlichen Gipfelkonferenz zusammenkamen. Konrad Adenauer, Erinnerungen 1959–1963. Fragmente, Stuttgart 1968, S. 15–21, 23–28.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

getragen. Außenminister Selwyn Lloyd habe jedoch eingewandt, der Regierende Bürgermeister hätte sie damals angenommen. Da er, Adenauer, nur Berlin-Vorschläge mit Billigung des Senats unterbreiten könne, habe er der britischen Regierung keine Vorschläge gemacht, die den Genfer Verhandlungsvorschlag als Grundlage für die Verhandlungen auf der Gipfelkonferenz ansehe. Besorgniserregend seien vor allem Berichte von Botschafter Grewe, das State Department strebe an, „die Rechtsbasis für die Anwesenheit der Westmächte in West-Berlin durch neue Vereinbarungen zu ersetzen". Von Brentano bemerkte dazu, daß zwar die Konzessionsbereitschaft des Westens sehr weit gehe, die originären Rechte auf Anwesenheit in der Stadt und auf Ausübung der obersten Gewalt aber nicht in Frage gestellt würden. Im State Department werde ein Papier für eine neue Vereinbarung ausgearbeitet.

Brandt stellte zunächst klar, daß die Zustimmung zum Vorschlag vom 28. Juli nicht vom Senat, sondern von der Bundesregierung „erbeten worden sei". Daher müsse auch die Bundesregierung diese Vorschläge „vertreten". Er habe für sich und den Senat die Zustimmung zu einem Teil des Vorschlags gegeben, nämlich Beobachter der UNO zur Überwachung der Tätigkeiten in ganz Berlin einzusetzen, weil „Berlin eine solche zusätzliche Vereinbarung als tragbar ansehe". Die weitere Konzession, die Berlin-Vertretung interimistisch auf fünf Jahre zu begrenzen, sei ihm in Genf mitgeteilt worden. „In Anbetracht der Tatsache, daß nach Ablauf der vereinbarten Zeit der alte Rechtszustand (juridical position as at present) für die westlichen Besatzungsmächte wieder hergestellt werden sollte, und der Tatsache, daß zu jener Zeit eine sehr kritische Konferenzlage entstanden war, habe er mit großen Bedenken keine Einwendungen erhoben." Brandt wiederholte seine Zufriedenheit darüber, daß die Außenminister-Konferenz „ohne ein sichtbares Resultat auseinandergegangen sei".

Aber Gromyko und der amerikanische Außenminister Herter hätten bewußt die Einladung Eisenhowers an Chruschtschow verschwiegen, unterbrach Adenauer, weil dadurch die anderen Teilnehmer zu Entgegenkommen veranlaßt wurden, die ansonsten unterblieben wären.

Vorsichtig versuchte Brandt nun Flexibilität und Grenzen der Adenauerschen Position abzutasten. Es stelle sich die Frage, fuhr Brandt fort, ob die Westmächte ihre Zugeständnisse in Genf „nicht als äußerste Grenze", sondern als Verhandlungsgrundlage sähen. Immerhin seien sie durch den Deutschland-Vertrag, der die finanzielle Unterstützung Berlins durch die Bundesrepublik und die völkerrechtliche Vertretung regele, Verpflichtungen eingegangen, die nicht einseitig – ohne Einwilligung der Bundesregierung und ohne deren Verhältnis zu West-Berlin zu ändern oder gar zu annullieren – aufzulösen seien. Die Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik rangiere – überspitzt formuliert – auf der Prioritätenskala der Probleme noch vor den Bestimmungen über die Stationierung der westlichen Truppen in West-Berlin. Für ihn, Brandt, „sei vollkommen klar, daß die Freiheit West-Berlins nur in Verbindung mit der Bundesrepublik Deutschland gewahrt werden könne". Er halte zwar die Begrenzung der Interimslösung auf fünf Jahre für „bedenklich"; doch hätten die Westmächte die Rückkehr zu den gegenwärtigen Rechtsverhältnissen zur Prämisse der Vereinbarung gemacht. Schließlich komme es auf das gesamte Verhandlungspaket an, ob die zeitliche

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beschränkung zu akzeptieren sei, wenn die Verbindung West-Berlins zur Bundesrepublik und die Wahrung des Rechtszustandes von der Sowjetunion ausdrücklich anerkannt werde. Alles in allem stellten die westlichen Konzessionen von Genf die „äußerste Grenze dessen dar, was von Berliner Seite als tragbar anzusehen sei".

Die Einschaltung der UNO kam weder für Brandt noch für Adenauer in Betracht. Die allgemeine Unsicherheit über die Zukunft der Stadt würde erhöht, bei der Bevölkerung nehme politisch und psychologisch das Gefühl der Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik ab. Unsicherheit unter den Menschen wachse, Weggang aus der Stadt, wirtschaftlicher Niedergang, Gefahr der „Rückversicherungen" bei den Sowjets wären die Folgen. Adenauer hoffte, de Gaulle für eine feste Haltung gegenüber den Sowjets und den „schlechten Lösungsmöglichkeiten" des Westens zu gewinnen. Der General wisse, „welche Bedeutung Berlin für das Schicksal von ganz Westeuropa habe".

Adenauer war mit dem Verlauf des Gesprächs durchaus zufrieden. Brandt hatte sich deutlich gegen westliches Nachgeben ausgesprochen. Krone, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, mit einem Sensus für noch kaum wahrnehmbare Veränderungen im Zungenschlag des politischen Gegners, traute den Beteuerungen Brandts nicht. Skeptisch machte ihn, daß der Regierende Bürgermeister keineswegs strikt jede neue Abmachung über Berlin ablehne und „nicht unbedingt den bisherigen Viermächte-Status" vertrete[116].

Einige Tage später umriß Brandt in einem Schreiben an von Brentano nochmals die Grundsätze des Senats zur Berlinfrage auf der bevorstehenden westlichen Gipfelkonferenz in Paris: 1. Die Westmächte müßten zu einer Erklärung über West-Berlin als integralen Bestandteil der Bundesrepublik und Beibehaltung des gegenwärtigen Rechtszustandes bis zur Wiedervereinigung veranlaßt werden. 2. Die westlicherseits in Genf unterbreiteten Vorschläge stellten „die Grenzen des Erträglichen" dar. Gefährlich wäre es, zu Konferenzbeginn diese Konzessionen als verbindliches Angebot zu wiederholen, da die Sowjets dann mehr verlangten und „über das Mehr ernsthaft verhandeln" wollten, zumal bei ihnen Interesse an der isolierten Behandlung des Berlinproblems bestünde. 3. Die Westmächte müßten weiterhin Garanten des freien Zugangs nach West-Berlin bleiben. Ob die UNO Kontrollen bei der Überwachung durch eine Viermächtekommission übernehmen könnten, sei zu prüfen. Außerordentlich bedenklich wäre es, „wenn die Verantwortlichkeit der Westmächte für die Aufrechterhaltung des freien Verkehrs von und nach Berlin in irgendeiner Form geschmälert würde"[117].

Unter dem Eindruck der unnachgiebigen Haltung de Gaulles[118] in der Berlinfrage und um Brandt seinerseits festzulegen, antwortete Adenauer schon am nächsten Tag mit der ausdrücklichen Versicherung, „daß die Bundesregierung sich mit allem Nachdruck gegen jede Verschlechterung der bestehenden Rechtsgrundlage für Berlin wen-

[116] Notiz, 30. 11. 1959, Heinrich Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954–1969, in: Morsey/Repgen (Hrsg.), Adenauer-Studien Bd. III, S. 134–201, hier S. 155.

[117] Schreiben Brandt an von Brentano, 10. 12. 1959, in: AdsD, Dep. Brandt 23.

[118] Zu den nuklearpolitischen Aspekten: Cyril Buffet, La politique nucléaire de la France et la seconde crise de Berlin (1958–1962), in: Relations internationales 59 (1989), S. 347–358.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den wird"[119]. Dies gelte nicht bloß für die Interessen West-Berlins. Die Bundesregierung werde „darüber hinaus auch unter keinen Umständen einer wie immer gearteten Vereinbarung zustimmen, die sich gegen die Interessen der Bevölkerung Ostberlins sowie der sowjetisch besetzten Zone auswirken würde".

Nach außen hin schien ein gewisser Schulterschluß zwischen Adenauer und Brandt gelungen. Der Kanzler rühmte in vertrauter „Teerunde" die „volle Übereinstimmung" mit Brandt, Senat und Abgeordnetenhaus, daß am Rechtsstatus von Berlin nichts zu ändern sei, weil jede Änderung unabsehbare Folgen hätte[120]. Unter der Decke aber brodelte es weiter.

Als Krone nach Weihnachten den Berliner Senat über die Ergebnisse der westlichen Gipfeltreffen informierte, glaubte er seinen „Verdacht bestätigt. Brandt spreche gern eine schwebende Sprache", plädiere eben nicht dafür, daß „im Letzten die vier Siegermächte die Verantwortung tragen", sondern rede „von den Schutzmächten Westberlins"[121]. Der Fraktionsvorsitzende bezog sich auf die Erklärung vor dem Abgeordnetenhaus am 17. Dezember 1959, in der Brandt davon sprach, über West-Berlin dürfe „auf künftigen Konferenzen nur im Rahmen der originären Rechte der Schutzmächte verhandelt werden". Brandt hatte hinzugefügt: „Die Substanz dieser Rechte darf nicht berührt werden."[122] Damit waren nach Ansicht Krones Viermächte-Verhandlungen allein über den Status West-Berlins nicht prinzipiell ausgeschlossen.

In der Tat setzte Brandt seine allmähliche Positionsverschiebung fort, um herauszufinden, welche anderen Berlin-Lösungen für die Alliierten akzeptabel wären. Am 7. Januar habe er vor dem Abgeordnetenhaus[123] in verklausulierten Worten einen weiteren Versuchsballon losgelassen, bekam Kreisky am 6. März zu hören. Die Rede enthalte eine Art negativen Kompetenzkatalog. Von der Sowjetunion würde bei weiteren Vereinbarungen nur die Anerkennung und keine Erweiterung bestehender Rechte der Westmächte gefordert[124]. In dem Zusammenhang verwies Brandt auf das Kommuniqué der sechsten Sitzung des Rats der Außenminister vom 20. Juni 1949 in Paris[125]. Im Zuge der Beilegung der ersten Berlinkrise war damals vereinbart worden, bei Abschluß eines Verkehrsabkommens zur Sicherung alliierter Zugangsrechte von und nach Berlin auch Konsultationen mit deutschen Verwaltungsstellen unter Viermächte-Verantwortung vorzusehen.

---

[119] Schreiben Adenauer an Brandt, 11. 12. 1959, in: AdsD, Dep. Brandt 23.

[120] Kanzler-Tee, 15. 1. 1960, in: Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 165–178, hier S. 165.

[121] Notiz, 27. 12. 1959, Krone, in: Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik, S. 155 f.

[122] Wortlaut (Auszug), in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/3, S. 789–796, hier S. 795.

[123] Wortlaut (Auszug), in: ebenda IV/4, Erster Halbbd., bearb. von Ernst Deuerlein/Gunter Holzweißig, Frankfurt a. M./Berlin 1972, S. 22 ff., hier S. 23 f.

[124] Vermerk Brandt, Besprechung mit Kreisky, 6. 3. 1960, in: AdsD, Dep. Brandt 69.

[125] Wortlaut des Kommuniqués über die Sechste Tagung des Rates der Außenminister in Paris, 20. 6. 1949, in: Germany 1947–1949. The Story in Documents, hrsg. vom Department of State, Washington D. C. 1950, S. 69 f.; Auszug in: Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1966, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin, München [4]1987, S. 120 f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Während seines Berlin-Besuchs am 12. Januar 1960 schilderte Adenauer[126] den Verlauf der Pariser Verhandlungen. Eisenhower habe „abwegige" Ideen zu Berlin geäußert. Dem festen Standpunkt de Gaulles, „daß an der Rechtsposition nicht gerüttelt werden dürfe", habe sich Macmillan angeschlossen. Eisenhower hätte zu erkennen gegeben, „daß es keinen Sinn" habe, seine Ideen einer Freistadt-Lösung weiterzuverfolgen. Adenauer bezweifelte allerdings die Aufrichtigkeit der amerikanischen Haltung. Nicht ohne Grund hätte er vor dem Abgeordnetenhaus deutlich gesagt, die westlichen Berlinvorschläge vom 28. Juli 1959 seien abgelehnt worden und wären folglich nicht mehr existent[127]. Der Kanzler riet Brandt, dem von amerikanischer Seite nahegelegt worden war, noch vor der Gipfelkonferenz in die USA zu kommen, zu reisen, um dort in der Presse Berlin durch seinen Sprecher präsent zu machen[128]. Doch verspürte Brandt wenig Interesse, im Schlagschatten der geplanten Weltreise Adenauers die USA zu besuchen.

Die außenpolitische Debatte des Bundestages am 10. Februar 1960[129] ließ insofern aufhorchen, als in der ablehnenden Haltung Adenauers und in den Äußerungen Brandts zum neuen sowjetischen Berlinpapier, das Botschafter Smirnow am 13. Januar erstaunlicherweise dem SPD-Vorsitzenden Ollenhauer überreicht hatte[130], keinerlei grundlegenden Unterschiede auszumachen waren[131]. Das Angebot, schrittweise eine Freie Stadt West-Berlin zu schaffen, gekoppelt mit der Möglichkeit, die wirtschaftlichen Bindungen Berlins zur Bundesrepublik enger zu gestalten als zu anderen Staaten, gegen den Preis sowjetischer Zugeständnisse bei der Nichtanerkennung der DDR, war ein unannehmbares Geschäft. Die Übergabe des Vorschlags an Ollenhauer unter Umgehung Brandts nährte in der Presse Spekulationen, Moskau wolle Teile der SPD-Führung vom Regierenden Bürgermeister trennen und den „Adenauer-Brandt-Kurs" stören, was den Hausherren der Bonner SPD-Baracke entgegenkäme. Daß die von beiden erhobene Forderung nach Beibehaltung der Rechtspositionen im Status Berlins nur ein Zweckbündnis darstellte, befristet bis zur Beilegung der Berlinkrise, spätestens bis zum Bundestagswahlkampf 1961, wenn vielleicht der junge Berliner als SPD-Kanzlerkandidat anträte, darüber waren sich Beobachter von vorneherein im klaren[132]. Nach

---

[126] Hs. Aufzeichnung Brandt, Mitteilung Adenauers, 12. 1. 1960, in: AdsD, Dep. Brandt 69.

[127] Wortlaut der Erklärung, 11. 1. 1960, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/4, Erster Halbbd., S. 48–52, hier S. 50.

[128] Vermerk Brandt, 13. 1. 1960, in: AdsD, Dep. Brandt 69.

[129] Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode 1957, Stenographische Berichte, Bd. 45, S. 5380–5422; Auszüge in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/4, Erster Halbbd., S. 307–375.

[130] Vermerk Brandt über Gespräch mit Ollenhauer über dessen Gespräch am 15. 1. 1960 mit Smirnow, 19. 1. 1960, in: AdsD, Dep. Brandt 69. Zu den Nuancen des Vorschlags: Aufzeichnung Hallstein, Die Entwicklung der Berlinfrage seit der westlichen Gipfelkonferenz im Dezember 1959, I.07–05, I 97-05-Bl, Tagebuch-Nr. 27/60 geh., 1. 4. 1960, in: ebenda; Wortlaut der Mitteilung in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/4, Erster Halbbd., S. 69–75.

[131] Wortlaut der Rundfunkansprache Brandts über den Sender RIAS, 21. 2. 1960, sowie sein Artikel „Ein neuer Ausgangspunkt", in: „Telegraf" vom 28. 2. 1960, beide abgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/4, Erster Halbbd., S. 457 ff., 467 ff.

[132] Jürgen Tern, Der Adenauer-Brandt-Kurs, in: „Frankfurter Allgemeine" vom 10. 2. 1960.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

außen hin bezweifelte Adenauer noch, ob Brandt sich innerparteilich durchsetzen könne[133]. Insgeheim aber hatte er sich schon auf den Berliner Bürgermeister als Kontrahenten eingestellt.

Mehr Flexibilität gegenüber den Sowjets zu zeigen, war schon lange Kreiskys Ansatz zur Überwindung der Ost-West-Probleme. Davon brauchte er Brandt nicht mehr zu überzeugen. Die Sowjetregierung würde nach dem für Mitte Mai geplanten Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Paris das Berlinproblem nicht einfach beiseiteschieben, lautete Kreiskys Botschaft am 6. März 1960[134]. Bei seinem Besuch in Warschau habe der polnische Außenminister Rapacki ihm versichert, Polen würde im Falle der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Bonn die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie keineswegs zur Vorbedingung machen[135]. Brandt hatte die Notwendigkeit, eines Tages die Oder-Neiße-Grenze als Preis für die Wiedervereinigung Deutschlands anerkennen zu müssen, ebenso realistisch eingeschätzt wie Adenauer. Umstritten waren vor allem die Rahmenbedingungen und der Zeitpunkt. In seinen *Erinnerungen*[136] erwähnt Brandt als Beweis für die Meinung Adenauers eine Unterhaltung Ollenhauers mit dem Kanzler aus dem Jahre 1953, über die der SPD-Vorsitzende anschließend dem Journalisten Fritz Sänger berichtete. Dieser stenographierte die Äußerungen Ollenhauers mit und fertigte davon eine Notiz an. Danach erzählte Ollenhauer, der Kanzler habe ihm am 30. August 1953 im Hamburger Hotel Reichshof unter anderem mit Blick auf die Ostprovinzen gesagt: „‚Wir müssen ja erst noch zahlen. Wir haben ja noch nicht abgerechnet. Da gibt es kein Zögern, Herr Ollenhauer, da sind alle Fragen längst gelöst, Oder-Neiße, Ostgebiete usw. Die sind weg! Die gibt es nicht mehr! Wer das mal aushandeln muß, na, ich werde es nicht mehr sein müssen.‘ “ Der SPD-Vorsitzende bestätigte ausdrücklich, Sänger „habe diese Worte ‚ganz getreu‘ wiedergegeben. Er fügte hinzu, die Äußerung Adenauers habe für ihn, Ollenhauer, den ganzen miesen Charakter dieses Mannes enthüllt, denn das sei doch ein Ausdruck persönlicher Feigheit und unverantwortlicher Täuschung, eigentlich Betrug des Volkes. Aber vielleicht sei die Zeit noch nicht reif für ein solches offenes Wort.“[137] Brandt hätte zwar gerne gesehen,

---

[133] Kanzler-Tee, 5. 2. 1960, in: Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 179–195, hier S. 193.

[134] Vermerk Brandt, Besprechung mit Kreisky, 6. 3. 1960, in: AdsD, Dep. Brandt 69.

[135] Kreisky, Im Strom der Politik, S. 213–217. Zur Entwicklung der Kontakte zwischen Bonn und Warschau 1960/61: Hansjakob Stehle, Adenauer, Polen und die deutsche Frage, in: Josef Foschepoth (Hrsg.), Adenauer und die Deutsche Frage, Göttingen 1988, S. 80–98, hier S. 93 f. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 725.

[136] Brandt, Erinnerungen, S. 45 f.

[137] Fritz Sänger, Notiz (betr. Deutschlandfrage), Abschrift, „(sgr. [Stenogramm] 30. VIII. 1953)“. Weiterhin heißt es: „Ich [Sänger] habe diese Notiz im Stenogramm geschrieben. Ollenhauer sah das und bat, daß ich sie ihm vorlese. Das ist geschehen. Er billigte sie und bat um einen Durchschlag, wenn ich sie übertragen hätte. Ich übertrage für ihn jetzt den zweiten und dritten Absatz dieser Abschrift. (sgr. 2. IX. 53)“. Später fügte Sänger hinzu: „Erich Ollenhauer hat diese Abschrift bestätigt, aber keinen Einspruch erhoben, also ihr zugestimmt, wie er es bereits nach dem Vorlesen getan hat. (sgr. 11. IX. 53) gez. Fritz Sänger“ mit hs. Paraphe und Datum „4. X. 78“, in: AdsD, NL Fritz Sänger, Bd. 280. Sänger hat diese Quelle erstmals in einem Leserbrief mit der Überschrift „Adenauer: Oder-Neiße-Gebiete sind weg“ in der „Frankfurter Rundschau“ vom 12. 12. 1970 (Schreiben Sänger an die „Frank-

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wenn die Bundesrepublik schon vor Abschluß eines Friedensvertrages die Grenzgarantie für die Oder-Neiße-Linie gegeben hätte. Doch räumte er aus eigener Erfahrung ein, daß die entgegenstehenden Rechtsbedenken von keinem Bundeskanzler ignoriert werden könnten, solange die Wiedervereinigung Deutschlands ungeklärt war[138]. Währenddessen konnte die Oder-Neiße-Grenze von keiner Bundesregierung – auch nicht von der Adenauers – völkerrechtlich anerkannt werden.

Kreisky bedrängte Brandt, in Abstimmung mit Washington zu versuchen, „den Sowjets auf den Zahn zu fühlen", herauszufinden, ob sie substantiell an ursprünglichen Forderungen festhielten oder beweglicher geworden seien. Ein erneutes Angebot zur Vermittlung wies Brandt mit der Bemerkung zurück, er möge mit Adenauer über diesen Gedanken sprechen.

Bei den Abstimmungen über die westliche Position im Vorfeld des Pariser Gipfeltreffens setzte Adenauer alles daran, jede Änderung des Status quo in Berlin zu verhindern. Mit dem Vorschlag einer Volksabstimmung der West-Berliner über den Verbleib der Alliierten wollte er drei Dinge gleichzeitig bewirken: öffentlichen Druck erzeugen, die Westmächte auf ihre originären Rechte in Berlin festlegen, sie also an die Kandare nehmen, und Brandt bei Kurs halten. Fortan war nicht mehr von Wiedervereinigung die Rede. Die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts wurde gefordert, das den Deutschen nicht vorenthalten werden dürfe. Geschickt spielte Adenauer mit dem Willen des Demos, wohl wissend, daß vornehmlich in den Vereinigten Staaten Volksbekundungen schon immer ein probates Mittel waren, schwankende Haltungen der Regierung zu beeinflussen, in diesem Fall Gefahren von Berlin abzuwenden[139].

Brandt mußte von dem Plan überzeugt werden. De Gaulle habe sein volles Vertrau-

---

furter Rundschau", 9. 12. 1970, Durchschlag, in: ebenda, Bd. 293) verwandt und die Notiz dort wörtlich zitiert. Auf dem Zeitungsausschnitt ist neben dem Abschnitt „Wir müssen ja noch zahlen . . ." bis „. . . ich werde es nicht mehr sein müssen" hs. von ihm vermerkt: „Ich bestätige bei Durchsicht . . . hier nochmals die Richtigkeit der Aussage. Fritz Sänger, 11. 2. 1975". Außerdem existiert ein Vermerk mit der Überschrift „Betr.: Ostpolitik/Deutschlands Ostgrenze/Konrad Adenauer" mit der ms. Bemerkung: „Dies ist die vollständige Abschrift einer von mir am 30. August 1953 in Hamburg stenographisch aufgezeichneten Notiz über eine Darstellung, die mir Erich Ollenhauer damals (im Hotel Reichshof) gab und die ich auf einer Papierserviette aufschrieb, die nun tot[al] vergilbt ist. Ich habe Teile daraus schon einmal abgeschrieben und schreibe hier zum ersten Male die ganze Notiz ab. Ollenhauer sah damals, daß ich stenographierte, ließ sich am Ende den Text vorlesen und billigte ihn. Er bat einen Durchschlag des Teiles über die ‚Oder-Neiße-Linie', hat ihn erhalten, den Empfang bestätigt und keinen Einspruch erhoben. Den anderen Teil (zwölf Divisionen) hatte er bereits in Hamburg ‚vollkommen korrekt' bezeichnet. Ich erkläre, daß diese hier folgende Abschrift den Originaltext vollständig und unverändert wiedergibt. 2. April 1975". Der dann folgende Text entspricht der Notiz vom 30. 8. 1953 in der Passage über die Oder-Neiße-Gebiete. Die Abschrift existiert in zwei Durchschlägen, wobei jedesmal von Sänger hs. vermerkt wurde: „Wortlaut EO" und „Zitiert von mir in einem Leserbrief in der ‚Frankf. Rundschau' 12. XII. 1970", in: ebenda, Bd. 274. Darüber hinaus ist von Sänger auf dem anderen Durchschlag am Rande neben den umklammerten Worten „ganzen miesen" hs. vermerkt „in Ms. gestrichen sonst gültig", in: ebenda, Bd. 280.

[138] Brandt, Erinnerungen, S. 216.

[139] Schreiben Adenauer an Globke, 22. 3. 1960, in: StBKAH III/17. Schreiben Adenauer an Krone, 22. 3. 1960, in: ebenda, III/39.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

en, schüttete Adenauer in einem Vieraugen-Gespräch am 5. April 1960[140] Brandt sein Herz aus. Eisenhower sei ihm doch „etwas weich" und Herter eben kein Dulles. Seit dessen Tod versuche Macmillan, „die Führung der westlichen Politik an sich zu reißen", habe überdies die Verbündeten erst im letzten Augenblick von seiner Moskaureise im Februar 1959 informiert. Bezeichnend auch, daß sich die Engländer in der Washingtoner Botschaftergruppe zur Vorbereitung des Gipfels „so gut wie nicht zu Berlin geäußert hätten". Aus der anglo-amerikanischen Allianz könne sich „immer wieder die Gefahr ergeben", warnte der Kanzler, daß die Deutschen „als das schwarze Schaf betrachtet würden, das man anderen Interessen zuliebe opfern könne". Den Alliierten müsse man „Korsettstangen" einziehen in Form einer „Volksabstimmung in West-Berlin zugunsten der originären Rechte der Westmächte". Kabinett und CDU/CSU-Bundestagsfraktion hätten am Vormittag bereits zugestimmt. Entscheiden aber müsse der Senat. Sicherlich seien die Franzosen dafür. Die Amerikaner zeigten augenblicklich Bedenken, würden aber später erkennen, daß man ihnen einen Dienst erwiesen hätte. „Mit den Engländern habe es keinen Sinn darüber zu reden." Eine Befragung durch die Westmächte käme nicht in Betracht. Werde eine andere gesetzliche Form gefunden, sei ihm das nur recht.

Von der Idee war Brandt überhaupt nicht angetan. Sie durchkreuzte sein Konzept einer größeren Beweglichkeit gegenüber den Sowjets. Eine Abstimmung würde aller Voraussicht nach ein überzeugendes Votum für die unveränderte Beibehaltung des Status quo erbringen. Den Einwand, die Bevölkerung sei darauf nicht vorbereitet, ließ Adenauer nicht gelten. Wichtig sei ihm nicht, ob die überwiegende Mehrheit überzeugt wäre, wie bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Dezember 1958[141], „auch 75 Prozent wären genug". Die Überlegung, ob man nicht die Wähler in West-Berlin und in der Bundesrepublik befragen müsse, weil hier unter Beachtung der alliierten Verantwortlichkeit die Beziehungen zwischen Berlin und dem Bund bis zur Wiedervereinigung tangiert würden, hielt Adenauer „für völlig abwegig". Doch wollte er Alternativen – Einbringung eines Gesetzes, Vorbehalt einer späteren Befragung – nicht prinzipiell ausschließen.

Mit der Gangart Alles-oder-Nichts war Brandt für die Abstimmung nicht zu gewinnen. Adenauer rechnete vor allem mit dem Widerstand der Berliner SPD. Vorsorglich hatte er mit Zustimmung von Brandt veranlaßt, daß die anschließende Verhandlungsrunde im großen Kreis[142] mitstenographiert wurde, damit – so hatte er im Kabinett an-

[140] Hs. Aufzeichnung Brandt, Gespräch mit dem Bundeskanzler in Bonn, 5.4. 1960, 17.00, in: AdsD, Dep. Brandt 70.

[141] Bei einer Wahlbeteiligung von 92,9 v. H. hatten SPD 52,1 v. H. und CDU 37,4 v. H., zusammen 89,5 v. H., der abgegebenen Stimmen erhalten und alle Direktmandate gewonnen, die SED nur 1,9 v. H. der Stimmen bekommen. „Das Ergebnis der Wahlen", beglückwünschte Adenauer Brandt, „ist ein überzeugendes Zeugnis gegen die SED und den Kommunismus in Berlin"; vgl. Schreiben Adenauer an Brandt, 9.12. 1958, in: ebenda, Dep. Brandt 19.

[142] An der Unterredung nahmen noch Albertz, Amrehn, Berning, von Brentano, Globke, Lemmer und Vockel teil. Vermerk über ein Gespräch mit dem Bundeskanzler am 5.4. 1960, in: ebenda, Dep. Brandt 70.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gekündigt – „nicht eines Tages behauptet werden könne, Berlin sei sich über den Ernst der Situation nicht im klaren gewesen". Er hätte schließlich rechtzeitig gewarnt.

Adenauer malte die Aussichten für das Gipfeltreffen in den schwärzesten Farben. Das State Department überlege, Besatzungsrechte aufzugeben, Macmillans Haltung sei zweifelhaft, dessen Ankündigung von Truppenreduzierungen vor dem Gipfel katastrophal. Chruschtschow wolle Berlin in den Mittelpunkt der Konferenz rücken. Und der Westen schaue nur auf die kontrollierte Abrüstung. Wer wisse schon, ob die westlichen Teilnehmer „die gleichen Nerven hätten wie Chruschtschow". Berlin müsse von der Tagesordnung verschwinden. Eine Volksabstimmung sei notwendig. Mit den Alliierten habe man zwar noch nicht gesprochen. Doch sei Herter nicht dagegen. Chruschtschow dürfe allerdings nicht erfahren, daß Bonn hinter der Aktion stecke.

Verständlicherweise unterstrich Brandt die Verantwortung des Senats für die Entscheidung über eine Volksabstimmung und hob die grundsätzlichen Differenzen über das weitere taktische Prozedere hervor. Mit einem Votum, so argumentierte er, werde die These vom Status quo – keine Änderung der Lage – untermauert, obgleich man wisse, daß sie sich nicht durchhalten lasse, „an Abweichungen komme man nicht vorbei". Er halte es für ungünstig, wenn der Westen einen Status-quo-Vorschlag zur Verhandlungsgrundlage mache. Vielmehr müßten den Genfer Vorschlägen die „Giftzähne herausgebrochen werden". Die westalliierten Kommandanten in Berlin hätten bereits „kalte Füße" bekommen aus Furcht, die Abstimmung richte sich gegen sie. Bleibe die Abstimmung auf West-Berlin beschränkt, bestehe außerdem die Gefahr einer Abstimmung im Ostteil der Stadt und „in der Zone".

Senator Klein vermutete hinter dem Vorschlag einen raffinierten Schachzug, Adenauer wolle eine Auseinandersetzung mit Brandt schüren[143]. Der Kanzler hatte nach Kleins Ansicht einen „einsamen Entschluß" in Hinblick auf die künftige Kanzlerkandidatur Willy Brandts gefaßt und den Konfrontationskurs eingeschlagen, obgleich ein nahes außenpolitisches Zusammenstehen zwischen Bonn und Berlin zweckmäßig wäre. Klein warf Brandt falsches taktisches Verhalten vor. Sinn hätte es gemacht, in puncto Selbstbestimmungsrecht mit Adenauer Einigkeit zu demonstrieren, die Volksabstimmung bekanntzugeben, sie dann aber „eigenmächtig" in Form einer Großdemonstration durchzuführen. Das Ergebnis: „Der Kanzler wäre vom Kutscherbock in den hinteren Fond gesetzt worden, und Willy Brandt hätte auf dem Kutscherbock die Zügel ergriffen. Der Kanzler wäre einfach mitgenommen worden und hätte sehr wenig Grund gehabt, über seinen verschrobenen Volksabstimmungsplan zu jammern." Nunmehr sei es das Beste, die Kontroverse von der Öffentlichkeit entscheiden zu lassen, zumal Adenauer – wie Klein vom Sprecher des Auswärtigen Amtes, von Hase, angeblich hörte – „nur mit Mühe zu bewegen" sei, keinen Konflikt mit dem Senat zu fabrizieren.

Von Brentano hatte unterdessen auf der Außenministerkonferenz der drei Westmächte vom 12. bis 14. April 1960 in Washington die Verhandlungsposition des We-

[143] Schreiben Klein an Brandt, 24. 4. 1960, in: ebenda, Dep. Brandt 24.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stens für die Pariser Gipfelkonferenz nur wenig beeinflussen können. Solange die Berlinfrage isoliert behandelt wurde, bestanden kaum Aussichten, den westlichen Vorschlag vom 28. Juli 1959 entscheidend zu revidieren. Die Nachteile einer Modifizierung der Rechtsposition überwogen die Vorteile allemal. Wollte man nicht den Sowjets in die Hände arbeiten, waren allein unbedeutende verwaltungsmäßige Änderungen annehmbar. Wenngleich nicht davon auszugehen war, daß Moskau um Berlin einen Krieg riskierte, würde der Druck auf die Stadt doch nicht nachlassen. Kurzfristig, so schätzten die Deutschlandexperten, könnten die Sowjets versuchen, die westliche Stellung zu unterminieren, und die Zugangskontrolle dazu ausnutzen, die DDR in ein direktes Benehmen mit den Westmächten zu zwingen, also künstlich Krisen zu produzieren. Wenn es allerdings nicht zu Vereinbarungen käme, wären der Abschluß eines Separatfriedensvertrages mit der DDR und die Übertragung der Kontrollrechte auf die Ost-Berliner Regierung nicht auszuschließen[144].

Die deutsche Delegation hatte es immerhin geschafft, einige Ergänzungswünsche des Senats durchzusetzen, wie Brandt von Bundesminister Lemmer erfuhr[145]. Zentrale Verhandlungspunkte waren zwei Positionspapiere: die veränderte Fassung des vom Westen am 28. Juli 1959 in Genf vorgelegten Plans über die Wiedervereinigung Berlins und ein Dokument über die Berlin-Frage und die westlichen Bedingungen eines Modus vivendi[146]. In den Vorschlag zur Wiedervereinigung Berlins fanden einige Anregungen des Senats Eingang hinsichtlich der völkerrechtlichen Vertretung, der Bestätigung originärer Besatzungsrechte sowie des Grundsatzes des freien Zugangs von und nach Berlin, der jedoch in weiteren Abkommen zu spezifizieren wäre. Dagegen blieb die Forderung, der Gesamtberliner Regierung das Recht zu geben, mit ihrer internationalen Vertretung die Bundesrepublik oder die DDR zu beauftragen, unbeachtet, weil auch nach Ansicht der Bundesregierung damit den Sowjets die Zustimmung unmöglich gemacht würde. Neu eingefügt wurde die Forderung, nach Annahme des Papiers Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands aufzunehmen. Eine zunächst isolierte Vereinigung Berlins würde so nur in Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands zu sehen sein, einer Abkoppelung der Berlinlösung von der Wiedervereinigungsfrage entgegenwirken und eine Interimslösung für West-Berlin abblocken.

Das Papier über die Berlin-Frage und die Konditionen eines Modus vivendi faßte die Grundsätze nochmals zusammen: Weitergeltung alliierter Rechte – wenigstens stillschweigend – bis zur Beendigung der Besatzung, Fortdauer alliierter Garantien für die innere und äußere Sicherheit Berlins bei angemessener Truppenstärke, Aufrechterhaltung der sowjetischen Verantwortung für ganz Deutschland, somit keine De-facto-Anerkennung der DDR durch die Westmächte, Beibehaltung der Verbindungen zwi-

[144] Fernschreiben Botschaft Washington an Auswärtiges Amt, Nr. 900, 114–1 VS-Tgb. Nr. 339/60 geh., 14. 4. 1960, in: ebenda, Dep. Brandt 70.

[145] Schreiben Lemmer an Brandt, 19. 4. 1960, in: ebenda, Dep. Brandt 24.

[146] Vermerk Lemmer, Bericht über die Außenministerkonferenz in Washington vom 12.–14. April 1960, Geheim, in: ebenda.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Berlin und der Bundesrepublik, Bestätigung der Viermächte-Verantwortung für den freien Zugang, Sicherstellung der westlich-demokratischen Regierungsform und die Akzeptanz durch die Bevölkerung West-Berlins[147]. In deutschen Delegationskreisen bestanden keine Illusionen darüber, daß sich nach Ablehnung dieses Vorschlags die Verhandlungen auf das westliche Angebot vom 28. Juli 1959 konzentrieren würden, das von Brentano zufolge „das Äußerste" dessen darstellte, „was von deutscher Seite akzeptiert werden" könnte[148]. Bonn war deshalb bestrebt, technische Nachbesserungen einzubauen, die den ungehinderten Zugang von und nach Berlin gewährleisteten, keine Gebühren mehr für die Benutzung von Straßen und Wasserwegen vorsahen und den Warentransport erleichterten[149].

Seit Frühjahr 1959 hatte sich im Auswärtigen Amt um den Leiter der Ostabteilung, Georg Ferdinand Duckwitz, eine Denkrichtung formiert, die den Freistadt-Vorschlag befürwortete. Auf ganz Berlin ausgeweitet, so hieß es, stelle diese Lösung das Maximum des von den Sowjets an Konzessionen Erreichbaren dar. Auf der Suche nach Alternativlösungen für das Berlinproblem sah Brandt in diesem Ansatz einen Weg, aus der Verhandlungssackgasse herauszukommen. Einfluß auf den Positionswechsel hatte auch ein Gespräch mit Verteidigungsminister Strauß in der Bonner Berlin-Vertretung Anfang Mai. Strauß unterbreitete einen Lagebericht über die sicherheitspolitische Situation, der zu dem Schluß kam: „Berlin ist nicht zu verteidigen." Brandt zufolge hielt Strauß Berlin für eine „unzumutbare Belastung" westlicher Politik, die einer „halbwegs akzeptablen Frontbegradigung" bedurfte[150]. Im Hintergrund standen westliche Überlegungen zur Denuklearisierung der Bundeswehr und Pläne zur Schaffung einer Inspektions- und Rüstungskontrollzone (Norstad-Plan)[151], die der Bundesrepublik einen militärischen Sonderstatus zudachten. Die SPD setzte auf die Verknüpfungen von Abrüstung und europäischem Sicherheitssystem, erwartete aber auch die Regelung originärer Besatzungsrechte in Berlin. Brandt war bereit, noch einen Schritt weiterzugehen, schwenkte auf die amerikanisch-britische Linie des Freistadt-Vorschlags ein und rückte damit von der Position des Kanzlers ab.

Adenauer sah eine gefährliche Interessenkonstellation für die Freistadt-Lösung entstehen. „1) Brandt – Amrehn für freie Stadt 2) Eisenhower – MacMillan für freie Stadt 3) de Gaulle dagegen", notierte er später über die Situation im Mai 1960[152]. Solche Überlegungen waren für Adenauer ein Alptraum, gingen ihm allemal zu weit. Sie gefährdeten die Präsenz der Westmächte in Berlin, konnten zudem das Fundament seiner Isolierungsstrategie gegenüber der DDR zum Einsturz bringen. Um so mehr schokkierte ihn der Artikel von Hans Ulrich Kempski in der *Süddeutschen Zeitung* vom

[147] Anhang: Wesentliche Bedingungen einer Regelung für Westberlin, in: ebenda.
[148] Vermerk Lemmer an Brandt, 19. 4. 1960, in: ebenda.
[149] Amendments to the text of the Western Paper of July, 28, 1959, Geheim, Abschrift, 19. 4. 1960, in: ebenda.
[150] Brandt, Erinnerungen, S. 34 ff., hier S. 36.
[151] Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 550–558.
[152] Notiz Adenauer, 19. 10. 1960, in: StBKAH III/51; zit. in: Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 588.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

10. Mai 1960[153], der über neue Voraussetzungen für das Zustandekommen gemeinsamer Berlin-Richtlinien der Vier Mächte berichtete und als Quelle Willy Brandt nannte[154]. Der West-Berliner Senat widersetze sich „nicht mehr prinzipiell einer Interimslösung", las er, und bestehe nicht auf deren Gültigkeit „bis zur Wiedervereinigung". Die Sowjets gäben sich dafür mit „Minimalforderungen" zufrieden und sähen die Befristung nicht als politische, sondern technische Frage an, über die verhandelt werden könne. Die Westmächte dächten daran, die nach dem Gipfel geplanten Berlin-Verhandlungen auf einer niedrigeren als der Außenministerebene abzuhalten, während die Sowjets nicht auf einer Außenministerkonferenz insistierten. Die Regierungschefs würden die Arbeitsgrundlage vorgeben. Brandt, so stand dort, räume den Westmächten einen größeren Handlungsspielraum ein als Adenauer und werde darin von Teilen des Auswärtigen Amtes unterstützt, wenn bei einer begrenzten Interimslösung drei Grundsätze Beachtung fänden: die originären Zuständigkeiten der drei Westmächte in West-Berlin, der freie Zugang politischer, wirtschaftlicher und verkehrstechnischer Verbindungen zum Westen und die Wahrung des Rechts der Berliner auf Selbstbestimmung. Die sowjetische Seite hätte signalisiert, „jede erwünschte Garantie für die Unverletztlichkeit eines veränderten Status von Westberlin zu geben", eventuell auch eine Viermächte-Garantie, sowie die Zusicherung, keine einseitigen Maßnahmen zu ergreifen, solange Verhandlungen über diese Fragen stattfänden. Bemerkenswert sei, daß Moskau den Regierenden Bürgermeister mittlerweile in anderem Licht sehe, er auch unlängst von propagandistischen Angriffen verschont bleibe. Adenauer war entsetzt, wähnte die Abkehr von der gemeinsamen Position Bonn – Berlin, was fatale Auswirkungen auf die westliche Politik haben konnte[155].

Seine Sorgen waren durchaus berechtigt. Denn zur gleichen Zeit kursierte in der Führungsspitze der SED der Entwurf eines Interimsabkommens[156]. Die Präambel betonte den Wunsch der Vier Mächte, in der Berlin-Frage „eine gegenseitig annehmbare Lösung zu finden", und schlug bis zur allgemeinen Regelung einen sechs Punkte umfassenden Maßnahmenkatalog vor: Erstens, die drei Westmächte „erklären ihren Entschluß, die Stärke ihrer Truppen in Berlin auf . . . Mann zu beschränken und in einer Frist von . . . nach Inkrafttreten dieses Abkommens auf diesen Stand zu reduzieren". Zweitens sollten „nach wie vor keinerlei Kernwaffen und Raketenanlagen in Westberlin stationiert" werden; drittens verpflichteten sich die Westmächte, Maßnahmen zu treffen, „um die Ausnutzung des Territoriums von Westberlin für Aktionen, die zur Verletzung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit oder zur Einmischung in die in-

[153] Hans Ulrich Kempski, Westberlin fürchtet die Gipfelkonferenz nicht. Keine endgültigen Beschlüsse erwartet. Moskau will mit Brandt ins Gespräch kommen, in: „Süddeutsche Zeitung" vom 10.5. 1960.

[154] In einer Berlin-Beilage der „New York Herald Tribune" (European Edition) vom 9.5. 1960 war zudem ein Artikel von Willy Brandt erschienen unter dem Titel „Brandt Outlines Guaranties Western Allies Might Seek".

[155] Informationsgespräch mit Clifton Daniels, Sydney Gruson, 11.5. 1960, in: Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 258–265, hier S. 264 f.

[156] Entwurf eines Interimsabkommens über Westberlin, hs. schriftlich vermerkt „3 Ex. 11.5. 60", in: IfGA, ZPA, NL Grotewohl 90/465.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

neren Angelegenheiten anderer Staaten führen könnten, sowie für feindliche Propaganda gegen sie nicht zuzulassen". Sie sollten ihrerseits solche Aktionen gegenüber „Westberlin" unterbinden. Viertens würden die Westmächte die Erklärung der Regierung der UdSSR zur Kenntnis nehmen, „daß die Verbindungen Westberlins mit der Außenwelt für die Dauer der Gültigkeit des Abkommens in der bisherigen Form aufrecht erhalten werden". Fünftens sollte „einen Monat nach Inkrafttreten des Abkommens" ein Ausschuß aus Vertretern der Viermächte zur Überwachung der sich aus der Übereinkunft ergebenden Pflichten und Maßnahmen gebildet werden. Sechstens würde das Abkommen „für die Dauer von zwei Jahren geschlossen, nach deren Ablauf sich die Teilnehmer des Abkommens zu erneuten Verhandlungen zusammenfinden".

Dem Duktus und Tenor nach zu urteilen, hatte das Abkommen ausschließlich den Zweck, die Westmächte schrittweise aus West-Berlin hinauszudrängen und das Berlinproblem auf kaltem Wege zu lösen. Noch läßt sich nicht sagen, ob oder inwieweit dieser Entwurf identisch war mit dem Berlin-Vorschlag, den die sowjetische Regierung vor Beginn der Pariser Gipfelkonferenz de Gaulle übermittelte[157]. Über seinen Inhalt wurde bisher nichts bekannt.

Der Abbruch des Pariser Gipfeltreffens am 16. Mai 1960 durch Chruschtschows spektakuläre Vorwürfe wegen des U-2-Zwischenfalls bewahrte Bundesregierung und Senat vor heiklen Entscheidungen. Adenauer aber fühlte sich von Brandt hintergangen, wollte ihm wegen des Kempski-Artikels die Leviten lesen. Als er am 24. Mai, einen Tag vor Antritt seines Urlaubs, mit Brandt in Anwesenheit von Globke und von Brentano zusammentraf[158], machte er seinem Gast gleich zu Beginn des Gesprächs Vorhaltungen, mit dem „Interview" die „deutsche Position empfindlich geschwächt" und auch nicht dementiert zu haben.

Spitzbübisch erwiderte Brandt, er könne „nicht alles dementieren, was an unzutreffenden, mißverständlichen Dingen in der Presse veröffentlicht werde". Er habe Kempski kein „Interview" gegeben, nur mit ihm eine Unterhaltung geführt als Hintergrundinformation. Belehrend setzte er hinzu, der Bundeskanzler könne die Position des Senats nicht aus einem Artikel, sondern allein aus dem Schriftwechsel mit dem Auswärtigen Amt, Erklärungen und sonstigen Stellungnahmen ableiten. Berlin habe den westlichen Vorschlag vom 28. Juli 1959 erst zur Kenntnis bekommen, als dieser schon mit Wissen der Bundesregierung der Sowjetunion übergeben worden sei. Bei den Bemühungen, dem Vorschlag die „Giftzähne" zu ziehen, hätte das Auswärtige Amt die Meinung vertreten, daß „man gegenüber den Sowjets nicht zu weit von den Formulierungen des Vorjahres abweichen könne". Seit einiger Zeit habe er statt von „Interimsabkommen" von „zusätzlichen Vereinbarungen" gesprochen, „für die bestimmte Mindestvoraussetzungen gegeben sein müßten". Auch der britische Außenminister Selwyn Lloyd habe den Begriff „Interimsabkommen" aufgegeben und durch die Formel „stand-still-agreement" ersetzt.

---

[157] Lendvai, Der Beginner, S. 134f.

[158] Vermerk Brandt, Unterredung mit dem Bundeskanzler am Dienstag, dem 24. Mai 1960, in der Zeit von ca. 11. bis 11.45 Uhr, in: AdsD, Dep. Brandt 70.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Adenauer kam auf eine Unterredung aus dem März 1960 zwischen Rudolf Fechter von der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes und Bürgermeister Amrehn zu sprechen, der die Meinung vertreten habe, die Westmächte würden doch letztlich auf eine Vereinbarung über Berlin zusteuern, „und es sei demzufolge richtig, auf den Inhalt eines solchen Abkommens Einfluß zu nehmen". Daraus schloß der Kanzler, in Senatskreisen gebe es schon länger eine „weiche Haltung in der Frage des Interimsabkommens". Von anderer Seite sei ihm zugetragen worden, Brandt hätte gesagt, Senat und Bundesregierung stimmten zwar in der Berlin-Frage überein, woraus sich aber nicht ergäbe, daß der Senat „in allen Fragen mit der Bundesregierung übereinstimme".

Nachdrücklich widersprach Brandt der Darstellung, der Kempski-Artikel entspreche der Stellungnahme des Senats oder sei auch nur korrekt wiedergegeben. Als er sich vorbehielt, die mit der Pariser Konferenz und Berlin zusammenhängenden Dokumente trotz ihres „vertraulichen Charakters" zu veröffentlichen, steckte Adenauer zurück. Er könne ihn ja doch nicht hindern zu veröffentlichen, was er wolle. „Er habe aber doch im Grunde gar nichts gesagt, sondern sich nur in einem kleinen Kreis kritisch über das ‚Kempski-Interview' geäußert." Schließlich müsse man hinsichtlich Berlins „einig bleiben". Brandt bot darauf an, ihm brieflich die Haltung des Senats zur Frage des Interimsabkommens darzulegen.

Adenauer willigte ein und berichtete dann über seine Gespräche mit den westlichen Regierungschefs am 15. Mai 1960 in Paris – unmittelbar vor dem Gipfel –, wo er auf globale Konsequenzen von falschen Entscheidungen in der Berlinfrage hingewiesen habe. Mit de Gaulle sei er in völliger Übereinstimmung gewesen. Doch bleibe die Lage ernst. Die Gefahr sei keineswegs abgewendet, daß Amerikaner und Briten „die Lust an dem Berliner Engagement verlieren könnten".

Brandt brachte im Gegenzug ein Fernschreiben über die Besprechungen der Deutschland-Arbeitsgruppe zur Sprache, in dem die Empfehlung enthalten sei, die Sowjets in den nächsten Monaten „in Berlin nicht herauszufordern". Sie werde vom stellvertretenden amerikanischen Kommandanten, Lightow, nicht geteilt. „Schwere Bedenken" plagten Brandt, wie er sagte, daß „bisherige Formen des Tätigwerdens des Bundes in Berlin" abgebaut werden könnten. Adenauer versicherte, das werde nicht geschehen. Es komme darauf an, die Stimmung der Berliner Bevölkerung nicht zu beeinträchtigen. Gütlich kam man überein, die Dinge sollten sich „im bisherigen Rahmen weiterbewegen".

Die Erklärungen Brandts halfen wenig. Adenauer mißtraute ihm weiter. Deprimiert stimmte den Kanzler auch die schlappe Haltung Eisenhowers, der sich von Chruschtschow den Abbruch des Gipfels hatte bieten lassen[159]. Anfang Juni wurde Adenauer zu alledem noch zugetragen, Brandt habe mit Vertretern der amerikanischen Regierung „über eine zweijährige Lösung für Berlin gesprochen". Eine Lösung, in der Adenauer den „Anfang vom Untergang Berlins" erblickte[160]. Als der Chefkorrespon-

[159] Schreiben Adenauer an Globke, 28.5.1960, in: StBKAH III/17.

[160] Johann Baptist Gradl, Adenauer und Berlin, in: Konrad Adenauer und seine Zeit, S. 340–366, hier S. 359.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dent von CBS, Daniel Schorr, am 2. Juni in Cadenabbia vorbeischaute, erzählte er ihm, die Erläuterungen Brandts zum Kempski-Artikel hätte er als „nicht befriedigend betrachtet". Dem Regierenden Bürgermeister sei an einem „Interimsabkommen über Berlin gelegen, weil nur das ihm die Möglichkeit verschaffe, sich ernsthaft um die Kanzlerkandidatur zu bemühen. Ohne ein Interimsabkommen werde Brandt in bzw. an Berlin gebunden bleiben."[161] Mit seinem Verhalten sei Brandt der Bundesregierung in den Rücken gefallen, streite ab, den Kempski-Artikel gelesen zu haben, „das ist natürlich die glatte Unwahrheit", beklagte sich Adenauer bei Globke und Krone. „Ich bitte zu überlegen, wie man unsere Berliner Partei von dieser Hörigkeit gegenüber Brandt befreien kann."[162]

Am 13. Juni 1960 ging das angekündigte Schreiben nach Cadenabbia ab[163]. Brandt wollte Adenauer beruhigen, wies anfangs jede Nachgiebigkeit vor den Sowjets als schädlich zurück. Unverändert suchten die Sowjets „Westberlin auf dem Umweg über eine ‚Freistadt'-Lösung in die SBZ einzugliedern" und vom Westen die Anerkennung der „Demarkationslinie als Westgrenze des kommunistischen Herrschaftsbereichs" zu erlangen. Bereits am 25. April 1960 habe er gegenüber dem Auswärtigen Amt die negativen Aspekte einer befristeten Berlinlösung und deren „erheblichen psychologischen, wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen" dargelegt. Die Bundesregierung sei gebeten worden, „auf verhängnisvolle Konsequenzen hinzuweisen, die eine Schwächung der alliierten Position in Berlin für die gesamte westliche Politik" zur Folge hätte. Ein weiteres Mal erwähnte er, der westliche Vorschlag der Wiedervereinigung vom 28. Juli 1959 sei ihm erst am nächsten Tag bekanntgegeben worden, habe ihn also „vor vollendete Tatsachen gestellt". Trotz „ernster Bedenken", daß „hier die Grenze des Erträglichen erreicht sei", habe er keine Einwände erhoben, um eine „nutzlose Auseinandersetzung mit der Bundesregierung" zu vermeiden. „In Wirklichkeit", fuhr Brandt fort, „war die Grenze des Erträglichen doch wohl bereits überschritten". Im folgenden erinnerte er an die gemeinsamen Abstimmungen der Positionen im November und Dezember 1959, verwies auf den neuen westlichen Vorschlag, der „trotz gewisser Verbesserungen zu Bedenken Anlaß" gegeben habe, von der Bundesregierung mitinitiiert worden und zu verantworten sei. Obschon die Änderungsvorschläge des Senats, sofern sie vom Auswärtigen Amt übernommen wurden, Eingang in die Position der westlichen Mächte fanden, blieb bis zur Gipfelkonferenz offen, ob der Vorschlag „überhaupt vorgelegt werden würde". Wie nach der Genfer Konferenz, so sei er auch jetzt nach dem Pariser Treffen der Meinung, daß er „keine Lösung für besser halte als eine schlechte Lösung". Wichtig sei nun, „sich auf die vielleicht erst im kommenden Jahr, möglicherweise aber auch schon in den nächsten Monaten zu erwartenden neuen Auseinandersetzungen um Berlin vorzubereiten". Dazu gehöre auch die Reaktion des Westens auf die Drohung eines Separat-Friedensvertrages zwischen der Sowjetunion

[161] Vermerk Brandt, 20.6.1960, Vertraulich, in: AdsD, Dep. Brandt 61.

[162] Schreiben Adenauer an Krone und Globke, 3.6.1960, beide in: StBKAH III/39; Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 681.

[163] Schreiben Brandt an Adenauer, 13.6.1960, Geheim, Abschrift, in: AdsD, Dep. Brandt 24.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und „dem Zonenregime". Auf den Kempski-Artikel, der die Position des Senats „falsch wiedergab", wollte er nicht mehr eingehen. Er hoffte, die Bundesregierung trete in Berlin nicht „leiser als bisher". Ein Abrücken würde „im Osten zu weitreichenden Hoffnungen Anlaß geben bzw. sogar eine einseitige Vorausleistung gegenüber den sowjetischen Forderungen darstellen". Ihm komme es darauf an, lenkte Brandt zum Schluß ein, daß „in der gegenwärtigen politischen Lage nicht der Anschein erweckt" werde von Meinungsverschiedenheiten oder „auch nur Mißverständnissen zwischen Bundesregierung und Senat".

Brandt verfolgte eine Doppelstrategie – in Rechtsfragen enge Verbundenheit mit der Bundesregierung dokumentieren und der Sowjetunion gewisse Verhandlungsbereitschaft signalisieren, einen Türspalt für substantielles Entgegenkommen offenlassen, wenn sich Chancen dazu boten. So stand in dem Schreiben nur bereits Gesagtes. Adenauers Zweifel waren nicht zerstreut. Die Notwendigkeit, mit den Sowjets ins Gespräch zu kommen, wurde aber auch von ihm nie geleugnet. Strittig war das taktische Vorgehen. Sollte man den Sowjets gegenüber nachgiebiger sein oder mehr Härte zeigen. Heftig diskutiert wurde die Frage, ob der Bundestag trotz anhaltenden sowjetischen Drucks eine Plenarsitzung in Berlin abhalten sollte – ein symbolischer Akt, daß sich an den Gepflogenheiten nichts geändert hatte – oder darauf verzichten sollte, um Moskau nicht unnötig zu provozieren. Am 5. Juli 1960 hatte Bundestagspräsident Gerstenmaier erklärt, eine Sitzung des Bundestages in Berlin bedürfe angesichts der Situation dort noch einer Prüfung und sei keineswegs beschlossene Sache. Auf Bedenken der Alliierten müsse gehört werden[164]. Während Brandt ansonsten für eine weiche Haltung plädierte, bat er nun den Kanzler um Unterstützung[165], eine Bundestagssitzung in Berlin abzuhalten, zumal der britische Botschafter in Bonn, Steel, „nicht die geringsten Bedenken" einzuwenden hatte. Brandt konnte sich aber nicht durchsetzen. Über Österreich war schon eine neue Initiative der Sowjets eingeleitet worden.

Am Rande des Chruschtschow-Besuchs in Wien hatte Außenminister Gromyko in einer privaten Unterhaltung Kreisky ein knapp sechsseitiges Dokument „über den Standpunkt der Sowjetunion in der Frage des deutschen Friedensvertrages und über die Lösung der Frage West-Berlin, auf der Grundlage seines Abschlusses"[166] in russischer Sprache mit nicht offizieller deutscher Übersetzung überreicht und ihm die weitere Verwendung anheimgestellt[167]. Das Papier bot nach Kreiskys Meinung „nicht überragend viel Neues". Dennoch seien „Ansatzpunkte politischer wie sachlicher Art" enthalten, die es zu erkunden lohne[168]. Die Sowjets würden auf Gespräche mit Brandt

[164] Vgl. „Frankfurter Allgemeine" vom 6. 7. 1960.

[165] Schreiben Brandt an Adenauer, 13. 7. 1960, Tgb. Nr. 0039/60, VS-Geheim, in: AdsD, Dep. Brandt 25. Als *Der Kurier* und *Der Tag*, beides CDU-nahe Berliner Zeitungen, Auszüge aus dem Brief veröffentlichten, dementierte Regierungssprecher von Eckardt umgehend, daß Bonn die Absicht verfolge, Rechte in Berlin aufzugeben, auch nicht unter dem sowjetischen Druck.

[166] Kreisky, Im Strom der Politik, S. 23.

[167] Vermerk Bahr über Begegnung mit Kreisky 12. 7. 1960 in Wien, 13. 7. 1960, in: AdsD, Dep. Brandt 70; Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 108.

[168] Vermerk Bahr, 13. 7. 1960, in: AdsD, Dep. Brandt 70.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

drängen, weil Moskau seine Position wohl als die flexiblere ansehe und weil man unter Umgehung der Bundesregierung direkte Kontakte anbahnen wolle. Dem britischen Außenminister Selwyn Lloyd trug er vertraulich zu, in der Berlin- und Deutschlandfrage seien Fortschritte möglich, ohne daß eine Seite endgültige Verpflichtungen eingehe[169]. Kreisky, dem Ambitionen auf den Posten des UNO-Generalsekretärs nachgesagt wurden, glaubte wiederholt an ein Signal sowjetischer Verhandlungsbereitschaft. Er verglich die Vorgehensweise des Kremls mit der im Frühjahr 1955 bei den Verhandlungen über den Staatsvertrag und entwickelte dazu seine eigenen Vermutungen. Chruschtschow sei im Prinzip entschlossen, das Berlinproblem loszuwerden, wolle es aber ruhenlassen bis zum Frühjahr 1961, wenn der neue amerikanische Präsident sein Amt angetreten habe, vorausgesetzt zwischenzeitlich erfolgten keine Provokationen. Der Abschluß eines Friedensvertrages würde im Falle einer Regelung der Berlinfrage „nicht so drängen", werde „zu gegebener Zeit" noch abgeschlossen, „allerdings unter voller Berücksichtigung der vorher für West-Berlin getroffenen Vereinbarungen". Kroll berichtete, Bundeskanzler Raab, bekannt für seine nachgiebige Haltung gegenüber den Sowjets, sei der Meinung, man solle Chruschtschow durch Konzessionen den Rückzug erleichtern[170].

Brandt ließ über Thalberg Kreisky mitteilen, die Note könnte Aufhänger für weitere Erläuterungen von Moskauer Seite sein. Der Senat sei von sich aus nicht in der Lage, die Schritte zu unternehmen. Brandt schickte seinen Presseamtsleiter, Egon Bahr, nach Wien, der das Memorandum einsehen konnte, bevor es Staatssekretär Globke für Adenauer mit nach Bonn nahm[171]. In dem sowjetischen Vorschlag, den Bahr zu Gesicht bekam[172], war davon die Rede, daß „die Entstehung eines einheitlichen deutschen Staates in naher Zukunft nicht erwartet werden" könne. Es bleibe daher nichts anderes übrig, als einen Friedensvertrag zusammen mit der DDR und der Bundesrepublik oder mit jedem einzelnen zu schließen. Falls es zu einem Friedensvertrag für Deutschland nicht komme, so die Drohung, werde ein Separat-Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR abgeschlossen, womit auch die „West-Berlin-Frage" gelöst wäre. Bekräftigt wurde der Standpunkt, West-Berlin in eine Freie Stadt umzuwandeln. Durch eine UN-Kommission sollte die Einhaltung des Status überwacht werden. Schließlich folgte der Hinweis auf den vergeblichen Versuch, mit Brandt ins Gespräch zu kommen. „Er" zeige ein „mangelhaftes Verstehen" für die sowjetischen Vorschläge und lege „eine Unterschätzung der Möglichkeiten" an den Tag, was unter Umständen darauf zurückzuführen sei, daß er keine direkten Informationen besäße. Brandt sei im Irrtum, wenn er sich nur auf die Stärke des Westens verlasse[173].

In der Substanz enthielt das Papier lediglich die bekannte Androhung, die Rechtsbasis der Viermächte-Verantwortung für Deutschland aufzukündigen. Moskau ging es

[169] Kreisky, Im Strom der Politik, S. 23 f.
[170] Kroll, Lebenserinnerungen eines Botschafters, S. 464.
[171] Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 108.
[172] Vermerk Bahr, Anlage zum Vermerk vom 13. 7. 1960, in: AdsD, Dep. Brandt 70.
[173] Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 109 f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

offenbar nur noch darum, den Status quo der beiden deutschen Staaten und die Lösung der West-Berlin-Frage durch den Status einer Freien Stadt vom Westen abgesegnet zu bekommen. Bahr war der Meinung, die sowjetische Formel schließe eine Bindung Berlins an die Bundesrepublik nicht aus und auch der Grad der Bindungen könne von Berlin selbst mitbestimmt werden. Im übrigen hatte der sowjetische Außenminister angeblich mündlich gegenüber Kreisky den Abschluß eines langfristigen Vertrages über freien Zugang nach West-Berlin in Aussicht gestellt[174]. Kreisky erklärte sich zur Vermittlung bereit, wenn Adenauer dies wünsche. Durch sachliche Präzisierungen könnten vielleicht Gespräche über die West-Berlin-Frage in Gang kommen. Kreisky empfahl ein gemeinsames Vorgehen von Adenauer und Brandt. Verhandlungen seien dann am aussichtsreichsten[175].

Glaubte Brandt zwölf Monate zuvor noch an ungenutzte Gesprächschancen, bezweifelte er nunmehr, ob in bilateralen Verhandlungen zwischen ihm und Chruschtschow eine Wende einzuleiten wäre[176]. Doch schon bald bekam die Presse Wind von der Aktion[177]. Kreisky war erneut verärgert und ließ sich auch von Brandt kaum beschwichtigen[178].

Eigene Lösungsvorschläge zu präsentieren, erachtete das Auswärtige Amt für unangemessen, was selbst Adenauer erzürnte. „Über die Behandlung der Berlin-Frage durch das Kabinett bin ich sehr unglücklich. Entscheidungen werden zu lange hinausgezögert, und sie sind minimal", monierte er bei Staatssekretär Carstens und prophezeite: „Seien Sie überzeugt, daß die SU und die Zonenregierung sich durch unser Verhalten ermutigt fühlen, bald weitere Schritte zu tun."[179] Adenauer war mitnichten gewillt, den Westmächten allein das Gesetz des Handelns zu überlassen. Wäre es nach ihm gegangen, so hätte der Westen schon längst mit Wirtschaftssanktionen Druck ausgeübt. Doch: „Bisher ist mir immer Widerstand geleistet worden, wenn ich drängte, wirtschaftliche Maßnahmen zu ergreifen."[180]

Daß wirkliche Chancen zur Aufnahme bilateraler Deutschland- und Berlin-Verhandlungen mit den Sowjets bestanden, davon war vornehmlich Botschafter Kroll überzeugt. In einem Gespräch am 18. Oktober 1960 habe Chruschtschow unter Anspielung auf das von Gromyko an Kreisky übergebene Memorandum, das „die sowjetischen Vorschläge für Berlin auf der nächsten Gipfelkonferenz" wiedergebe, die weiter konkretisiert werden könnten, die Aufnahme von Direktverhandlungen zwischen Bonn und Moskau angeregt, die zunächst unverbindlich zwischen ihm und dem

---

[174] Lendvai, Der Beginner, S. 135.

[175] Vermerk Bahr, 13. 7. 1960, in: AdsD, Dep. Brandt 70; Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 110.

[176] Brandt, ebenda

[177] Vgl. „Sowjet-Fühler. Falsche Adresse", in: „Der Spiegel", Nr. 31 vom 27. 7. 1960, S. 15 f.

[178] Lendvai, Der Beginner, S. 135.

[179] Schreiben Adenauer an Carstens, 13. 9. 1960, in: StBKAH III/17. Ähnliche Äußerung im Schreiben Adenauers an Erhard vom gleichen Tag: „Über die Haltung der Bundesregierung in der Frage Berlin bin ich besorgt. Ich halte sie für zu schwach, was die Taten angeht und auch wird zu lange gezögert, ehe gehandelt wird." In: ebenda III/43.

[180] Fernschreiben Adenauer an Carstens, 17. 9. 1960, in: ebenda III/17.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschlandexperten Semjonow geführt werden sollten, berichtete Kroll[181] an das Bonner Auswärtige Amt und an Kreisky[182].

Echte Fortschritte in der Deutschland- und Berlinpolitik waren nicht auf großen internationalen Konferenzen zu erzielen. Das wußte Adenauer bestens. Wenn überhaupt, bedurfte es geheimer Verbindungskanäle. Bislang ist nicht bekannt, daß er ihm ernsthaft erscheinende Verhandlungs- und Kontaktchancen auf einer zweiten, stilleren Ebene zur Erkundung neuer Bewegungen im Ost-West-Dialog ausgeschlagen hätte. So war er auch im Herbst 1960 bereit, die sowjetische Verhandlungsbereitschaft zu testen, ohne direkte Verhandlungen aufzunehmen. Die Gegenseite könnte dann Sondierungsvorschläge taktisch ausnutzen, und der eigene Handlungsspielraum würde unnötig eingeengt. Globke, zeitweise Krone und Klaus Dohrn, ein nach Amerika emigrierter deutscher Protestant, der über gute Verbindungen zu diskreten Würdenträgern der katholischen Kirche in Frankreich und im Vatikan verfügte, pflegten die Kontakte zu Kreisky[183]. Am 25. September ließ ihm Adenauer mitteilen, daß er „voll der Anerkennung für die Art und Weise" sei, „in der Sie die Angelegenheit bisher behandelt" haben, und bat, sich weiter zu informieren, denn er halte ihn für den „weitaus Geeignetsten" und bringe ihm „volles Vertrauen" entgegen[184]. Vermittler wollen pfleglich behandelt sein. Verschiedene Lösungskombinationen gingen Adenauer durch den Kopf: Berlin und Abrüstungsplan koppeln oder Berlin und Neutralisierung der Zone koppeln und nach zehn Jahren Abstimmung oder alles miteinander verbinden[185].

Drei Tage nach Krolls Unterredung mit Chruschtschow, am 21. Oktober, dankte Adenauer über Globke dem österreichischen Außenminister für seine „besondere Aufmerksamkeit" und zeigte Interesse an einer Konkretisierung der Vorschläge[186]. Er war um „‚jede mögliche Klarstellung' im Zusammenhang mit den sowjetischen Absichten dankbar". Während der UNO-Vollversammlung boten sich dazu Gelegenheiten. Macmillan hätte ihn in gleicher Weise ermuntert, erzählte Kreisky Brandt bei einem Treffen am 9. November 1960 in München[187]. Aber Kreisky wollte nur dann einen Vorstoß unternehmen, wenn er etwas Schriftliches in Händen hatte[188]. Unliebsame Erfahrungen zeigten Wirkung. Im Kreis um Adenauer wurde überlegt, den Globke-Plan über Kreisky als Verhandlungsvorschlag an die Sowjets weiterzugeben[189].

---

[181] Kroll, Lebenserinnerungen eines Botschafters, S. 467.

[182] Lendvai, Der Beginner, S. 136.

[183] Ebenda; Kreisky, Im Strom der Politik, S. 30f., 33.

[184] Gotto, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik, S. 58; Lendvai, Der Beginner, S. 136.

[185] Hs. Notiz Adenauer, 19. 10. 1960, in: StBKAH III/51.

[186] Zum Schreiben von Globke an Kreisky, 21. 10. 1960, vgl. Gotto, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik, S. 59; Lendvai, Der Beginner, S. 136.

[187] Vermerk Brandt über Treffen mit Kreisky am 9. 11. 1960 in München, 10. 11. 1960, in: AdsD, Dep. Brandt 70.

[188] Kreisky, Im Strom der Politik, S. 33.

[189] Gotto, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik, S. 59. Klaus Dohrn, Globkes Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, in: Klaus Gotto (Hrsg.), Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes, Stuttgart 1980, S. 172–183, hier S. 179.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wegen der engen Beziehungen zu Brandt schien die Vermittlungsaktion doch letztlich zu riskant[190].

Auch Brandt gegenüber ließ Kreisky keinerlei Absichten erkennen, in der Berlinfrage nochmals zu vermitteln. Ulbricht sitze in Ost-Berlin fest im Sattel. Und das westliche Konzept einer Koppelung der Deutschland- und Berlinfrage mit Schritten zu Abrüstungsvereinbarungen verspreche, angesichts des bald erreichten Rüstungsvorsprungs der Sowjets, wenig Erfolg. Aussichtsreicher sei, wenn er, Brandt, und Adenauer nach Abstimmung mit Washington in der sowjetischen Hauptstadt verhandeln. Die Sowjets würden eher den Deutschen Konzessionen machen als „vor den Amerikanern ‚kapitulieren'". Bei einem Scheitern der Verhandlungen wäre die westliche Haltung gefestigt. Brandt nannte für einen solchen Schritt zwei Bedingungen: die Abstimmung mit den Alliierten, insbesondere mit der neuen amerikanischen Administration unter dem gerade gewählten Präsidenten Kennedy, und die Zustimmung Adenauers, dem er schon im Frühjahr geraten hatte, „zur Erkundung etwa veränderter sowjetischer Absichten beizutragen".

Diskutiert wurde dann, den norwegischen Außenminister, Halvard Lange, als Vermittler zwischen Bonn und Moskau einzuschalten[191]. Eine gemeinsame Reise mit Brandt nach Moskau kam für Adenauer allein deshalb nicht in Frage, weil der SPD-Parteitag am 25. November 1960 in Hannover Brandt zum Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl im September 1961 nominierte[192]. Die Berlinkrise hatte ihn in das Schlaglicht der internationalen Öffentlichkeit gezerrt, die Popularität und politische Statur des 46jährigen Brandt gegenüber Altvordersten wie Carlo Schmid und Ollenhauer erhöht. Brandt wurde durchaus eine Öffnung der Partei nach rechts zugetraut. Damit war er auch für den 85 Jahre alten Adenauer eine Herausforderung. Dessen Tage, so Volkes Stimme, waren sowieso gezählt.

III.

In der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik sind kaum heterogenere Persönlichkeiten um die Kanzlerschaft angetreten als Adenauer und Brandt. Nach dem Streit über den Freistadt-Vorschlag hatten sich die Beziehungen über die Sommermonate 1960 zusehends verschlechtert. Nach seiner Nominierung im SPD-Parteivorstand am 24. August 1960 trat Brandt als direkter Konkurrent Adenauers in Erscheinung. Vom Frühjahr 1960 bis zum Spätherbst 1961 waren es nachvollziehbare, aber mehr noch emotionale Faktoren, die ihren Umgang miteinander bestimmten.

---

[190] Globke, Überlegungen und Planungen in der Ostpolitik Adenauers, S. 670.

[191] Vermerk Klein über Besprechung Adenauer – Brandt am 22. 12. 1960, 27. 12. 1960, in: AdsD, Dep. Brandt 70; Gotto, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik, S. 59.

[192] Zur Wahlkampfkonzeption der SPD: Franz Barsig, Der Bau der Berliner Mauer und der Wahlkampf der SPD 1961, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Berlinkrise und Mauerbau, Rhöndorfer Gespräche Bd. 6, Bonn 1985, S. 105–116.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zu den Maximen von Regierungschefs gehört, alle Register zu ziehen, wenn es um das politische Überleben geht. Adenauer machte da keine Ausnahme. Hielt er bis dahin den jugendlichen Brandt mehr für ein politisches Leichtgewicht, einen ehrgeizigen, eloquenten Sozialdemokraten mit wenig Substanz, dem er sich in jeder Hinsicht überlegen fühlte, so konnte dieser ihm nun als Vertreter des rechten SPD-Flügels bei der eigenen CDU/CSU-Wählerklientel sehr wohl gefährlich werden. Folglich ließ Adenauer kaum eine Gelegenheit aus, Brandt zu disqualifizieren. Auffallend häufig setzte er ihn herab, geißelte seine „außerordentlich hohl klingenden" Äußerungen, für den „das schwere und verantwortungsvolle Amt des Bundeskanzlers"[193] einige Nummern zu groß sei. Nicht bloß Nachgiebigkeit in der Berlinpolitik und die Freistadt-Lösung, die dem Gegner in die Hände spiele, warf er ihm vor. Schlimmer noch schien ihm Brandts politische Vergangenheit, die ihn als national unzuverlässig abstempelte. Er sah in dem Emigranten hauptsächlich einen Menschen ohne Nationalstolz, Abkömmling vaterlandsloser Gesellen, der zu alledem im Exil noch gegen deutsche Soldaten gekämpft hatte und sich erst wieder dazu bekannte, Deutscher zu sein, als politisch keine Gefahr mehr drohte.

In Adenauers Augen war die Inthronisierung von Brandt pures taktisches Kalkül. Adenauer hatte der Kandidatenkür den Glanz zu nehmen versucht und den Parteitag aufgefordert, zur atomaren Bewaffung der Bundeswehr Stellung zu beziehen, um damit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von Brandt abzulenken. Als SPD-Kanzlerkandidat spielte er in den Augen des Kanzlers nur die Rolle einer Gallionsfigur[194]. Die eigentlich treibende Kraft dahinter war Wehner. Dessen Wandel vom Saulus zum Paulus deutscher Westintegration wollte Adenauer keinen Glauben schenken. Die Sozialdemokraten suchten offensichtlich von der sympathisch-jugendlichen Erscheinung des Berliner Bürgermeisters zu profitieren. Neben dem Generationsunterschied war bei Adenauer sicherlich eine gehörige Portion Mißgunst dem Jüngeren gegenüber im Spiel, dessen lockerer Lebenswandel den Moralvorstellungen Adenauers zuwiderlief und Brandt obendrein in der Öffentlichkeit mehr Aufsehen und Popularität bescherte statt der früher üblichen Diskreditierung und Entlassung aus offiziellen Ämtern – Zeichen einer verkehrten Welt!

Im Gegensatz zum Kanzler, der deutschlandpolitisch hart, unnachgiebig, starr wirkte, den das Selbstbewußtsein eines gestandenen Politikers auszeichnete, verkörperte Brandt Risikobereitschaft, Mobilismus, Entgegenkommen. Wo Adenauer standfest blieb und die Konfrontation nicht scheute, neigte Brandt eher dazu, die Dinge auszuloten, war entspannungsbereit, gewillt, mit den Sowjets zusammen voranzukommen. Ihn reizte die Herausforderung eines politischen Veteranen, er wollte verändern, ausprobieren, was politisch gegen die eigene Parteiführung und den politischen Gegner zu bewegen war. Seine Tugend: er überlegte gründlich. Freunde meinten, allzu gründlich. Er zögerte manchmal, wirkte nicht immer restlos entschlossen und von der Richtigkeit

[193] Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, S. 446.

[194] Notiz, 30.6. 1960, Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik, S. 158; Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 598.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des eigenen Tuns überzeugt, appellierte lieber an politisches Gewissen, Ehrlichkeit, Fairneß. Irgendwie fehlte ihm noch die selbstsichere Gelassenheit einer sturmerprobten Führungsfigur. Auch verfügte er nicht über ein kämpferisches Naturell wie ein Franz Josef Strauß. Und erst recht war er kein unumstrittener Kopf der Sozialdemokratie. Führer ohne Gefolgschaft, spotteten CDU und CSU. Bezeichnenderweise hatten die Genossen ihren Kanzlerkandidaten erst an 21. Stelle von 30 Mitgliedern in den Parteivorstand gehievt[195]. Förmlich, geradezu kühl-distanziert erfolgte die offizielle Bekanntgabe des Herausforderers an den amtierenden Kanzler. Am 5. Dezember 1960 sandte Brandt „mit verbindlichen Empfehlungen" Adenauer die Niederschrift seiner Ausführungen auf dem Parteitag in Hannover[196].

Personelle Polarisierung lautete das Wahlkampfkonzept der Christdemokraten, sicher nicht ohne Zustimmung Adenauers. Hauptangriffspunkt der nächsten Wochen war Brandts Tätigkeit vor 1945[197]. Auf dem SPD-Parteitag hatte er nämlich selbst verkündet, den Namen Willy Brandt trage er erst seit 28 Jahren[198]. Hauptsächlich wurden ihm die Emigration nach Norwegen, der Namenswechsel und sein politischer Richtungswandel vom radikalen sozialistischen Jugendrebell zum gemäßigten Sozialdemokraten vorgehalten. Brandt fehle es an Nationalgefühl, nationaler Verbundenheit und Zuverlässigkeit, weil er in der Emigrationszeit in norwegischer Offizieruniform gegen deutsche Soldaten[199] Widerstand geleistet hatte. Unterschwellig schwang da der Vorwurf des Vaterlandsverräters mit, der in schwierigen Zeiten sein Land im Stich gelassen habe. Strauß brachte es am 15. Februar 1961 in Vilshofen mit der provozierenden Frage auf den Punkt: „Wir haben das Recht, Herrn Brandt zu fragen: Was haben Sie zwölf Jahre lang im Ausland getan? Was wir in Deutschland in dieser Zeit getan haben, wissen wir."[200] CSU-Mitglied Richard Jaeger setzte gar die Änderung des Familiennamens von Hitlers Vater mit der von Brandt in Frahm gleich[201]. Mit diesen Attacken nahmen CDU und CSU augenscheinlich Rache für die jahrelangen Tiraden der SPD gegen Staatssekretär Globke und den von ihm verfaßten Kommentar zu den NS-Rassegesetzen[202]. Am 1. März beklagte sich Brandt bei Adenauer über die heftige Polemik und den Wahlkampfstil, fragte nach, ob der Kanzler persönlich Vorurteile gegen ihn hege. Woraufhin dieser selbstverständlich beteuerte, nichts gegen ihn zu

---

[195] Barsig, Der Bau der Berliner Mauer, S. 108.

[196] Schreiben Brandt an Adenauer, 5.12. 1960, in: AdsD, Dep. Brandt 26; Willy Brandt, Politik für Deutschland. Rede auf dem Parteitag der SPD in Hannover am 25. November 1960, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1960.

[197] Terence Prittie, Willy Brandt. Biographie, Frankfurt a. M. 1973, S. 264–269.

[198] Barsig, Der Bau der Berliner Mauer, S. 114.

[199] Willy Brandt, Draußen. Schriften während der Emigration, hrsg. von Günter Struve, München 1966; Reinhard Lorenz, Brandt in Norwegen. Die Jahre während des Exils 1933 bis 1940, Kiel 1989.

[200] Prittie, Willy Brandt, S. 266.

[201] Vgl. „Wer ist Willy?", „Kapfinger-Kampagne" und Moritz Pfeil, Unbewältigte Vergangenheit, alle in: „Der Spiegel", Nr. 11 vom 8. 3. 1961, S. 27–32.

[202] Ulrich von Hehl, Der Beamte im Reichsinnenministerium: Die Beurteilung Globkes in der Diskussion der Nachkriegszeit. Eine Dokumentation, in: Gotto (Hrsg.), Der Staatssekretär Adenauers, S. 230–282.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

haben[203]. Nur, er war eben der politische Gegenspieler, den es mit allen Mitteln zu bekämpfen galt. Und wie stets bei Affären, blieb Geflüster über undurchsichtige Aktivitäten der Vergangenheit.

Als Brandt bei Adenauer vor dessen Reise nach Washington im April 1961 um ein Gespräch nachsuchte und bat, eine Berlinvisite einzuplanen, wenn Kennedy Deutschland besuche[204], hatte Adenauer keine Zeit mehr, war vielleicht auch verärgert, daß Kennedy den Berliner Bürgermeister vor ihm am 13. März im Weißen Haus empfangen hatte[205]. Adenauer versprach, ihn über die Reaktion des Präsidenten zu unterrichten. Sie beschränkte sich auf die kurze Mitteilung, Kennedy sei überlastet, habe zu einem Deutschlandbesuch weder ja noch nein gesagt, und man müsse einfach abwarten, was sich in den nächsten Wochen ereigne[206].

Ende Mai 1961 kam es dann zu einem ersten, ins Persönliche gehenden Schlagabtausch. Brandt hatte am 28. Mai in Dortmund dem Kanzler gewünscht, das deutsche Volk mehr zu lieben und weniger Schläue zu zeigen. Adenauer griff die Äußerung am nächsten Tag in Hamburg auf und spielte auf Brandts Emigration mit dem Hinweis an: „Ich, *ich* habe das deutsche Volk in allen seinen Situationen geliebt". Die Versammlung hätte ihn verstanden, prahlte der Kanzler beim Pressetee einige Tage später[207]. Wiederholten Aufforderungen von Brandt, sich einer Fernsehdiskussion zu stellen im Stile der Auseinandersetzung, die Vizepräsident Richard Nixon und der demokratische Gegenkandidat John F. Kennedy einige Monate vorher inszeniert hatten, wich Adenauer beharrlich aus[208]. Dem Medium Fernsehen wurden angesichts des damals noch geringen Verbreitungsgrades zwar nicht wahlentscheidende Effekte beigemessen. Doch der alte Kanzler neben dem telegenen Berliner, dessen verschmitztes Lächeln Wählermassen vereinnahmte, das konnte für Adenauer nur schädliche Auswirkungen haben.

Außenpolitisch sah Adenauer die Berlinfront der Westmächte an allen Enden abbröckeln. Die auf der NATO-Tagung in Oslo formulierten drei Grunderfordernisse („essentials") für Berlin – Anwesenheit der alliierten Streitkräfte dort, Garantie der freien Zugangsrechte sowie Aufrechterhaltung der Lebensfähigkeit der Stadt – bezogen sich lediglich auf West-Berlin. Die Gespräche zwischen Kennedy und Chruschtschow Anfang Juni 1961 in Wien[209] bestätigten Adenauers schlimmste Befürchtungen. Unverhohlen hatte der sowjetische Ministerpräsident den Entschluß mitgeteilt, binnen Jahresfrist mit der DDR einen separaten Friedensvertrag abzuschließen und für West-Berlin den Status einer Freien Stadt zu vereinbaren. Adenauer hielt das

[203] Brandt, Erinnerungen, S. 40; ders., Begegnungen und Einsichten, S. 49.
[204] Schreiben Brandt an Adenauer, 6. 4. 1961, in: AdsD, Dep. Brandt 28.
[205] Willy Brandt, Begegnungen mit Kennedy, München 1964, S. 40–45.
[206] Schreiben Adenauer an Brandt, 18. 4. 1961, in: AdsD, Dep. Brandt 28.
[207] Pressetee-Gespräch, 2. 6. 1961, in: Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 493–509, hier S. 498.
[208] Prittie, Willy Brandt, S. 265–268.
[209] Diethelm Prowe, „Ich bin ein Berliner". Kennedy, die Mauer und die „verteidigte Insel" West-Berlin im ausgehenden Kalten Krieg im Spiegel amerikanischer Akten, in: Hans J. Reichhardt (Hrsg.), Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 1989, Berlin 1989, S. 143–167, hier S. 156–159.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Treffen in Wien und die Fernsehansprache des Präsidenten vom 25. Juli 1961, in der er die Gültigkeit der drei *essentials* nochmals betonte[210], für verheerend und absolut falsch. Intern riet er zu bedächtigem Vorgehen, war aber durchaus geneigt, im geeigneten Moment den Sowjets tatsächlich Verhandlungen zu offerieren[211].

Brandt hingegen hielt die Linie Kennedys einer grundsätzlichen Verhandlungsbereitschaft für richtig unter der Voraussetzung, daß die Amerikaner sich nicht schrittweise aus Berlin vertreiben ließen[212]. Doch war es für Brandt schwierig in dieser Situation, eigene Akzente in der Deutschland- und Berlinpolitik zu setzen. Einerseits konnte er sich nicht allzu weit von dem Kurs der Bundesregierung entfernen, wollte er gegenüber den westlichen Alliierten und auch den Sowjets nicht den Eindruck einer gespaltenen Front Bonn-Berlin erwecken. Er mußte Kontinuität deutscher Außenpolitik verbürgen[213]. Andererseits wurde von ihm eine eigenständige Position erwartet. Seine Wahlkampfkonzeption baute auf zwei Stützpfeiler: den Gedanken der Gemeinsamkeit und der Öffnung. Vieldeutige Begriffe, die sowohl außenpolitisch Kennzeichen für Entspannung, Entgegenkommen auf Vorschläge Moskaus waren als auch innenpolitisch die Entwicklung der SPD zu einer Volkspartei zum Ausdruck bringen sollten[214]. Deutschlandpolitisch suchte sich Brandt in drei Punkten von Adenauer abzusetzen, die weder neu noch besonders zugkräftig waren: Erstens sollte der Freistadt-Vorschlag ohne Einengung auf West-Berlin offensiv vertreten, das Thema ausgeweitet und zugleich verändert, zweitens die drei *essentials* extensiv interpretiert und drittens die Abhaltung einer Friedenskonferenz gefordert werden[215].

Auf der Senatssitzung am 12. Juli 1961, an der auch der Bundeskanzler teilnahm, bestand Einvernehmen darüber, an der unveränderten Rechtsposition der Anwesenheit der Westalliierten festzuhalten, die Eingliederung Berlins in den Bund voranzutreiben, das Recht des freien Zugangs aufrechtzuerhalten und das Selbstbestimmungsrecht der Berliner Bevölkerung zu achten[216]. Anfang Juli hatte Brandt schon über Klein bei der Bundesregierung vorfühlen lassen, ob man nicht doch den westlichen Vorschlag vom Mai 1960 einer Wiedervereinigung Berlins in die Diskussion bringen solle, „um einer immer mehr eingeengten Thematik zu entgehen". Die Anregung stieß auf der Leitungsebene des Auswärtigen Amtes und bei Minister von Brentano am 11. August auf Ablehnung[217]. Die Westalliierten sollten vom eigentlichen zentralen Problem, dem

---

[210] Wortlaut der Rundfunk- und Fernsehansprache Kennedys, 25. 7. 1961, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/6, Zweiter Halbbd., bearb. von Rainer Salzmann, Frankfurt a. M. 1975, S. 1348–1356.

[211] Aufzeichnung Adenauer, Unterredung mit Strauß und Carstens in Cadenabbia, o. D., in: StBKAH III/52; Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 656.

[212] Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 21.

[213] Willy Brandt, Plädoyer für die Zukunft. Zwölf Beiträge zu deutschen Fragen, Frankfurt a. M. 1961, insbes. S. 52–63; ders., Außenpolitische Kontinuität mit neuen Akzenten, in: Außenpolitik 11 (1960), S. 717–723; ders., The Means Short of War, in: Foreign Affairs 39 (1960/61), S. 196–207.

[214] Barsig, Der Bau der Berliner Mauer, S. 110 f.

[215] Brandt, Begegnungen mit Kennedy, S. 58.

[216] Ebenda, S. 59.

[217] Ebenda, S. 65; ders., Erinnerungen, S. 56 f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

möglichen Abschluß eines Separatfriedensvertrages mit der DDR, nicht abgelenkt werden, das Ausfluß der Krise um Berlin sei, verlautete aus dem Auswärtigen Amt[218]. Auch die öffentliche Forderung von Brandt, Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag einzuleiten[219], Chruschtschow beim Wort zu nehmen und den Ansprüchen der 52 Staaten, die gegen Deutschland Krieg führten, gegenüberzustellen, fand wenig Echo. Adenauer wandte sich entschieden gegen den Vorschlag[220], der die Deutschen zum Spielball der Interessen der halben Welt gemacht hätte.

Mit den wachsenden internationalen Spannungen Anfang August und dem Beginn der Endphase des Wahlkampfs nahm auch die persönliche Konfrontation der beiden Kanzleraspiranten an Schärfe zu. Adenauer sah seine Zeit verstreichen, wollte es wissen, die Wahl um jeden Preis noch einmal gewinnen, es dem Nachwuchs zeigen. Brandt rechnete wohl nicht mit der Regierungsübernahme, denn Meinungsumfragen sahen den amtierenden Regierungschef deutlich vorne[221]. Bislang war der Wahlkampf nicht sonderlich hart geführt worden. Brandt hatte den Kanzler mehr mit Samthandschuhen angepackt, wortgewaltige Attacken auf die Person vermieden, sich auf einzelne bissige Bemerkungen und nicht auf einen Frontalangriff verlegt. Um so mehr verwunderte sein schroffer, moralisierender Vorstoß auf dem Kongreß anläßlich des Deutschlandtreffens der SPD am 12. August in Nürnberg. Wenig schimmerte durch von der „Methode der unbedingten Ehrlichkeit", wie Golo Mann 1971 den politischen Stil Brandts einmal charakterisierte[222]. Das eigene Parteivolk sollte mit verbalen Kraftmeiereien mobilisiert, Adenauer so abqualifiziert werden, wie ihn die meisten SPD-Anhänger sahen: Ein Kanzler, der es mit der Wahrheit nicht genau nimmt, unaufrichtig ist, in die Irre führt. Kurz, ein alter Greis, zum Denkmal erstarrt, der vom Sockel gestürzt werden mußte. Die harte Sprache verschärfte den Wahlkampf ungemein[223]. Vom „Programm des geistigen Bankrotts", dem Abfinden mit dem „Teilungsdiktat" war die Rede und dem Mindestmaß an Gemeinsamkeit, was erzielt werden müsse, wenn es „um die Existenz der Nation geht". Brandt forderte einen neuen Stil in der deutschen Politik, ein Gespräch zwischen Regierenden und Regierten als Kennzeichen der modernen Demokratie. Weil das „Programm der nationalen Notwendigkeiten" die „Zustimmung breitester Schichten" erfahre, habe sich der „innenpolitische Gegenspieler auf die Methoden der Schimpfkampagne zurückgezogen. Daß sie hetze, statt zu argumentieren, daß sie verleumde und verdächtige, statt zu diskutieren – das ist eine Sache, die die Unionspartei mit sich selbst" auszumachen habe. „Das ist nur ein Zeichen ihrer Unsicherheit. Das unterstreicht nur ihre Arroganz. Das beweist nur ein weiteres Mal,

[218] Ders., Begegnungen und Einsichten, S. 19.

[219] Vgl. „‚Regierung verlor Kontakt'. Brandt klagt vor der Presse in Bonn an", in: „Der Tag" vom 27. 5. 1961; „Brandt sprach von Friedensvertrag", in: „Rheinische Post" vom 27. 5. 1961.

[220] Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 20.

[221] Konrad Kraske, Der Bau der Berliner Mauer und das Wahlverhalten am 17. 9. 1961, in: Schwarz (Hrsg.), Berlinkrise und Mauerbau, S. 117 ff.

[222] Golo Mann, Vorwort, in: Willy Brandt, Der Wille zum Frieden. Perspektiven der Politik, Hamburg 1971, S. 11–20, hier S. 12.

[223] Fred Luchsinger, Bericht über Bonn. Deutsche Politik 1955–1966, Zürich/Stuttgart 1966, S. 194–200.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß sie nichts kennt als selbstgefällige Nabelschau, als Götzendienst an dem eigenen Hochmut"[224], tönte Brandt und setzte hinzu: „Wer diese Gemeinsamkeit verweigert, der versündigt sich an unserem Volk, das"[225] – so war der Adenauer vorgelegten dpa-Meldung vom 12. August weiter zu entnehmen – „kein Verständnis dafür habe, wenn in einer solchen Lage ‚Kübel des Schmutzes und der Arroganz' über politische Gegner ausgegossen würden"[226]. Der SPD-Kandidat erneuerte den Vorschlag eines Rededuells im Deutschen Fernsehen und forderte Adenauer am gleichen Tag noch schriftlich dazu auf mit der Mahnung, der Wahlkampf dürfe nicht hemmungslos geführt werden.

Die Abriegelungsmaßnahme in Berlin in der Nacht auf den 13. August traf beide ohne nachrichtendienstliche Vorwarnungen. Adenauer, abends zuvor aus Lübeck nach Rhöndorf zurückgekehrt, wußte von bevorstehenden Operationen. Mit einem Mauerbau rechnete er allerdings nicht, jedenfalls nicht zu diesem Zeitpunkt[227]. Brandt, im Schlafwagen von Nürnberg nach Kiel unterwegs, fuhr sofort nach Berlin zurück[228]. In einer internen Aufzeichnung vom März 1962 stand nur zu lesen: „Allerdings waren früher Warnungen gegeben worden, die sich jedoch als unzutreffend erwiesen hatten."[229] Brandt wurde am nächsten Tag erstmals vom Bundesnachrichtendienst informiert[230]. Einen Direktkontakt zwischen Bundeskanzler und Regierendem Bürgermeister gab es an diesem Sonntag nicht[231]. Von Brentano teilte Brandt abends lediglich telefonisch mit, man müsse „eng zusammenarbeiten"[232].

Die Berater um Adenauer – Globke, Krone und der Leiter der außenpolitischen Abteilung im Kanzleramt, Horst Osterheld – waren geteilter Meinung, ob der Kanzler nach Berlin fahren solle. Die Entscheidung, nicht sofort die Hauptstadt zu besuchen und den Wahlkampf – wenn auch verkürzt – fortzusetzen, gehört zu den umstrittensten Entschlüssen seiner Regierungszeit[233]. Drei Jahre später, bei seinem letzten offiziellen Berlinbesuch, mußte sich Adenauer vorhalten lassen: „Zu einem bestimmten Zeitpunkt haben wir ihn wirklich vermißt. Sie hatten Ihre Gründe, Herr Bundeskanz-

---

[224] Brandt, Gedankenskizze zu einer Rede (Kongress-Rede) am 12. August in Nürnberg.

[225] Wortlaut der Rede in: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Tatsachen – Argumente, Nr. 21 vom 21. 8. 1961, S. 4–11.

[226] Dpa-Meldung, 12. 8. 1961, in: StBKAH 12.24.

[227] Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 656; Honoré M. Catudal, Kennedy in der Mauer-Krise. Eine Fallstudie zur Entscheidungsfindung in USA, Berlin 1981, S. 266–270.

[228] Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 14 f.

[229] Daraus wurde geschlußfolgert, es gebe keine hinreichenden Anhaltspunkte zu behaupten, „die Westmächte seien über die Maßnahmen des 13. August informiert gewesen". Aufzeichnung, Material zum 13. August 1961, März 1962, 39 S., in: AdsD, Dep. Brandt 76. Zu schriftlichen Hinweisen von Axel Springer an Gerstenmaier am 10. 7. 1961 sowie Informationen, die beim Bundesnachrichtendienst eingingen, Horst Osterheld, „Ich gehe nicht leichten Herzens . . ." Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht, Mainz 1986, S. 52.

[230] Catudal, Kennedy in der Mauer-Krise, S. 268; Äußerungen von Franz Josef Bach, in: Schwarz (Hrsg.), Berlinkrise und Mauerbau, S. 48 ff.

[231] Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 14.

[232] Ebenda, S. 24; ders., Erinnerungen, S. 10.

[233] Osterheld, „Ich gehe nicht leichten Herzens . . .", S. 56–59.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ler. Wir mußten diese Gründe respektieren."[234] Unkalkulierbar war sicher die Gefahr einer möglichen Eskalation durch Auslösung eines Volksaufstandes wie 1956 in Ungarn. Beschwichtigung und Ruhe bewahren hatten einiges für sich. Auch war eine Aktion der DDR-Regierung, den Kanzler in Berlin festzusetzen, nicht auszuschließen. Doch hatte Adenauer die Handlungskraft offensichtlich verlassen. Während Brandt in Berlin Solidarität mit der Bevölkerung demonstrierte und dabei unversehens an Format gewann, gab der Kanzler in der Öffentlichkeit ein Bild der Ratlosigkeit ab, wirkten seine Stellungnahmen unbeholfen, versagte die gewohnte Führungskraft, litt die Glaubwürdigkeit seiner Deutschlandpolitik. Der am 22. August nachgeholte Berlinbesuch vermochte diesen Eindruck nicht zu ändern. Das Ausbleiben der Reaktionen aus Washington, London und Paris, das stillschweigende Dulden des Vorgehens der anderen Seite bestärkten ihn wohl in der Einsicht, außer beruhigenden Worten selbst wenig ausrichten zu können. Mit dem Einsatz seines Prestiges war jedenfalls die Mauer nicht einzureißen. Mit ausschlaggebend aber dürfte letzten Endes der Umstand gewesen sein, daß er einem staatsmännischen Händedruck als Zeichen der Verbundenheit mit dem politischen Gegner, der sich in der Vergangenheit für die Änderung des Status der Stadt stark gemacht hatte, ausweichen wollte.

Am Montag, dem 14. August, forderte Brandt in einem Telegramm an den Außenminister die Bundesregierung auf, initiativ zu werden[235]. Der Senat von Berlin erwarte und hoffe, stand darin, „daß die Bundesregierung mit ihm der Ansicht ist, daß die Westmächte auf der Rückgängigmachung dieser für Berlin unannehmbaren Regelung bestehen und auch vor fühlbaren Maßnahmen gegenüber den Initiatoren dieser Willkürmaßnahmen nicht zurückschrecken werden". Noch am gleichen Tag solle eine Démarche der Botschafter der Westmächte in Moskau erfolgen. Ein Protest reiche nicht aus. Erforderlich seien „auch wirtschaftliche Maßnahmen sowohl gegen die Initiatoren der Anordnungen in Ostberlin wie auch gegen die sog. ‚DDR'". Ein bloßer Protest würde die Ostblockstaaten zu einem baldigen Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR ermutigen. Einzelne Schritte wollte Brandt nicht vorschlagen, da diese bereits von der Arbeitsgruppe der Vier Mächte erarbeitet worden seien. „Worauf es dem Senat in diesem Augenblick ankommt ist, über die bloße Verkündigung einer Solidarität hinaus der Sowjetunion zu zeigen, daß sie in Bezug auf Berlin nicht freie Hand hat und mit jedem weiteren Schritt erhebliche Risiken eingeht."

Adenauer waren die Vorwürfe des SPD-Kanzlerkandidaten unter die Haut gegangen. Welchem ungeheuren Druck er sich ausgesetzt fühlte, ließ die gezielte Diffamierung auf die uneheliche Geburt Willy Brandts in der Regensburger Rede[236] erahnen. Er verwahrte sich gegen die Vorwürfe des Berliner Bürgermeisters, es habe der Bundesregierung an Ideen und Initiativen gefehlt, der Isolierung Berlins entgegenzuwir-

[234] Wortlaut der Rede Brandts, 10. 10. 1963, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 182 vom 15. 10. 1963, S. 1589 f.

[235] Telegramm Brandt an von Brentano, 14. 8. 1961, in: AdsD, Dep. Brandt 30.

[236] Konrad Adenauer. Reden 1917–1967. Eine Auswahl, hrsg. von Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975, S. 413–423, hier S. 417.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ken, die CDU/CSU argumentiere nicht, erschöpfe sich „im Götzendienst vor dem eigenen Hochmut und fliehe in den Appell an die Denkfaulheit und Dummheit". Das „ist wahrhaft starker Tobak", nicht der neue Stil, den Brandt fordere, konterte Adenauer. „Wenn einer mit der größten Rücksicht behandelt worden ist von seinen politischen Gegnern", so setzte er noch drauf, „dann ist das der Herr Brandt alias Frahm"[237]. Eine unbeabsichtigte Entgleisung? – Nein, zuvor hatte sich der Kanzler in gleicher Weise intern geäußert[238]. Er begab sich damit in den Tagen außen- und innenpolitischer Hochspannung auf ein Wahlkampfniveau, das ihn dekuvrierte, anzeigte, wie erschöpft seine Mittel waren, sich überzeugend diesen Angriffen zur Wehr zu setzen.

Adenauer folgte notgedrungen der Linie des Westens, ließ sich aber – wie einige meinten – eilfertig am 16. August vom sowjetischen Botschafter Smirnow auf die Politik des stillen Tolerierens festlegen. Der Aufzeichnung von Osterheld zufolge sagte Smirnow eine Überprüfung der „getroffenen Maßnahmen" zu, die „eventuell nur vorübergehend sein könnten", wenn eine befriedigende Berlinregelung erfolge. Die Verantwortung für die Absperr-„Maßnahmen" schob Smirnow auf jene „aufreizenden Reden westlicher Politiker, namentlich Brandts und Lemmers", und die Beschlüsse der westlichen Außenministerkonferenz, die Anfang August in Paris Sanktionen für den Fall vereinbart hatte, wenn es auf den Zugangswegen von und nach Berlin zu Behinderungen käme. Trotz Intervention seines Mitarbeiters erhob Adenauer keinen Einwand, akzeptierte er, „daß die Bundesregierung keine Schritte unternimmt", die zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau oder der internationalen Lage führen[239].

Hier lag für Brandt die Chance, sich als Handelnder zu präsentieren, dem sonst stets agierenden Kanzler die Rolle des Zauderers zuzuweisen. Ohne Abstimmung mit Bonn sandte Brandt am gleichen Tag den kurze Zeit später bekanntgewordenen Brief an Kennedy[240] ab, in der Absicht, die Amerikaner an ihre Verantwortung für den Viermächte-Status der Stadt zu erinnern, und in der Hoffnung, sie würden Berlin nicht im Stich lassen, wie Außenminister John Foster Dulles ihm im Dezember 1958 in Paris versichert hatte[241]. Der daraufhin von Kennedy angeordnete Besuch von Vizepräsident Johnson, dem legendären General Clay[242] und Botschafter Bohlen zunächst in Bonn, dann in Berlin fiel vom Ergebnis für Adenauer wie für Brandt gleichermaßen kalt und ernüchternd aus. Hatte der Kanzler darauf spekuliert, im Geleitzug der Amerikaner nun den fälligen Berlinbesuch nachholen zu können, erhielt er eine schroffe

[237] Darstellungen der Jugendzeit in: Brandt, Links und frei, S. 9–66; ders., Erinnerungen, S. 85–98.

[238] Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 662.

[239] Osterheld, „Ich gehe nicht leichten Herzens . . .", S. 59 f., hier S. 60.

[240] Diethelm Prowe, Der Brief Kennedys an Brandt vom 18. August 1961. Eine zentrale Quelle zur Berliner Mauer und der Entstehung der Brandtschen Ostpolitik, in: VfZ 33 (1985), S. 373–383, hier S. 380 ff.; Brandt, Begegnungen mit Kennedy, S. 72 f.

[241] Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 83.

[242] Lucius D. Clay, Adenauers Verhältnis zu den Amerikanern und die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach 1945, in: Konrad Adenauer und seine Zeit, S. 466–476, hier S. 473.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abfuhr. Aber auch Brandt wurde von Johnson kaum freundlicher behandelt[243], obschon es Kräfte in Washington gab, die lieber ihn als den hartgesottenen Adenauer im Palais Schaumburg sahen[244]. Die Verstärkung der amerikanischen Garnison um ganze 1500 Mann verkaufte Johnson als „eine bewußte Stellungnahme zu den sowjetischen Forderungen" nach Abzug der westlichen Streitkräfte. Brandt konnte dem wenig entgegnen. Der übergebene Antwortbrief von Kennedy wurde dekoriert mit der Erläuterung, der Regierende Bürgermeister könne sich „jederzeit vertrauensvoll an den Präsidenten wenden". Die Antwort war enttäuschend. Kennedy sprach sich für die Proklamation des Dreimächte-Status für West-Berlin aus, hielt die Forderung nach Wiederherstellung der Viermächte-Verantwortung lediglich für „angemessen"[245]. Botschafter Charles Bohlen[246], nicht unbedingt ein Freund der Deutschen, ließ sich weder auf die Möglichkeit einer Volksabstimmung noch auf verbindliche Aussagen zur Zukunft Berlins festlegen. Alles würde wohlwollend geprüft. Schließlich hätte Berlin mit der Abriegelung rechnen müssen. Brandt legte ausführlich die Folgen der Statusverschlechterung dar, konnte die Amerikaner damit aber wenig beeindrucken. Immerhin durfte er sich neben Johnson von der Berliner Bevölkerung feiern lassen, was seine Wahlaussichten keinesfalls schmälerte und argwöhnisch in Bonn vermerkt wurde.

Die unveränderte Fortsetzung des Wahlkampfs und Adenauers Entgleisung schadeten CDU und CSU im Meinungsbild der Bevölkerung anscheinend mehr als sein Zögern, direkt nach Berlin zu fahren. Das Allensbacher Institut für Demoskopie registrierte im September 1961, daß fast die Hälfte der Befragten (46 v. H.) dem Kanzler ankreideten: „Mir gefällt an Adenauer nicht, daß er Brandt so angreift." Gut ein Drittel (35 v. H.) meinte: „Adenauer hat sich jetzt bei der Berlin-Krise nicht viel um Berlin gekümmert; die Wahl war ihm wichtiger."[247] Adenauer war bei seinem Angriff auf Brandt zu weit gegangen. Das wußte er. Auch kannte er die negativen Wirkungen. Ein Wort der Entschuldigung kam ihm aber nicht aus der Feder.

Er teile die Ansicht Brandts, begann Adenauer seinen Antwortbrief am 31. August[248] auf das Schreiben von Brandt vom 12. August, daß der Wahlkampf nicht „hemmungslos" geführt werden solle. Im nächsten Satz schränkte er jedoch ein: „Dies enthebt uns aber nicht der Notwendigkeit, den Wählern klarzumachen, worum es bei der Entscheidung am 17. September 1961 geht." Auch die neue Regierung werde gegenüber den Gefahren aus dem Osten „eine feste Haltung einnehmen und eine stetige Politik führen müssen". Ohne innerliche Geschlossenheit sei das unmöglich. Nur eine stabile, vom Bundestag gewählte Regierung könne „eine gerade Linie" gewährleisten.

---

[243] Bericht Brandt, Besuch des Vizepräsidenten Lyndon B. Johnson in Berlin am 19./20. 8. 1961, 22. 8. 1961, in: AdsD, Dep. Brandt 75. Brandt, Begegnungen mit Kennedy, S. 86–89.

[244] Notiz, 9. 9. 1961, Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik, S. 163.

[245] Prowe, Der Brief Kennedys an Brandt vom 18. August 1961, S. 373–383.

[246] Charles E. Bohlen, Witness to History 1929–1969, London 1973, S. 483–486.

[247] Zit. bei Kraske, Der Bau der Berliner Mauer und das Wahlverhalten am 17. 9. 1961, S. 118. Äußerungen von Bach, in: Schwarz (Hrsg.), Berlinkrise und Mauerbau, S. 50.

[248] Schreiben Adenauer an Brandt, 31. 8. 1961, in: AdsD, Dep. Brandt 30.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Kontinuität der Politik der Bundesregierung werde aber durch die SPD nicht garantiert. Sie habe „in den vergangenen Jahren im Bundestag immer wieder gegen die tragenden Elemente der deutschen Außenpolitik gestimmt". Die Sozialdemokraten gegen die Einführung der Wehrpflicht, Brandt und seine Fraktion gegen den Beitritt zur WEU und zur NATO. Adenauer machte ihn für die deutschlandpolitische Haltung der SPD mitverantwortlich, für den Geist, der stets verneinte. Die Sozialdemokraten hätten zwar alte Positionen aufgegeben, doch sei keineswegs sicher, ob sie „nicht über kurz oder lang wiederum eine andere Politik" trieben. Darüber seien die Wähler aufzuklären, was nicht durch ein „Zwiegespräch" zu ersetzen sei. Den Vorschlag eines Fernsehduells wiegelte Adenauer mit drei kurzen Hinweisen ab. Erstens wähle nach dem Grundgesetz nicht das Volk, sondern der Bundestag den Bundeskanzler. – Ein fadenscheiniges Argument, denn auch ihm kam es auf den Kanzler an. – Zweitens ließen sich ausländische Vorbilder – gemeint waren die USA – nicht auf die Bundesrepublik anwenden, weil dort andere Verhältnisse herrschten. Schließlich seien da noch die Angriffe, die Brandt in Nürnberg „gegen die Bundesregierung und gegen mich persönlich gerichtet" habe. Sie hätten ihn, Adenauer, gezwungen, „in Regensburg deutlich zu antworten und darauf hinzuweisen, daß nicht eine Partei für sich allein das Recht des Angriffs in Anspruch nehmen, es einer anderen Partei aber verweigert werden kann. Ich glaube, wir sollten unter diesen Umständen von unmittelbaren Auseinandersetzungen auch sachlicher Art absehen." Die Angelegenheit war damit für Adenauer abgehakt.

Öffentlich rechtfertigte er seine Äußerung unverfänglicher. In Regensburg habe er doch „absolut nicht daran gedacht", bekamen Chefredakteure am 6. September 1961 von ihm zu hören[249], „etwa eine Anspielung zu machen auf die Geburt des Herrn Brandt". An etwas anderes hätte er gedacht, „nämlich daran, daß nun doch gerade die Kommunisten ihre Namen öfter gewechselt haben". Es sollte ein „Hinweis darauf sein, daß, wenn die Beschimpfungen, die gegen unsere Partei zwei Tage vorher erfolgten, weitergingen, wir auch mal an diese politischen Gefilde rangingen". Das habe auch nichts damit zu tun, daß Brandt, als er wieder in Deutschland war, „sich Brandt-Frahm oder umgekehrt nannte. Was mir da angehangen wurde, ist völlig falsch." In Nürnberg habe Brandt ihn so beschimpft, „und das hat mich geärgert, da bin ich, wenn Sie so wollen, in die Schußlinie, die Drecklinie, reingegangen".

Knapp eine Woche vor der Bundestagswahl ging auch von Brentano in die Offensive. In einem als „persönlich" gekennzeichneten Schreiben warf er Brandt am 8. September[250] vor, mit seinem Brief an Kennedy den Bundeskanzler hintergangen und eigene Außenpolitik betrieben zu haben, was ihm nicht zustehe. Ferner wehrte sich der Außenminister gegen die Bestrebungen des Senats, den Dreimächte-Status für Berlin zu proklamieren. (Dazu Krone: „Unbegreiflich. Er zeigt, was alles möglich ist, wenn

[249] Gespräch des Bundeskanzlers mit Journalisten, 6.9. 1961, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/7, Erster Halbbd., bearb. von Giesela Biewer, Frankfurt a. M 1976, S. 338–354, hier S. 351 f.

[250] Schreiben von Brentano an Brandt, MB 1482/61 geh., Persönlich, 8.9. 1961, in: AdsD, Dep. Brandt 31.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Mann ans Ruder käme."[251]) Das entspreche „wohl in mancher Hinsicht der faktischen Situation in Berlin". Doch bedeute es rechtlich wie politisch die Aufgabe der Viermächte-Verantwortung, zumal die Sowjets diese formell noch nicht aufgekündigt hätten. Ein einseitiger Akt würde faktisch die Preisgabe Ost-Berlins und die Eingliederung in die DDR zur Konsequenz haben. Die Aufforderung an Kennedy, politisch initiativ zu werden, habe die Westmächte unter „massiven Druck" gesetzt, obgleich auf der Pariser Außenministerkonferenz konkrete Maßnahmen beschlossen worden seien, an denen ein Beauftragter des Senats teilgenommen habe. Von Brentano erinnerte an Stellungnahmen in dem Gespräch mit Adenauer am 30. November 1959 und vor dem Berliner Abgeordnetenhaus am 20. April 1961, in denen er, Brandt, jeweils unter Hinweis auf den Berlin betreffenden Annex des Deutschland-Vertrages von 1952/54 betont habe, daß Berlin kein Völkerrechtsobjekt sei und es auch nicht werden wolle[252]. Bundesregierung und Senat hätten diese Regelung gewünscht und bekennten sich dazu. Demnach aber stünde dem Senat „eine eigene von der Bundesrepublik unabhängige außenpolitische Kompetenz nicht zu". Dies widerspreche seiner Erklärung vom 19. August, der Regierende Bürgermeister dürfe tun, was er seiner verfassungsmäßigen Stellung nach für notwendig halte[253]. Damit untergrabe er „in einer höchst gefährlichen Weise die Verantwortung der Bundesregierung, auf die sich die Stadt Berlin immer wieder zu Recht berufen" habe. Es wäre schlichtweg ein Akt politischer Loyalität gewesen, die Bundesregierung über „ein inhaltlich so weittragendes und außenpolitisch so bedeutsames Schreiben" vorher zu unterrichten und den Inhalt abzustimmen. Auch eine kritische Situation, wie nach dem 13. August, könne „ein solches Vorgehen nicht rechtfertigen".

Sein Vorgehen verteidigte Brandt mit „der fast widerspruchslosen Hinnahme einer in das Leben der Berliner tief einschneidenden Maßnahme", die sich „zu einer großen Vertrauenskrise auszuweiten drohte", und der Übereinkunft Adenauers mit Smirnow, „das Streitobjekt nicht auszuweiten"[254]. Er habe sich daher „nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet gefühlt", sich an den „obersten Repräsentanten der Macht zu wenden, die für West-Berlin die Hauptverantwortung trage". Die Bevölkerung habe das begrüßt, und der positive Verlauf des Besuchs von Johnson, Clay und Bohlen hätte dieses Vorgehen gerechtfertigt. Bei seiner Aufforderung an Kennedy, zu handeln, glaubte er sich in Übereinstimmung mit der Bundesregierung. Hämisch setzte er hinzu: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß dies nicht der Fall wäre." Den Hinweis auf den Dreimächte-Status erklärte Brandt als Mißverständnis. Er habe sich für das Fortbestehen des Viermächte-Status eingesetzt. Und nur im Falle der Nichtwiederherstellung komme ein Dreimächte-Status in Betracht. Darunter verstand Brandt, „die unver-

---

[251] Notiz, 18. 8. 1961, Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik, S. 163.

[252] Wortlaut der Erklärung Brandts vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin, 20. 4. 1961, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/6, Erster Halbbd., S. 552–556, hier S. 552.

[253] Wortlaut der Erklärung Brandts vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin, 19. 8. 1961, in: ebenda IV/7, Erster Halbbd., S. 155–158, hier S. 156.

[254] Schreiben Brandt an von Brentano, 14. 9. 1961, in: AdsD, Dep. Brandt 31.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rückbare Forderung, daß die Sowjetunion keine zusätzlichen Rechte in den Westsektoren erhält und Westberlin fest in der Hand der Westmächte bleibt". Verhängnisvoll sei ein Viermächte-Status für West-Berlin. Er teile nicht die Meinung, daß der Viermächte-Status Berlins noch existiere. Die Noten vom 27. November 1958 und das Vorgehen am 13. August 1961 zeigen, daß die Sowjetunion sich nicht mehr daran halte und „ihn zerstört hat", weil die Gewaltmaßnahmen nicht legal seien, wogegen „nichts Durchgreifendes unternommen" wurde. Nach wie vor bestehe der Senat auf der Verpflichtung der Bundesregierung zur Einbeziehung Berlins in völkerrechtliche Verträge und könne eine Einschränkung dieses Vertretungsrechts, wie es beim Abschluß des deutsch-sowjetischen Handelsvertrages und des Konsularvertrages sowjetischerseits angestrebt wurde, nicht akzeptieren. Schließlich stehe der Brief an Kennedy mit der völkerrechtlichen Vertretung Berlins durch die Bundesrepublik nicht im Zusammenhang. Unbestritten sei das Recht des Regierenden Bürgermeisters, sich „mit bestimmten konkreten Anliegen an die Repräsentanten der drei Westmächte in Berlin zu wenden". Der Brief sei außerdem nicht zur Veröffentlichung bestimmt gewesen.

Die Positionen waren ausgetauscht, an Fakten nichts mehr zu ändern. Bei der Bundestagswahl verlor die CDU/CSU die bisherige absolute Mehrheit der Mandate, blieb jedoch stärkste Fraktion. Brandt hatte sein Ziel, Adenauer abzulösen, nicht erreicht. Doch auch Adenauer konnte sich angesichts der Schwierigkeiten, eine Koalition zustandezubringen, nicht als Gewinner der Wahl präsentieren. Es kam nun auf die Bildung einer stabilen Regierungskoalition an und die Konsolidierung der westlichen Haltung in der Berlinfrage.

Teile der SPD-Führung – vornehmlich Wehner und Ollenhauer – liebäugelten mit einer großen Koalition. Unterdessen plädierte Brandt in einer Unterredung mit Gerstenmaier am 18. September für eine Allparteien-Regierung[255]. Er wollte damit einen Kanzlerwechsel verbinden. Stinnes vertraute er an, Allparteien-Koalition ja, „aber keinesfalls mit Adenauer"[256]. Darin stimmte Brandt auch mit Strauß überein, mit dem er schon zwei Tage nach der Wahl sprach[257] und der ihm späterhin sagte, dem Kanzler würden „bittere Wahrheiten namens der CSU übermittelt"[258]. Adenauer hatte wohl nicht ernsthaft die Bildung einer großen Koalition im Sinn. Zusammen mit Brandt, Ollenhauer und Wehner in einem Boot – der Gedanke war nicht nur ungewöhnlich, sondern beinahe unvorstellbar. Adenauers Verhandlungen mit der SPD waren ein taktischer Winkelzug, die FDP in eine Koalition zu zwingen, für die er allerdings den Preis einer befristeten Kanzlerschaft auf zwei Jahre bezahlen mußte.

Am 25. September trafen Adenauer und Brandt gemeinsam mit Ollenhauer und Wehner erstmals nach der harten Auseinandersetzung wieder zusammen. Während

[255] Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 43 f.; Eugen Gerstenmaier, Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1981, S. 479.

[256] Hs. Aufzeichnung Brandt, Gespräch mit Stinnes, 25. 9. 1961, in: AdsD, Dep. Brandt 63.

[257] Strauß, Erinnerungen, S. 401 f.

[258] Hs. Aufzeichnung Brandt, Besprechung mit Gerstenmaier, 18. 9. 1961, und mit Strauß, 19. 9. 1961, beide in: AdsD, Dep. Brandt 63.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Brandt von einem „neuen Stadium" der Deutschlandfrage nach dem tiefen Einschnitt des 13. August sprach[259], meinte der Kanzler, Brandts Einschätzung „sei wohl zu pessimistisch"[260]. Allgemeine Ansicht war jedoch, man müsse eine unnachgiebige Haltung zeigen und Berlin dürfe nicht geopfert werden[261]. Doch alles, was aus Washington zu vernehmen war, klang keineswegs rosig. Unverändert krankte die Berlinpolitik daran, daß es kein einvernehmliches Konzept gab, die Angriffe abzuwehren und den Viermächte-Status Berlins zu wahren – weder im westlichen Lager noch seitens der Bundesregierung oder des Senats. Die Positionen Adenauers und Brandts hatten sich in einigen Punkten verkehrt und nun wieder verstärkt dem Druck der Westalliierten zugewandt. Entgegen seiner früheren Forderung, keine isolierte Berlinlösung zuzulassen, forderte Adenauer, nun möglichst bald eine Berlin-Konferenz einzuberufen, unabhängig von weiteren Schritten in der Wiedervereinigungsfrage. Schon nach seinem USA-Besuch am 6./7. Oktober 1961 hatte Brandt versucht, zu den 1959/60 praktizierten Konsultationen zwischen Bundesregierung und Senat zurückzukehren.

Am 13. Oktober wies Brandt den Kanzler in einem Memorandum[262] auf Eindrücke „in manchen Kreisen" der amerikanischen Führung hin, das mit der Berlin-Krise verbundene Risiko „werde von der deutschen Seite nicht voll mitgetragen". Angeblich gebe es in der Bundesregierung Mitglieder, die Berlin als „eine verlorene Sache" betrachteten. Brandt suchte die drei *essentials* in ihren Rechten für die West-Berliner weiterhin extensiv zu interpretieren, Landverbindungen zu verbessern, stärkere Bindungen zur Bundesrepublik herzustellen, die Rolle Berlins als eigenständiges Land im Bund zu festigen. Möglicherweise wäre die Einrichtung einer UN-Sonderbehörde zu erreichen. In dieser Ansicht bestärkte ihn das Telefonat mit Kennedy am 7. Oktober, der von der Notwendigkeit einer langfristigen vertraglichen Abmachung mit den Sowjets zur Verbesserung der Lage sprach[263].

Vor Adenauers Reise nach Washington im November 1961 legte Brandt dem Kanzler seine Sicht der Dinge dar[264]. Von der Freistadt-Lösung war keine Rede mehr. Vielmehr wurden die bekannten Positionen wieder hervorgekramt. Brandt stellte nunmehr die Bindungen West-Berlins an den Bund heraus, wollte der Haltung vorbeugen, über Berlin könne verfügt werden, „als ob es nicht zur Bundesrepublik gehöre". In Wirklichkeit

---

[259] Diethelm Prowe, Die Anfänge der Brandtschen Ostpolitik in Berlin 1961–1963. Eine Untersuchung zur Endphase des Kalten Krieges, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hrsg.), Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze Hans Rothfels zum Gedächtnis, Stuttgart 1976, S. 249–286, hier S. 252–260.

[260] Vermerk Brandt, Besprechung bei Adenauer am 25. 9. 1961, Vertraulich, in: AdsD, Dep. Brandt 71; Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 45.

[261] Grewe, Rückblenden, S. 508.

[262] Memorandum Brandt, Gespräch mit einflußreichen Persönlichkeiten in den Vereinigten Staaten, 11. 10. 1961, in: AdsD, Dep. Brandt 71; abgedruckt in: Brandt, Begegnungen mit Kennedy, S. 103–106.

[263] Vermerk Brandt, Telefonat mit Kennedy, 7. 10. 1961, in: AdsD, Dep. Brandt 71; Brandt, Begegnungen mit Kennedy, S. 100 f.

[264] Schreiben Brandt an Adenauer, 16. 11. 1961, in: AdsD, Dep. Brandt 32.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

herrsche heute ein Status quo minus. Das gelte „nicht nur für die Schandmauer und die übrigen Auswirkungen der Annexion Ostberlins durch das Zonenregime", sondern auch für die „Zurücknahme gewisser deutscher Positionen", sprich die seltenen Tagungen von Bundesrat und Bundestag in der Stadt und die Diskussion um die Verlegung von Bundesbehörden. Brandt kritisierte die schwammigen Formulierungen der drei *essentials*, die „keine ausreichende Sicherheit gegen die Salamipolitik der östlichen Seite" böten. Adenauer solle bei den Westmächten sich dafür verwenden, daß Bindungen zwischen Bonn und Berlin gestärkt, „die Annexion des Ostsektors nicht hingenommen" und der Viermächte-Status für ganz Berlin wiederhergestellt werde. Die Berlinfrage dürfe „nicht isoliert behandelt" werden, sie bleibe ein Teil der deutschen Frage. Dann nahm Brandt die Forderung Adenauers auf, das Selbstbestimmungsrecht durch eine Volksabstimmung herauszukehren, „wenn sie sich auf den entscheidenden Punkt bezieht und nicht etwa noch ungewollt zur Isolierung West-Berlins beiträgt", was immer das auch konkret heißen mochte. Überdies sollte auch der Vorschlag Kennedys beachtet werden, „im freien Teil Deutschlands" eine Volksabstimmung abzuhalten, als Votum für das Verlangen „nach *einem* Friedensvertrag" und Herstellung der deutschen Einheit, zu der noch eine Abstimmung „für *ganz* Berlin" hinzukommen könne. „Was wir nicht gebrauchen können, ist ein auf West-Berlin reduzierter ‚Vier-Mächte-Status'. Uns hilft nicht das Schlagwort einer ‚Internationalisierung' West-Berlins." Komme dennoch ein Modus vivendi in Frage, dann sollten möglichst detailliert Personen- und Güterverkehr geregelt werden. Bei den Westmächten sei besonders gegen eine isolierte Berlinlösung zu arbeiten. Zu prüfen wäre, ob man nicht doch auf den Vorschlag einer Friedenskonferenz zurückkommen solle, selbst wenn „im günstigen Falle nur sehr bescheidene Erfolge erreicht werden". Der Westen hätte dann wenigstens die Initiative ergriffen. Das bedürfe allerdings der Koppelung der Grundsätze eines Friedensvertrages mit den Sicherheitsfragen. Mit einer gewissen Genugtuung hatte Adenauer dann wohl gelesen, daß der Regierende Bürgermeister „für ein möglichst enges Zusammenwirken aller verantwortlichen Kräfte in den Lebensfragen unseres Volkes" eintrete.

Es hing nicht zuletzt von der Reaktion Adenauers ab, ob sich das Streitprofil zwischen beiden wieder abflachte. Brandt erhoffte sich in den kommenden Monaten wieder eine bessere Unterrichtung durch die Bundesregierung. In der vorausgegangenen Zeit war er nämlich teils auf die Presse und teils auf eigene Verbindungen angewiesen geblieben. Auch dem Kanzler war klar: Ohne Brandt oder an ihm vorbei war keine vernünftige Berlinpolitik zu machen.

Nach Rückkehr aus Washington informierte er den Regierenden Bürgermeister am 5. Dezember 1961 dann wieder selbst[265]. Seine Vieraugen-Gespräche hätten sich um deutsche und weltpolitische Fragen gedreht, begann er die Unterredung. „Er habe sich davon überzeugt, daß die USA für Berlin notfalls das letzte Mittel einsetzen würden. Das Konfliktverhältnis habe sich allerdings zugunsten der SU verändert." Außenminister Rush stimme zu, Embargomaßnahmen „ernsthaft ins Auge" zu fassen. Adenauer

[265] Aufzeichnung Brandt, Gespräch mit Dr. Adenauer in Bonn 5. 12. 1961, ca. 1 Stunde, 11. 12. 1961, Vertraulich, in: ebenda, Dep. Brandt 71.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verstand jedoch nicht, daß Brandt sich gegen die Bestrebung wandte, zunächst Berlinverhandlungen anzupeilen, da die Lage ohne Abmachungen unhaltbar würde. Die Wiedervereinigungsfrage komme nur über eine kontrollierte Abrüstung weiter. Es sei schon viel, wenn man die Stationierung der westlichen Streitkräfte sichere. Brandt befürchtete, die Westmächte könnten die Verzahnung von Berlin- und Deutschlandpolitik aufgeben und sich auf den schwächsten Punkt konzentrieren. Zu recht erinnerte er den Kanzler daran, früher selbst diese Bedenken erhoben zu haben. Adenauer entgegnete, er habe aber den Eindruck, die Sowjets könnten zu „akzeptablen Berlin-Abkommen bereit sein". Einig war man sich darüber, die Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik müßten erhalten bleiben, wozu Kennedy nicht viel hatte verlauten lassen. Mit Blick auf die Aussprache über die Regierungserklärung am nächsten Tag, die Brandt eröffnete, bevor er sein Bundestagsmandant niederlegte, gab Adenauer den guten Ratschlag: „Fordern Sie ruhig etwas mehr, aber versuchen Sie, direkte Gegensätze zwischen uns zu vermeiden." Wind von der Opposition konnte dem Kanzler bei den Westmächten nur recht sein. Zwar seien beide, Brandt und er, in den USA gut gelitten, doch gebe es „noch starke Vorbehalte gegenüber den Deutschen". Auf die Frage, ob Presseberichte zuträfen, daß Botschafter Kroll Chruschtschow einen Vertrag zwischen West-Berlin und der DDR angeboten habe, antwortete Adenauer, „er könne sich hieran nicht erinnern"[266].

Tatsächlich fiel die Replik Brandts im Bundestag nach den scharfen Auseinandersetzungen im Wahlkampf gemäßigt aus. Eine direkte Attacke auf Adenauer unterblieb. Brandt begnügte sich mit Allgemeinplätzen: Es gebe heute „offensichtlich keinen erkennbaren Preis für die Wiedervereinigung außer dem der Aufgabe der Freiheit", und „Gemeinsamkeit in den Lebensfragen unseres Volkes" sei notwendig[267].

Am 14. Dezember gab Adenauer nochmals schriftlich die Garantie[268], daß die Bundesregierung „die Erhaltung der Freiheit und Lebensfähigkeit von Berlin" nicht nur für Deutschland, sondern für den Westen insgesamt als „absolute Notwendigkeit" ansehe. Die Verteidigung der drei *essentials,* wofür die USA „das letzte Risiko" einzugehen bereit seien, genüge nicht, „die Salami-Taktik der Kommunisten zu vereiteln". Unstrittig sei, der Westen müsse in den Verhandlungen die Beseitigung der Mauer verlangen, was er auch jüngst gegenüber Kennedy vertreten habe. Es bestünde zwar keine Aussicht, daß der Osten in absehbarer Zeit Entgegenkommen zeige, doch müsse man die vom „nationalen und menschlichen Standpunkt unabdingbare Forderung immer wieder neu erheben". Presseberichte, die Bundesregierung habe den Kurs in Richtung einer isolierten Berlinlösung gewechselt, stellte Adenauer in Abrede. Die Berlinfrage könne nur im Rahmen der Wiedervereinigung gelöst werden. Darauf sei angesichts der „sowjetischen

[266] Am 9.11. 1961 hatte Kroll in einem Gespräch mit Chruschtschow eigene, mit der Bundesregierung nicht abgestimmte Vorschläge zur Lösung der Deutschland- und Berlinprobleme unterbreitet, die wohl den „Abschluß eines Friedensvertrages in Aussicht" stellten, dessen „politisches Minimum" ein „Pactum de negotiando", Vereinbarung, über einen Vertrag zu verhandeln, war. Kroll, Lebenserinnerungen eines Botschafters, S. 525–535, insbes. S. 529.

[267] Wortlaut der Rede Brandts, 6.12. 1961, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 4. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 50, S. 53–64.

[268] Schreiben Adenauer an Brandt, 14.12. 1961, in: AdsD, Dep. Brandt 32.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Intransigenz" nicht zu hoffen. Daher müsse die Bundesregierung Bestrebungen der Westmächte zu einem „Arrangement" über die Zugangswege nach Berlin zur Verbesserung der Situation unterstützen, die Forderungen nach Wiedervereinigung nicht präjudizieren. Falls Moskau erneut den Abschluß eines Friedensvertrages verlange, werde der Westen seinen Friedensplan wieder aufwerfen und die Bundesregierung eine Volksabstimmung fordern. Hauptgrund, in dieser Lage nicht auf Einberufung einer Friedenskonferenz zu bestehen, sei unverändert die Notwendigkeit, erst eine deutsche Regierung zu bilden. Würde man sich mit einer Art Vorfriedenskonferenz einverstanden erklären, die Grundsätze eines Friedensvertrages festlegt, schwäche man die eigene Position, derzufolge der Friedensvertrag nur mit Gesamtdeutschland abzuschließen sei. Dies gefährde die Glaubwürdigkeit der Wiedervereinigungspolitik, biete Moskau ein „Alibi zum Abschluß eines Separatfriedens" und würde die Gefahr heraufbeschwören, unter dem Druck der Sowjets wichtige Bestandteile des Friedensvertrages wie die Frage der Grenzregelung vorwegzunehmen. Zufrieden gewesen sein dürfte Brandt mit der Berlingarantie am Ende des Briefes: „Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen", hatte Adenauer versichert, „daß die Bindungen Westberlins an die Bundesrepublik aufrechterhalten bleiben. Ich bin wie Sie der Auffassung, daß wir in diesen schweren Zeiten nationale Solidarität beweisen müssen. Berlin wird daher von der Bundesregierung auch laufend unterrichtet werden." Damit war die gemeinsame Interessenfront zwischen Adenauer und Brandt wiederhergestellt.

Die Vorschläge der amerikanischen Regierung, nach dem Vorbild der New York Port Authority die Verkehrsbindungen nach Berlin übergangsweise mittels einer internationalen Zugangsbehörde zu sichern[269], barg unverändert die Gefahr einer isolierten Regelung in sich, die den Status quo minus festschriebe[270]. Daran änderte auch nichts die Verknüpfung von Nichtangriffserklärungen zwischen NATO und Warschauer Pakt und das Verbot der Weitergabe atomarer Waffen an die Deutschen, verbunden mit der Bildung einer deutsch-deutschen technischen Kommission und einer permanenten Viermächte-Konferenz stellvertretender Außenminister, die Status und Entwicklung Deutschlands kontrollieren sollte[271]. Adenauer veranlaßte das zu verschiedenen Überlegungen, das Berlinproblem mit Angeboten zur langfristigen Lösung der Wiedervereinigungsfrage zu koppeln. Im Zusammenhang mit den Diskussionen um die „Burgfriedenspläne" – Plan für ein Stillhalte-Abkommen[272] – und wohl infolge seines Angebots

[269] Fernschreiben Grewe, Nr. 1095, 9. 4. 1962, Streng Geheim, und Schreiben Schröder an Brandt, 11. 4. 1962, beide in: ebenda, Dep. Brandt 72. Die Vorschläge, veröffentlicht in: „The New York Times" vom 14. 4. 1962, waren in Bonn heftig kritisiert worden und hatten daher an Verhandlungswert eingebüßt. Zu den Vorgängen, die dazu führten, daß Grewe um seine Ablösung als Botschafter in Washington bat: Grewe, Rückblenden, S. 545–557; Brandt, Begegnungen mit Kennedy, S. 140 f.

[270] Zu den Bedenken des Auswärtigen Amtes: Weisung Schröder an Grewe, 19. 4. 1962, in: AdsD, Dep. Brandt 72.

[271] Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 66 f.

[272] Zu den verschiedenen Fassungen des „Globke-Plans", der Anfang November 1961 von Osterheld im Auftrag Globkes umgearbeitet wurde, Osterheld, „Ich gehe nicht leichten Herzens ...", S. 156 f.; Gotto, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik, S. 70–75.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

an Smirnow vom 6. Juni 1962 war der Kanzler anscheinend auch bereit, die Hallstein-Doktrin über Bord zu werfen – bevor sie „auszutrocknen drohe oder unwirksam werde" – und darüber, wie er Brandt am 19. Juni 1962 sagte[273], direkte deutsch-sowjetische Verhandlungen aufzunehmen[274]. „Ehe dieser Zustand eintrete, meinte er, müsse versucht werden, im Austausch etwas Wertvolles zu erhalten", Erleichterungen für die Menschen in der DDR, in Berlin und im Verkehr zwischen beiden Teilen der Stadt.

Krone sah den Kanzler in seiner Haltung wankelmütig werden, verstand nicht, wie er in Anbetracht der Haltung Brandts den Sowjets dieses Angebot machen konnte. Denn Brandt hatte ihm Anfang September eine Berlinregelung dargelegt, die im Kern auf einen Dreimächte-Status hinauslief[275]. Die unnachgiebige Haltung der CDU, die originären Rechte der Besatzungsmächte beizubehalten, brachte Brandt wohl von dieser Linie wieder ab[276]. Adenauer und Brandt befürchteten zu weitgehende Zugeständnisse der Kennedy-Administration, zumal Washington der Bundesregierung Untätigkeit vorhielt, weil sie keine Vorschläge zur Normalisierung der Lage Berlins unterbreitet habe[277]. Brandt seinerseits versuchte in einem Brief auf Kennedy einzuwirken, den er Adenauer zuvor durch den Senator Klaus Schütz zur Kenntnis brachte[278].

Anläßlich des Besuchs von de Gaulle und der Verhandlungen über den Interzonenhandel im Juli 1962 mahnte Brandt eine Verbesserung der Einflußmöglichkeiten des Senats auf die Abstimmungen der Bundesregierung mit den Westmächten an[279]. Adenauer sah die Nützlichkeit, „in der augenblicklichen Lage" die Zusammenarbeit zwischen Bonn und Berlin zu verbessern. Zur engeren Koordination wurde daraufhin eine Verbindungsstelle der Bundesregierung zum Senat von Berlin eingerichtet[280]. Beim Zusammentreffen am 17. August erzählte Adenauer dem Berliner Bürgermeister von seinen Sorgen über den personellen Wechsel an der Spitze der NATO-Streitkräfte in Europa. Der damalige Oberbefehlshaber General Norstad hatte immer mal ein Ohr für die nuklearpolitischen Sorgen des Kanzlers. Die Berufung von General Lemnitzer konnte ein Zeichen wachsender Bereitschaft der amerikanischen Führung zum Rückzug der Streitkräfte sein. Brandt beruhigte Adenauer mit der Einschätzung Clays, Lemnitzer sei „ein hervorragender Mann", „ein wirklicher Freund" und die Ernennung von General Taylor zum neuen Leiter der Joint Chiefs of Staff „von großem Wert"[281]. Als Kennedy Adenauer drei Tage da-

[273] Vermerk über ein Gespräch des Regierenden Bürgermeisters mit dem Bundeskanzler am 19. Juni 1962, in: AdsD, Dep. Brandt 72.

[274] Globke, Überlegungen und Planungen in der Ostpolitik Adenauers, S. 671.

[275] Wortlaut der Erklärung Brandts vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin (Auszug), 6. 9. 1962, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/8, Zweiter Halbbd., bearb. von Hannelore Nathan, Frankfurt a. M. 1977, S. 1018–1024; Wortlaut der Entschließung der Führungsgremien des Landesverbandes Berlin der SPD, 8. 9. 1962, und Wortlaut der Erklärung des Staatssekretärs von Hase auf einer Pressekonferenz (Auszug), 5. 9. 1962, in: ebenda, S. 1052 f., 1012 f.

[276] Notiz, 1./2. 9. und 10. 9. 1962, Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik, S. 170.

[277] Mitteilung Eckert an Ollenhauer, Brandt, Wehner, o. D., in: AdsD, Dep. Brandt 34.

[278] Schreiben Brandt an Adenauer, 30. 8. 1962, Entwurf, in: ebenda.

[279] Schreiben Brandt an Adenauer, 11. 7. 1962, in: ebenda.

[280] Schreiben Adenauer an Brandt, 31. 8. 1962, in: ebenda.

[281] Schreiben Brandt an Adenauer, 19. 8. 1962, Vertraulich, in: ebenda.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach beteuerte, die Vereinigten Staaten, die praktisch das Risiko in Berlin allein trügen, würden alle notwendigen Anstrengungen zur Verteidigung unternehmen, waren Adenauers Besorgnisse „im großen und ganzen beseitigt"[282], so jedenfalls teilte er Brandt mit.

Die enge Abstimmung, verglichen mit der in den Jahren 1960/61, belegte auch Brandts Stippvisite am 21. September 1962 in Cadenabbia. Vor der USA-Reise suchte er den Kanzler angeblich in der Absicht auf, ihm den Gedanken einer Volksabstimmung über den Verbleib der Alliierten in Berlin nun endgültig auszureden[283].

Am 9. Oktober berichtete er[284] über die besorgte Lageeinschätzung der amerikanischen Führung, die Sowjets könnten bereit sein, „die Ernsthaftigkeit der militärischen Garantien der Westmächte zu erproben". Immerhin hätte Gromyko gegenüber Kreisky gedroht, den „gordischen Knoten" jetzt zu durchschlagen. Kennedy befürchte, daß es noch in den sechziger Jahren, „vielleicht sogar schon in den nächsten $1^1/_2$ Jahren zu kriegerischen Auseinandersetzungen im großen Ausmaße kommen" werde[285]. Unzufrieden war der amerikanische Präsident vor allem mit den europäischen Verteidigungsleistungen und den „ständig negativen Reaktionen auf amerikanische Vorschläge von seiten Bonns" und Paris. Die Bundesregierung sei am Zuge. Kern der Schwierigkeiten in der Berlinfrage waren nach wie vor die alliierten Zugangsrechte. Notwendig sei, so Brandt, den Begriff „ungehinderter Zugang" genauer zu bestimmen. Adenauer befürwortete den Vorschlag einer internationalen Zugangsbehörde und bemerkte, „daß die Tatsache der Mitarbeit von Sowjetzonenbeamten nicht davon abhalten sollte, diese Behörde weiter vorzuschlagen". In den nächsten Monaten müßten alle Möglichkeiten „leidenschaftslos" dahin geprüft werden, wie die Freiheit West-Berlins am besten zu sichern sei. Adenauer hielt auch die Idee einer Treuhandstelle für Verkehrsfragen für überlegenswert. Schließlich fragte er Brandt, was man den Alliierten anbieten solle, wenn sie zum Preis der Freiheit Berlins die Anerkennung der DDR verlangten. Darauf wußte Brandt wohl auch keine Antwort[286].

IV.

Im Rückblick auf die Entwicklung der deutschen Frage seit 1945 hat Brandt einmal drei politische Konstellationen markiert, aus denen sich heraus andere Entscheidungen hätten entwickeln können, die von ihm selbst nicht beeinflußt wurden: im Herbst 1945, als im Alliierten Kontrollrat aufgrund des Einspruches von Frankreich keine Entscheidung über die Einrichtung deutscher Zentralverwaltungen herbeizuführen war; im Frühjahr 1949, nachdem das Grundgesetz verabschiedet, aber noch nicht in

[282] Schreiben Adenauer an Brandt, 24. 8. 1962, in: ebenda.

[283] Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 38 f.

[284] Vermerk Schütz über die Unterredung zwischen dem Bundeskanzler und dem Regierenden Bürgermeister am 9. Oktober 1962, Tgb.Nr. 144/62-geh., I, 15. 10. 1962, in: AdsD, Dep. Brandt 72.

[285] Brandt, Begegnungen mit Kennedy, S. 160 f.

[286] Notiz, 9. 10. 1962, Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik, S. 171. In Brandts Gesprächsaufzeichnung ist diese Frage nicht vermerkt.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kraft gesetzt war, als Moskau daran interessiert gewesen sei, die Eingliederung Westdeutschlands zu verhindern, hätten unter Zustimmung der Sowjets zur Währungsreform Versuche zu Verhandlungen unternommen werden können; und im Frühjahr 1953, als nach Stalins Tod in Moskau die Frage diskutiert wurde, die DDR als eigenstaatliches Gebilde preiszugeben. Adenauer habe zwar die Auslotung der Stalin-Note vom März 1952 nicht für nötig befunden, doch bringt Brandt dafür auch gewisses Verständnis auf, weil der Kanzler den Deutschen die „Bündnisunabhängigkeit" nicht zutraute[287] und die Tür dazu nicht öffnen wollte. Allerdings hätten Amerikaner und Sowjets nach 1945 unverändert an der „Grundregel des stillen Arrangements", das in Jalta getroffen worden sei, festgehalten und die „im groben verabredeten gegenseitigen Einflußzonen respektiert"[288]. Zumindest zweimal, so gibt Brandt selbstkritisch zu, habe auch er Chancen zu klärenden Gesprächen mit der Gegenseite ungenutzt gelassen: das eine Mal im März 1959 und das andere Mal im Januar 1963[289].

Schon im Jahre 1962 war der Besuch Chruschtschows in Bonn erwartet worden. Ein neuer Vorstoß der Sowjets bei Brandt wunderte niemanden. Über den österreichischen Generalkonsul, Peter Müller, und dessen schwedischen Kollegen hatte Bahr vom Wunsch Chruschtschows erfahren, während seines Besuchs auf dem SED-Parteitag in Ost-Berlin mit dem Regierenden Bürgermeister zusammenzutreffen. Ein Vertreter der sowjetischen Botschaft hatte Bahr telefonisch[290] am 15. Januar 1963 Bereitschaft zu einem Gespräch in der Residenz des Botschafters in Berlin-Pankow signalisiert. Am Vormittag des 16. Januar ließ Brandt über Senator Schütz bei Krone nach der Haltung der Bundesregierung fragen. Brandt war geneigt, nunmehr der Einladung zu folgen. Im Bundeskabinett herrschten Bedenken. Aber wiederum setzte sich die Auffassung durch, wenn Brandt „gehen wolle, müsse er das entscheiden"[291]. Derweil hatten die Sowjets über ihre Bonner Botschaft ebenfalls die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen für ein Gespräch zu gewinnen versucht, waren aber bei der SPD und bei Mende abgeblitzt. Gegen 17 Uhr erfuhr Schütz von Krone, daß entgegen der Weisung von Staatssekretär Carstens vom Auswärtigen Amt ein Beschluß gefaßt werde mit dem Tenor: „Wenn Berlin es unbedingt wünscht, dann würde die Bundesregierung nicht dagegen sein. Allerdings werde die Gefahr gesehen, daß derartige Gespräche die Freistadt-These Chruschtschows unterstützen würden."[292] Adenauer überließ auch dieses Mal Brandt selbst die Entscheidung. Er müsse sich darüber im klaren sein, telegraphierte Adenauer[293], daß die Offerte durch Brandts eigene Erklärungen in der Öffentlichkeit hervorgerufen worden sei. Ein Treffen mit Chruschtschow in Ost-Berlin werde von den Sowjets für die These ausgenutzt, „daß Westberlin eine freie, entmilita-

[287] Brandt, Erinnerungen, S. 45.
[288] Ders., Begegnungen und Einsichten, S. 26 ff.; ders., Mein Weg nach Berlin, S. 286.
[289] Ders., Erinnerungen, S. 52 ff.; ders., Begegnungen und Einsichten, S. 113.
[290] Vermerk, 15. 1. 1963, in: AdsD, Dep. Brandt 73.
[291] Notiz, 16. 1. 1963, Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik, S. 172 f., im folgenden ebenda.
[292] Fernschreiben Schütz an Brandt, 16. 1. 1963, 17.28 Uhr, in: AdsD, Dep. Brandt 73.
[293] Fernschreiben Adenauer an Brandt, FS Nr. 178, 16. 1. 1963, 20.30 Uhr, in: ebenda.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

risierte Stadt werden müsse". Das Angebot auszuschlagen, riet Adenauer allerdings nicht. Vielmehr wollte er seine „Bedenken zurückstellen", wenn es von seiten der drei Westmächte keine Einwände gäbe.

Am Nachmittag des 17. Januar unterrichtete Brandt per Fernschreiben den Kanzler über den Entschluß, der Einladung zu folgen. Die Westmächte hätten nicht abgeraten. Einem sowjetischen Beamten habe er die Mitteilung übergeben lassen, daß dieses Gespräch „keine Verhandlung zwischen den dafür zuständigen Regierungen ersetzen könne und daß nach deutschem Recht die außenpolitische Vertretung des Landes Berlin" bei der Bundesregierung liege[294]. Die sowjetische Seite reagierte umgehend und schlug für den gleichen Abend das Treffen vor.

Unterdessen regte sich beim Berliner Koalitionspartner CDU heftiger Widerstand gegen die Entscheidung, nicht zuletzt aus wahltaktischen Überlegungen. Vier Wochen vor der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus drohte Amrehn auf einer außerordentlichen Senatssitzung mit dem Bruch der Regierungskoalition und kündigte den Rücktritt der CDU-Senatoren an. Um 17 Uhr telefonierten dann Adenauer und Brandt miteinander[295]. Tags zuvor habe der Bundeskanzler „keine eindeutige Empfehlung" gegeben, sagte Brandt. Er wolle aber „nur mit Zustimmung des Mannes entscheiden, der die Richtlinien der Politik bestimmt". Brandt suchte Abstimmung und Rückendeckung. Adenauer verstand die schwierige Lage, erkundigte sich nochmals nach den Reaktionen der Alliierten, die – so bestätigte Brandt – nicht abgeraten hätten. Adenauer: „So würde ich auch sagen: ‚Wir raten nicht ab.' Sie können die Sache am besten überblicken." Adenauer glaubte nicht, „daß Chr[uschtschow] etwas Günstiges zu bieten hat. Sie würden nichts mit nach Hause bringen. Das würde von Ihrem Standpunkt dagegen sprechen. Wenn Sie andererseits sagen, Sie seien nicht zu sprechen, lösen Sie einen Krach aus. Sprechen hilft ja manchmal die Dinge klären. Wenn ich mich in Ihre Lage versetze, glaube ich, Sie sollten hingehen."[296] Brandt aber wollte ganz sicher gehen: „Wenn die andere Seite falsche Folgerungen in Bezug auf Freistadt-These vorbringt", wandte er ein, „müssen wir dem von Bonn und Berlin aus gemeinsam entgegentreten". Adenauer kurz und bündig: „Ja." Die mit Minister Barzel angestellte Überlegung, den Bundesbevollmächtigten in Berlin, Felix von Eckardt, als Begleiter vorzuschlagen, lehnte Adenauer ab. Doch hatte Außenminister Schröder Brandt einen Dolmetscher zur Verfügung gestellt. Adenauer war einverstanden. „Dann haben Sie einen erfahrenen Mann und Zeugen dabei." Brandt würde nicht den gleichen Fehler begehen wie seinerzeit Ollenhauer im März 1959.

Amrehn dagegen blieb hart. Vor die Entscheidung gestellt, der Einladung nachzukommen und den Bruch des Regierungsbündnisses zu riskieren oder auf das Treffen zu verzichten und den Zusammenhalt der Koalition zu wahren, entschied sich Brandt

[294] Fernschreiben Brandt an Adenauer, 17.1.1963, FS Nr. G18, 15.25, Geheim, in: ebenda.

[295] Telefonat mit dem Bundeskanzler, 17.1.1963, 17.00 Uhr, in: ebenda; Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 112.

[296] Die Haltung Adenauers bestätigend, Notiz, 18.1.1963, Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik, S. 173.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schweren Herzens für letzteres[297]. Bahr sagte die Begegnung für den Abend ab[298]. Späterhin, im Mai 1964, gestand Adenauer gegenüber Brandt ein, man habe Fehler gemacht im Umgang mit den Russen, die vom Auswärtigen Amt falsch behandelt worden seien[299]. Unklar blieb, ob er damit auch die Wahrnehmung solcher Gesprächsangebote meinte.

Das Verhältnis Adenauer – Brandt, soviel bleibt festzuhalten, zeichnete sich gewiß nicht durch persönliches Vertrauen, menschliche Wärme und Sympathie aus. Es war aber auch nicht ausschließlich von unüberbrückbaren Gegensätzen bestimmt. Es war getragen von einem wechselseitigen Respekt vor der politischen Verantwortung des anderen, sei es aufgrund unkalkulierbarer Machtinteressen, sei es wegen des parteipolitischen Konkurrenzverhältnisses, und bestimmt von der Ablehnung charakterlicher Eigenschaften des anderen. In den Jahren der zweiten Berlinkrise unterlagen sie dem Zwang, zur gleichen Zeit Politik machen zu wollen. Dadurch traten immer wieder Situationen ein, in denen diese beiden vollkommen unterschiedlichen politischen Führungsfiguren sich nicht nur miteinander ins Benehmen setzten, sondern auch, politischer Not gehorchend, Interessenfronten schmieden mußten. Die Beziehung erlebte vielfältige Schwankungen. Zeiten wie nach der Genfer Konferenz 1959 und nach der Bundestagswahl 1961, in denen man zusammenrückte, und Phasen, in denen es ratsam schien, sich aus dem Weg zu gehen. Genauer betrachtet, war das Verhältnis von wechselnden konfrontativen und kooperativen Zügen im Umgang der beiden Politiker geprägt - so, wie es unter Demokraten verschiedener und gleicher Coleur gang und gäbe ist.

Als Adenauer kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt des Bundeskanzlers am 10. Oktober 1963 auf Antrag von Brandt die Ehrenbürgerschaft Berlins angetragen wurde, bezeugte der Regierende Bürgermeister dem innenpolitischen Gegner Respekt, sparte dabei aber eine Anspielung auf die persönlichen Auseinandersetzungen nicht aus[300]. Adenauer focht das nicht an. „Selbstverständlich gibt es Konflikte in der Welt", antwortete er. Im Leben, insbesondere in seinem politischen Leben, habe er es immer so gehalten: „Derjenige, der nie einen Konflikt gehabt hat, . . . der taugt auch nicht viel. Nun, man muß Konflikte haben, man muß sie ausfechten. Wenn sie ausgefochten sind, gehören sie der Vergangenheit an. Und warum sollen sie einen auch weiterhin in gemeinsamer Arbeit irgendwie behelligen? Das ist mein Standpunkt immer gewesen, und er ist, wie ich glaube, auch der einzige Standpunkt, der wirklichen politischen Fortschritt gewährleistet."[301]

---

[297] Schlußausführungen Brandts und Amrehns in der Senatssitzung am 17. 1. 1963, in: AdsD, Dep. Brandt 73.

[298] Vermerk Bahr, 17. 1. 1963, in: ebenda. Um kurz vor 20.00 Uhr telegraphierte Schütz an Globke, der Regierende Bürgermeister habe sich entschlossen, der Einladung nicht zu folgen. Fernschreiben Schütz an Globke, FS Nr. G19, 17. 1. 1963, 19.57 Uhr, Geheim, in: ebenda. Am 21. 1. 1963, einen Tag vor Abreise Chruschtschows aus Ost-Berlin, wurden von sowjetischer Seite nochmals Fühler über den österreichischen Generalkonsul Müller ausgestreckt. Die Kontakte führten zu keinem Ergebnis. Vermerk Brandt, 22. 1. 1963, in: ebenda.

[299] Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 68.

[300] Wortlaut der Rede, 10. 10. 1963, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 182 vom 15. 10. 1963, S. 1589.

[301] Wortlaut in: ebenda, S. 1590 f., hier S. 1591; Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 59.

Jahrgang 40 (1992), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte